

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteit täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite über deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellensuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wohlfahrtsplage.

„Die Veranlassung, Wohnungen für die Betriebsangehörigen zu bauen, war erst dann gegeben, als mit der immer größeren Ausdehnung der Fabrik und der damit zusammenhängenden rasch wachsenden Einwohnerzahl ein empfindlicher Wohnungsmangel sich geltend machte.“

So charakterisiert die Firma Krupp selbst die Motive, die sie zu ihren wichtigsten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ bestimmt haben. Das vorstehende Zitat entstammt der Festschrift, die von der genannten Firma zur Ausstellung in Düsseldorf im Jahre 1902 herausgegeben worden ist. Und der königliche Berginspektor R. Guntt schreibt in dem vom „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ herausgegebenen Buche „Bergarbeiterwohnungen im Ruhrrevier“:

„Andererseits (falls die Werke nicht Arbeiterwohnungen gebaut hätten) würde aber auch der Rheinisch-Westfälische Steinkohlenbergbau nicht die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften hinreichend schnell haben heranziehen und nicht den großartigen Aufschwung der letzten Jahre haben nehmen können.“

Hier wie dort ist deutlich gesagt, daß die Erbauung von Betriebswohnungen nicht etwa humanitären Erwägungen entsprungen ist, sondern dem Kalkül des Eigeninteresses. Was kostet die Geschichte, was bringt sie ein? Das war die Frage!

Man fand, daß die Anlage von „Wohlfahrts-Einrichtungen“ ganz rentabel sei, daß diese sich gut verzinseln. Gewöhnlich handelt es sich dabei um indirekte Vorteile für die Unternehmer. Sie lassen sich die „Wohlfahrt“ etwas kosten, ohne bare Einnahmen daraus zu ziehen. Dafür werden sie dann als „Wohltäter“ der Menschheit gepriesen. Tatsächlich mag in einzelnen Fällen den Unternehmern ein gewisses Humanitätsgefühl zur Hergebar von Geldmitteln für Wohlfahrts-Einrichtungen bewegen, gewöhnlich jedoch entscheidet das Geschäftsinteresse. Die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ werden dergestalt mit dem Arbeitsverhältnis verflochten, daß dessen Lösung für den Arbeiter zugleich den Verlust allen Anspruchs auf die Wohlfahrts-Einrichtungen im Gefolge hat. Wenn z. B. einem Betriebswohnungsinhaber plötzlich die Arbeitsstelle gekündigt wird, weil er eine Lohnreduktion oder eine unwürdige Behandlung durch einen Vorgesetzten nicht willig hinnehmen wollte, dann muß er auch plötzlich die Wohlfahrtswohnung verlassen. Er steht also vor der Gefahr, zeitweilig obdachlos zu sein. Dasselbe trifft zu, wenn der Inhaber einer Betriebswohnung der erwähnten Umstände wegen, oder weil er eine bessere Arbeitsstelle annehmen will, selbst das Arbeitsverhältnis kündigt. Das schreckt von der Opposition gegen des Unternehmers Gebot ab, umsomehr, wenn auch noch mit der Möglichkeit einer längeren oder kürzeren Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Fast alle für Betriebswohnungen bestehenden Verträge enthalten aber den angeführten Klauseln entsprechende Bestimmungen. Aus der bunten Reihe seien hier nur zwei angeführt.

Der Bezieger einer der von der Harpener Bergbau-Gesellschaft erbauten Wohlfahrtswohnungen muß folgende Verpflichtung eingehen:

... der Vertrag erlischt sofort, wenn der Mieter seine Arbeit auf der Zeche freiwillig verläßt oder unfreiwillig aufgeben muß.“

Die Firma Krupp läßt von ihren Arbeitern (Zeche Hannover) folgende Bestimmung unterschreiben:

... die Bedingung, obige Wohnung mit dem Tage zu räumen, an welchem ich aus der Arbeit oder dem Dienst der Zeche Hannover ausscheide, nehme ich ebenfalls an.“

Manche dieser Verträge enthalten außerdem noch die Bestimmung, daß die Söhne der Wohnungsinhaber verpflichtet sind, bei dem „Vrotherren“ des Vaters zu arbeiten! So werden die Wohlfahrts-Einrichtungen zu einer Fessel für die Arbeiter, die nicht leicht gesprengt werden kann.

In noch viel wirkungsvollerer Weise dienen als Mittel der Lohnrückerei die sogenannten Pensionskassen. In nur wenigen Fällen beschränken sich diese darauf, den Arbeitern Belohnung für Wohlverhalten und Ausschluß von Vorteilen in Aussicht zu stellen, falls sie die Unzufriedenheit des Wohltäters erregen, ohne die Arbeiter zu Beiträgen heranzuziehen. Die meisten solcher Kassen sind vielmehr derart organisiert, daß die Arbeiter zwangsweise Beiträge leisten müssen, ohne bestimmte verbürgte Rechte zu erlangen. Der Unternehmer hat gewöhnlich die Befugnis, aus den Kassen ganz nach Willkür, einzelnen Arbeitern für ihr Wohlverhalten Pensionen zu gewähren; andere aber, die sein Wohlverhalten erregen, die gegen Lohnrückerei oder gegen sonstige Bedrückung murren, kann er trotz der von ihnen geleisteten Beiträge von jeder Gegenleistung der Kasse ausschließen. Die angeblichen Rechte der Mitglieder, paragrafisiert in den Statuten der Kasse, sind nur dekorativ, weil der Unternehmer in der Lage ist, jedem Arbeiter zu jeder Zeit zu kündigen. Und fast alle solche Statuten enthalten eine Bestimmung, wonach mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses zugleich alle Ansprüche an die Kasse erlöschen. Auch findet eine Rückzahlung der Zwangsbeiträge nicht statt.

So erhält der Unternehmer die Macht, die Lieblinge, die in allem unterwürdig sind, aus der Tasche der anderen, die nicht gefügig, nicht willenlos sind, zu belohnen. Niemand kann verkennen, daß damit die Wohlfahrts-Einrichtungen nicht nur ein Mittel für jede Art Beeinflussung, sondern auch eine Quelle der Demoralisation werden.

Nicht einmal die Behauptung, die Unternehmer brächten aus ihrem Vermögen immerhin Opfer für solche Wohlfahrts-Einrichtungen, ist richtig. Zum Beweise für jene Behauptung muß gewöhnlich die „weltberühmte“ Krupp'sche Pensionskasse als Demonstrationsobjekt dienen. Es wird auf die Beiträge der Firma verwiesen, auf ihre Zuwendungen an die Kasse und auf die vielen Millionen, die daraus angeblich als Pensionen gezahlt worden sind. Die Sache hat jedoch einen Haken. Bisher ist für Pensionen noch nicht ein Pfennig aus den Beiträgen und Schenkungen der Firma verwendet worden. Die Kassenleistungen wurden ausschließlich aus den Zwangsbeiträgen der Arbeiter bestritten. Für diese charakteristische Tatsache können wir uns auf Materialien berufen, die die Firma Krupp selbst geliefert hat. Bei Gelegenheit eines Prozesses, den mehrere ehemalige Krupp'sche Arbeiter gegen die Firma wegen Rückerstattung der eingezahlten Pensionskassenbeiträge angestrengt hatten, unterbreitete der Anwalt der Beklagten dem Gericht einen Schriftsatz, der u. a. folgende Angaben enthielt:

Vom 1. Januar 1885 bis 1. Oktober 1907 haben Pensionen bezogen

6424 Personen . . . 17 763 503,54 M.
Diese großen Kassenleistungen . . . konnten nur dadurch ermöglicht werden, daß die Beklagte (Firma Krupp) zur finanziellen Stärkung der Pensionskasse dauernd sehr erheblich beitrug. Vom 1. Januar 1885 bis 30. September 1907 hat sie der Pensionskasse zugeführt . . . zusammen 16 533 165 M.“

Man könnte nun annehmen, zu den gezahlten Pensionen hätten die Beiträge der Firma beitragen müssen. Das ist jedoch nicht der Fall. Bereits Ende 1906 verfügte nämlich die Kasse über ein Kapitalvermögen von 18 370 000 M. Demnach waren nicht nur die gesamten Leistungen der Firma, sondern auch noch erhebliche Summen aus den Arbeiterbeiträgen zu der Vermögensanammlung verwendet worden. Und von diesem Vermögen benutzte die Firma einen großen Teil als Betriebskapital, auf das sie 4 Proz. Zinsen zahlt, während es ihr vielleicht doppelt so viel einbringt. Das ist alles — Wohlfahrt!

Die Sache steht so, daß die vielen tausende Arbeiter, die alljährlich aufhören, bei Krupp zu arbeiten und damit aus der Kassenmitgliederschaft ausscheiden, die Hauptträger der Wohlfahrtskosten sind. Sie müssen bezahlen und bekommen unter keinen Umständen etwas zurück. In dem erwähnten Schriftsatz wird, um die moralische Wirkung solcher unbestreitbarer Tatsachen abzuschwächen, der Versuch unternommen, den Anschein zu erwecken, als ob die Mehrzahl der Abgehenden freiwillig der Wohlfahrt entlässe. Von 14 340 in einem Jahre Ausscheidenden, von denen jeder zirka 6 M. Einschreibegeld und pro Monat zirka 3 M. Beiträge zahlen mußte, hätten 10 187 selbst gekündigt und 1442 ohne Kündigung die Arbeit eingestellt. Das beweist jedoch nichts für die Güte und die Einwandfreiheit der Kasse, sondern spricht nur gegen die Arbeitsverhältnisse. Unbeliebte Arbeiter kann man derart zwingen, daß sie „freiwillig“ auf Wohlfahrts-Einrichtungen verzichten. Hinzu kommt aber noch, daß man zwecks Konstruktion des nichtsagenden Beweises das Jahr — 1906 auswählte, ein Jahr, in dem bekanntlich der Begehr nach Arbeitskräften größer war als das Angebot, und die Arbeitsstelle leicht gewechselt werden konnte. Aus diesem Grunde war auch bei Krupp in diesem Jahre das Hinauswerfen der Wohlfahrts-Anwärter naturgemäß sehr gering.

Die Unternehmer wissen, was sie tun, wenn sie ihre Wohlfahrts-Einrichtungen, die ihnen angeblich materielle Opfer auferlegen, hartnäckig verteidigen. Sie wissen: ihre Wohlfahrts-Einrichtungen sind Ketten, die ihnen willenlose Arbeiter sichern!

Englische und deutsche Steuerpolitik.

In einer „Ein demokratisches Budget“ betitelten Notiz unserer Sonntagsnummer wie im Leitartikel unserer gestrigen Montagsnummer haben wir bereits darauf hingewiesen, daß auch England sich zurzeit in einer Finanznotlage befindet, da sich ein Budgetdefizit von ungefähr 16 1/2 Millionen Pfund Sterling herausgestellt hat. Zur Deduktion dieses Betrages und einiger notwendiger neuer Ausgaben sollen nach dem Vorschlage des Schatzsekretärs Lloyd George ungefähr 400 Millionen Mark neue Reichseinnahmen beschafft werden. Während aber die deutsche Regierung eine Reichsfinanzreform durchzuführen sucht, die nur ungefähr ein Fünftel der geplanten neuen Steuern den bestehenden Klassen, vier Fünftel aber den unbemittelten Volksschichten aufbürdet; verfolgt die englische Regierung die Absicht, nur etwas mehr als ein Siebentel der erforderlichen Steuersummen aus Zöllen und Spirituosen herauszuholen; die übrigen sechs Siebentel sollen dagegen durch Besitztsteuer und Verminderung der Schuldentilgung gedeckt werden. Und was im Vergleich zu unseren deutschen Zuständen höchst charakteristisch für die Auffassung der englischen Bourgeoisie von ihren sozialen Verpflichtungen ist — die Mehrzahl des englischen Unterhauses hat diesem

Finanzreformpläne sofort nach seiner Verkündigung im wesentlichen zugestimmt.

Der von Lloyd George aufgestellte Reformplan schlägt folgende Vermehrung der Staatseinnahmen vor:

Erhöhung der Einkommensteuer	3	Pfd. Sterl.
Steuerzuschlag für Einkommen über 5000 Pfund im ersten Jahre	0,5	„
(später 2,3 Mill.)		
Änderung u. Erhöhung der Nachlasssteuer (Estate duty) im ersten Jahre	2,55	„
(im nächsten Jahre 4,2, schließlich 4,4)		
Erhöhung der Erbschaftsteuer auf bewegl. u. unbewegl. Vermögen im ersten Jahre 1,37		„
(später 2,15 Mill.)		
Erhöhung des Stempels f. Übertragung von Immobilien und Wertpapieren	0,65	„
Erhöhung der Schenkungssteuern 2,6		„
Erhöhung der Zölle und der Akzise auf Spirituosen	1,0	„
Erhöhung des Zolls auf Tabak	1,9	„
Wertzuwachssteuer auf Grundbesitz	0,5	„
Kürzung des Schuldentilgungsfonds	3	„
Automobilsteuer	0,60	„

Hinzu kommen noch verschiedene kleine Nebensteuern.

Besonders fordert zum Vergleich mit der deutschen Reichsfinanzreform die geplante Erhöhung der Erbschaftsteuer heraus. England bezieht schon jetzt aus der Erbschaftsteuer eine Jahreseinnahme von fast 400 Millionen Mark; trotzdem sollen die Erbschaftsteuerätze demnach erhöht werden, daß zunächst noch 80, später aber über 190 Millionen Mark aus der Erbschaftsteuer herausgeholt werden. Und dieses Resultat gedenkt die englische Regierung nicht dadurch zu erreichen, daß sie die kleinen Erbschaften stärker zur Steuer heranzieht, sondern dadurch, daß sie die Abgabe von den großen Nachlässen über 100 000 M. beträchtlich erhöht. Nach dem Vorschlage des Schatzsekretärs soll für die Erbschaften unter 100 000 M. die bisherige Steuerabstufung bestehen bleiben. Erst von Erbschaften über 100 000 M. beginnt die Erhöhung, und zwar sollen zahlen:

Nachlässe von 5 000 bis 10 000 Pfd. Sterl.	4	Proz.
10 000 „ 20 000 „	5	„
20 000 „ 40 000 „	6	„
40 000 „ 70 000 „	7	„
70 000 „ 100 000 „	8	„
100 000 „ 150 000 „	9	„
150 000 „ 200 000 „	10	„
200 000 „ 400 000 „	11	„
400 000 „ 600 000 „	12	„
600 000 „ 800 000 „	13	„
800 000 „ 1 000 000 „	14	„
über 1 000 000 Pfd. Sterl.	15	„

Selbst die „Nordd. Allgem. Ztg.“ vermag sich nicht zu enthalten, die sich in diesen Ziffern offenbarende „Opferwilligkeit“ der englischen herrschenden Klassen mit der Jügelhaftigkeit unserer „Edelsten und Besten“ zu vergleichen. Sie schreibt:

„Im Hinblick auf die Haltung der Reichsfinanzkommission gegenüber den Vorschlägen der deutschen Regierung ist die Forderung des britischen Schatzkanzlers von besonderem Interesse. Wie die „Frankfurter Zeitung“ hervorhebt, hat H. E. May im Finanzarchiv festgesetzt, daß eine Nachlasssteuer mit den bisherigen englischen Sätzen in Deutschland etwa 220 Millionen Mark einbringen würde; unter Berücksichtigung der jetzt für England geplanten Erhöhung würden also in Deutschland vermutlich annähernd 300 Millionen Mark herauskommen. Hiernach kann wohl schwerlich mit Recht behauptet werden, daß es bedenklich sei, die Erbschaften auf Kinder und Ehegatten in Deutschland mit 100 Millionen Mark zu belasten. Niemand wird auch die Auffassung zu vertreten in der Lage sein, in England habe die Nachlasssteuer den Familiensinn beeinträchtigt. Was in England auf diesem Gebiete längst Wirklichkeit ist, wird doch bei uns nicht unmöglich sein, wenn es gilt, der unerträglichen Finanznot des Reiches abzuhelfen.“

Im „perchten“ Altsion entscheidet eben nicht nur das Profitinteresse der Junker und Schlotmagnaten über die Steuerpolitik des Reiches.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai 1909.

Abgeordnetenhaus.

Der große Sitzungssaal des Hauses in der Prinz-Albrecht-Straße wies auch am Montag wieder eine gähnende Leere auf, und die paar „Volksvertreter“, die ihrer Pflicht nachkamen, kimmerten sich weniger um die Verhandlungen, die sich noch immer um den Kultusetat drehen, als um die Vorgänge in der Steuerkommission des Reichstages, über die sie ihre Meinungen lebhaft austauschten. Durch besonderen Eifer tat sich der unvermeidliche Freikonserervative Dr. Krenndt hervor, der einer Gruppe Abgeordneter der Linken so laute Vorlesungen über die beste Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie hielt, daß seine Worte auf der Tribüne besser zu verstehen waren als die der Redner.

Die lebhaften Privatgespräche wurden durch unseren Genossen Vorgmann unterbrochen, der die Erhöhung der Verpflanzungsätze in der Charité zur Sprache brachte, die schlechten Zustände in dieser staatlichen Anstalt schilderte und an der Hand eines Spezialfalles die mangelnde Fürsorge der Verwaltung für im Dienst der Menschheit verunglückte Krankenpfleger geißelte. Obwohl der Vertreter der Regierung, Ministerialdirektor Altmann, ihm in allen Punkten recht gab, bekam es doch der Konservative v. Arnim fertig, zu behaupten, daß alles, was Borgmann vorgebracht habe, widerlegt sei. Entweder hat Herr v. Arnim während der Rede des

Regierungsvertreter geschlafen oder aber ihm fehlt das Unterscheidungsvermögen und er glaubt, mit einer nichtsagenden Phrase davon kommen zu können. In dem Spezialfall fand Vorgmann sogar die Unterstützung des Abg. Cassel (fr. Sp.). Es dürfte ziemlich sicher sein, daß die Kritik des sozialdemokratischen Redners diesmal auf fruchtbaren Boden fallen wird.

Nach Erledigung des Kapitels „Universitäten und Charité-Frankenhäuser“ wandte sich die Debatte zum Kapitel „Höhere Lehranstalten“. Da zuerst hintereinander drei Schulmänner zu Worte kamen, wurde natürlich nach Kräften sachgesimpelt. Man unterhielt sich im wesentlichen darüber, ob das humanistische Gymnasium den Vorzug vor den Reformanstalten verdient, ob das Englische zum Schaden des Französischen in den Vordergrund gerückt werden solle, und über ähnliche Fragen, deren Wichtigkeit gewiß nicht zu bestreiten ist, die aber im Plenum eines Parlaments kaum gelöst werden können. Von Wichtigkeit waren die Anregungen des Abg. Dr. Hingmann (natl.) über die Aufklärung der Jugend über die sexuellen Gefahren und über die Gefahren des Alkoholismus.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. Für unsere Fraktion wird Ströbel sprechen.

Die Beratung des Kultusetats

Dürfte, wie eine parlam. Korresp. meldet, im Abgeordnetenhause mehr Zeit in Anspruch nehmen, als man ursprünglich angenommen hatte, und vor Ende der Woche kaum beendet werden können, gütigstenfalls am Freitag. Die Debatten über die Reform des höheren Mädchenschulwesens werden nach der Anzahl der gemeldeten Redner allein zwei Tage beanspruchen. Im Anschluß an den Kultusetat sind noch einige Staatsrechte aufzuarbeiten, u. a. auch der Etat des Abgeordnetenhauses. Bei diesem Etat wird die Frage der Gewährung von Eisenbahnfreikarten für die Landtagsabgeordneten erörtert werden. Man nimmt an, daß die zweite Etatslesung erst am Mittwoch nächster Woche beendet sein wird. Zwischen der zweiten und dritten Etatslesung werden die Änderungen des Herrenhauses an den Besoldungsgeheimen beraten. Das Abgeordnetenhause will vor Pfingsten noch die zweiten Lesungen der Bergeschneidelle und der Stempelsteuernovelle beraten, die dritten Lesungen dieser Entwürfe und die Verabschiedung des Sekundärbahngesetzes aber erst im Juni vornehmen. Diese Vorlagen dürften dem Herrenhause erst gegen Mitte Juni zugehen, so daß der Schluß der Session nicht viel vor Ende Juni zu erwarten ist. Die Session würde also eine achtmonatliche Dauer haben.

Die Kuliffenschieber des Schnapsmonopols.

Der Monopolentwurf ist bekanntlich, ohne daß den spiritusverbrauchenden Industrien auch nur in irgend einem Stadium der Vorberatungen Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben wurde, das fast selbständige Erzeugnis des Spiritusyndikats. Vornehmlich sind an der Mitarbeit folgende Herren beteiligt gewesen:

1. Herr Untucht, Direktor der Spirituszentrale, ein Schwager des Vorsitzenden der Finanzkommission, des Herrn Paasche. Die Familie Untucht besitzt auch eine Spiritusbrennerei und Melassebrennerei in Magdeburg!
2. Geheimrat Professor Dr. Delbrück, Beamter der Spirituszentrale.
3. Hans Adler Herr zu Puttlitz, Direktor der Spirituszentrale.

Dieses Drei-Männer-Kollegium hat, wie das nicht nur ihr Recht, sondern vom Standpunkt ihrer Arbeitgeber aus auch ihre Pflicht war, natürlich tatkräftig die Interessen der Spirituszentrale in den Entwurf hineingearbeitet. Besonders offenbarte sich das:

1. in der Bevorzugung der Zentralleiter bei den in Aussicht gestellten pekuniären Abfindungen (§ 153 u. ff. des Entwurfs);
2. in einer Bevorzugung der Zentralfabrikanten vor denjenigen, die sich den einzelnen Maßnahmen der Zentrale, u. a. den Produktionsbindungen, nicht angeschlossen haben.

Auf die ad 1 genannte Tatsache fällt aber noch dadurch ein ganz besonderes Licht, daß ganz kurz vor der Publikation des Monopolentwurfs die Gehälter der Direktoren der Zentrale um je 20000 M. erhöht wurden! Da die Abfindungssumme nach dem Entwurf das Fünffache des Jahresgehalts betragen soll, so heißt das nichts anderes, als eine Extrazulage von je 100000 M. auf Kosten der Steuerzahler! Man kann danach das positive Interesse der Zentralleute an dem Monopolentwurf und den Schmerz über den vorläufigen Fall begreifen, wie auch das emsige Bemühen, ihn wieder zu neuem Leben zu erwecken.

Zu dem gleichen Zwecke hat das Syndikat übrigens unter der Firma „Freie Vereinigung von Branntwein-Industriellen“ aus einem Teil seiner Gesellschafter, fast durchweg kleinen, unrentabel arbeitenden Spiritusfabriken, eine Vereinigung gebildet, die als Spiritusverbraucher auftreten, weil sie zum großen Teil neben ihrer Spiritfabrik auch Großdestillationen usw. betreiben. Diese Gruppe ist vollständig vom Syndikat nach jeder Richtung hin abhängig. Man sieht aus all diesen Tatsachen, wie die Monopolinteressenten sich aufs Geschäft verstehen.

Koloniale Bilanzverschleierung.

Schon gleich als Dernburg sein Amt als Kolonialsekretär antrat, vertrat er die Auffassung, daß es wünschenswert sei, nach französischem Muster das System der Kolonialanleihen einzuführen. Nach diesem Rezept ist man denn auch bereits verfahren. Schon sind Kolonialanleihen gemacht worden. Rummelt liegt auch der Entwurf eines Schutzgebietsetatsgesetzes vor, das in das Etatsgesetz vom 30. März 1902 hineingearbeitet werden soll. Die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs lauten:

„Die Deckung der in den Etats der Schutzgebiete als außerordentliche gekennzeichneten Bedürfnisse erfolgt, soweit darüber nicht anderweitig Bestimmung getroffen ist, bis zur Höhe der bewilligten Summen in den erforderlichen Kambeträgen im Wege der Anleihe zu Lasten dieser Schutzgebiete. Die Anleihe kann zu Lasten eines einzelnen oder mehrerer dieser Schutzgebiete aufgenommen werden. Ueber die Ausführung hat der Reichszentraler dem Reichstage bei dessen nächster Zusammenkunft Rechnung abzuliegen.“

Werden zur Deckung solcher Bedürfnisse Darlehen zur Verfügung gestellt, so ist der Reichszentraler ermächtigt, die dazu erforderlichen Mittel im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Die Darlehen sind vom Tage der Auszahlung ab mit 8 1/2 Prozent jährlich zu verzinsen, soweit darüber nicht eine andere gesetzliche Bestimmung getroffen wird.

Die Anleihen und die Darlehen sind vom sechsten auf das Jahr der Anleihebegebung oder der Darlehensgewährung folgenden Rechnungsjahr ab jährlich mit mindestens 7 1/2 Prozent der Anleihe oder der Darlehensbeträge unter Zinzzurechnung der ersparten Zinsen nach einem vom Reichszentraler aufzustellenden Tilgungsplane zu tilgen.

Erfordern die finanziellen Verhältnisse eines Schutzgebietes die Aufhebung der Tilgung eines Darlehens, so erfolgt die Bestimmung darüber im Wege der Gesetzgebung.

Der Reichszentraler wird ermächtigt, vom fünften auf das Jahr der Anleihebegebung oder der Darlehensgewährung folgenden Rechnungsjahr ab die Tilgung zu beschleunigen sowie die im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen zwecks Einlösung zum Kambetrage binnen dreimonatiger Frist zu kündigen. Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsrecht nicht zu.

Die zur Verzinsung und Tilgung der Anleihen oder der Darlehen erforderlichen Summen sind nach Maßgabe der den einzelnen Schutzgebieten überwiesenen Beträge alljährlich in die Etats dieser Schutzgebiete aufzunehmen und zur Verfallzeit aus deren bereitgestellten Mitteln zu zahlen.

Für die Verzinsung und Tilgung der Anleihen haftet jedes der daran beteiligten Schutzgebiete dem Gläubiger gegenüber als Gesamtschuldner; im Verhältnis der beteiligten Schutzgebiete zueinander sind die einzelnen Schutzgebiete nur nach Maßgabe der ihnen überwiesenen Anleihebeträge haftbar.

Für die Verzinsung und Tilgung der Anleihen übernimmt das Reich die Bürgschaft.

Soweit die Anleihen oder die Darlehen zum Bau, zur Erweiterung oder zur Erwerbung von Eisenbahnen oder Eisenbahnanteilen, zu Straßenbauten, Hafenanlagen, Strombauten und Staubämmern oder zu ähnlichen Anlagen wendbar sind, sind die Grundstückseigentümer im Wirtschaftsgebiete dieser Anlagen zu einer ihrem Interesse an der Anlage entsprechenden Leistung zugunsten des Schutzgebietes heranzuziehen. Es kann verlangt werden, daß die Leistung in Form von Landabtretung erfolgt, sofern das Grundstück durch die Abtretung nicht dekarretiert wird, daß das Restgrundstück nach seiner bisherigen Bestimmung nicht mehr zweckmäßig benutzt werden kann.“

Daß man besondere Kolonialanleihen aufnimmt, statt die Kolonialschulden einfach wie bisher den Reichsschulden einzuverleihen, das soll der weltpolitischen Schuldenmacherei nur ein Mantelchen umhängen. Man hat das System der besonderen Kolonialanleihen damit verteidigt, daß man behauptet, wenn die Kolonien selbst für ihre Schulden aufzukommen hätten, würden sie mit dem Kontrahieren der Schulden vorsichtiger sein, als wenn sie einfach dem Reich angetrieben würden. Das würde aber nur dann der Fall sein, wenn auch wirklich die Kolonien für die von ihnen gemachten Schulden selbst aufzukommen hätten. Davon ist aber gar keine Rede. Geht es doch in dem Entwurf selbst, daß das Reich für die Verzinsung und Tilgung der Anleihen die Bürgschaft übernehme. Was also die Kolonien nicht bezahlen können, dafür muß das Reich aufkommen. Es bleibt also alles beim Alten.

Auch daß die Anleihen mit mindestens 7 1/2 Prozent jährlich getilgt werden sollen, ist nichts als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Es wird mit den Kolonialschulden genau so wie mit den Reichsschulden gehen: für jede Million getilgter Schulden wird man 100 Millionen neuer Schulden machen. Und das Reich hat für diese Schulden aufzukommen. Dorn, daß unsere Kolonien niemals dauernd aus ihren eigenen Einnahmen die Ausgaben zu decken vermöchten, ist ja trotz der Dernburg-Diamanten und anderer kolonialer Utopien nicht zu denken.

Ein konservatives Wahlmanöver.

Die sächsischen Konservativen haben sich für die Erbanfallsteuer erklärt und auch im konservativen Fünfziger-Ausschuß haben die sächsischen Führer Mehnert, Opitz, Wagner und Sähnel sich der bekanntesten Vertrauenshandlung für die konservative Fraktion nicht angegeschlossen. Eine Zuschrift an die „Nationalzeitung“ gibt nun eine Erklärung für die Haltung der sächsischen Konservativen. In Sachsen finden in diesem Herbst die Landtagswahlen statt und es stehen sich da konservative und Nationalliberale scharf gegenüber. Die Konservativen befürchteten, wenn sie eine ablehnende Stellung der Erbanfallsteuer gegenüber einnehmen, eine schwere Niederlage bei den Landtagswahlen. Deshalb die Erklärung, die mit „besonderen sächsischen Verhältnissen“ begründet wurde! Nach der Zuschrift an die „Nationalzeitung“ hat man es sonach mit einem ziemlich plumpen Wahlmanöver zu tun.

Aufruf der Freisinnigen Vereinigung.

Der Gesamtvorstand des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung), verstärkt durch die Abgeordneten der Partei im Reichstage und im Preussischen Landtage, hielt am Sonnabend und Sonntag im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, in der zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung genommen wurde. Die Konferenz nahm — nach lebhaften und eingehenden Besprechungen — einstimmig die folgende Resolution Gothein-Pachnide an:

„Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen hält in Uebereinstimmung mit der parlamentarischen Vertretung der Partei das Zustandekommen einer gründlichen Reichsfinanzreform im nationalen Interesse für notwendig. Eine Mitarbeit des Freisinnigen ist indes nur möglich, wenn eine ausreichende Weiterentwicklung der Erbschaften erfolgt. Rechnet die konservative Partei diese allgemeine Belastung des Besitzes ab, dann trifft sie die Schuld am Scheitern der Reform.“

Eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien kann als Ersatz für in Wegfall kommende indirekte Steuern dienen, nicht aber als Ersatz für die Erbschaftsteuer.

Eine endgültige und dauernde Regelung der Finanzverhältnisse des Reiches ist nur durch eine Wende von der agrarisch-hochschuladmirativen Wirtschaftspolitik und durch Einführung qualitativer direkter Reichssteuern zu erreichen.

Bei dem Ernst der politischen Lage ist mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung zu rechnen. Unsere Organisationen werden deshalb aufgefordert, in die Vorbereitungen zum Wahlkampf schleunigst einzutreten.“

Die sächsischen Antisemiten

gaben sich gestern in Leipzig ein Stellbildchen. Sie nannten es stolz ihre „Landesversammlung“. Etwa hundert Rannalein waren in der durch Plakatanschlag eingeladenen öffentlichen Versammlung anwesend, und selbst der Name des Herrn Liebermann von Sonnenberg, der anstelle des ursprünglich in Aussicht genommenen Reichstagsabgeordneten Graef referierte, vermochte nur ganz wenige Leipziger Anhänger zu einem Gang nach dem Versammlungsort im Lehrervereinshaus zu begeistern.

Zuerst sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Böhm über die Reichsfinanzreform. Er jammerte über die Verschuldung des Reiches, wies aber den Gedanken, am Militarismus zu sparen, weit von sich. Eine Beschränkung der Ausgaben sei nicht zu erwarten; aber gespart müsse werden. Wie gespart werden solle, beriet er nicht. Er sprach zwar einmal davon, daß die arbeitsfähigen pensionierten Offiziere beschäftigt werden könnten, doch meinte er zugleich, daß nicht viel dabei herauskommen würde. Andere Sparvorschläge machte Herr Böhm nicht. Er begreift sich für die höhere Besteuerung des Kaffees und der Zigaretten könne erwogen werden. Den Latat hingegen will er gnädig freilassen wegen der vielen elenden Existenzen, die es in der Branche gibt. Eine Reichstagsauflösung wäre töricht, denn sie würde den Sozialdemokraten außerordentliche Gewinne bringen. Ähnliche Erfolge, wie sie die bürgerlichen Parteien bei den letzten Wahlen erlangen, seien ausgeschlossen. Es könne niemand verdrückt werden, wenn er sich vom Bloß abwende, denn bei den Reichstagswahlen habe niemand vorhersehen können, daß eine solch große Steuerlast kommen würde. Bei Neuwahlen aber könne leicht eine sozialistisch-radikale Mehrheit kommen, und dann würde es dem Mittelstande schlecht ergehen; er würde schärfer zu den Ausgaben herangezogen werden. Diese Gefahr müßten die Konservativen

dadurch abwenden, daß sie die großen Vermögen besser erfassen helfen.

Liebermann von Sonnenberg, der recht alt gewordene Kämpfer gegen die rote und goldene Internationale, plauderte melancholisch von der Leipziger Wanzzeit des Antisemitismus vor 20 Jahren. Die Saat, die er damals in Leipzig gesät worden, habe keine Früchte getragen, aber das dürfe niemand die Hoffnung rauben. Die Saat sei untergepflügt worden, sie habe dem Boden Nährstoff zugeführt und sei darum nicht verloren gegangen. Jetzt reissen die Früchte. Es habe sich eine zwar kleine, aber leistungsfähige Fraktion im Reichstage gebildet. Im Lande sei es die christliche und nationale Arbeiterbewegung, die die Ausbreitung der internationalen Sturmflut verhindere. Die nationale Arbeiterbewegung verheißt große Erfolge. Die Sozialdemokratie übertreibe ihre Bedeutung, indem sie sich als die Vertreterin der Arbeiter ausbeile. Den Ehrentitel Arbeiter solle sich aber niemand von der Sozialdemokratie rauben lassen. Die christliche nationale Arbeiterbewegung sei die Hoffnung, daß wieder einmal Frieden im Volke einzieht. Der wilde Kampf der Sozialdemokratie werde aufhören.

Der Besprechung interner Angelegenheiten ließ man die Vertreter der Presse nicht beizuhören, so daß wir über die großen Kriegspläne der Antisemiten nichts verraten können.

Die Ereignisse in der Türkei.

Barbarische Justizfinten.

Konstantinopel, 3. Mai. Bei Tagesanbruch sind fünfzehn vom Kriegsgericht zum Tode verurteilte Soldaten gehängt worden, und zwar drei auf der Brücke nach Stambul, fünf vor dem Kriegsministerium und fünf auf dem Platz vor der Hagia Sofia. Unter den Verurteilten befinden sich der Mörder des vor dem Hildiz erstochenen Kapitäns des Kreuzers „Assar“-Levski, der Mörder des auf dem Plage vor der Hagia Sofia ermordeten Justizministers sowie Angehörige des vierten Bataillons der Salonischer Jäger, von dem der Aufstand ausgegangen ist. Die Verurteilten blieben bis Mittag hängen. Auf den Richtstätten bewegte sich eine ungeheure Menschenmenge —

Die Meuterei der Matrosen.

Konstantinopel, 3. Mai. Es ist festgestellt, daß die Meuterei im Marineministerium von der Mannschaft des Marinebataillons und militärischen Marinearsenalarbeitern ausging, daß sie auch gegen den Marineminister gerichtet war, und daß an ihr sich einige Marinepolizeibeamte beteiligten. —

Suspendierung des „Idam“.

Konstantinopel, 3. Mai. Auf kriegsgerichtliche Verfügung ist das Erscheinen des „Idam“, dessen Besitzer und Chefredakteur geflüchtet sind, suspendiert. —

Verfassungsrevision.

Konstantinopel, 3. Mai. Die Deputiertenkammer heutige Sitzung der Kammer wurde der Entwurf zur Verfassungsrevision gefeiert, dessen Beratung und Annahme man möglichst beschleunigen will.

Konstantinopel, 3. Mai. Die Deputiertenkammer überwies die Vorlage betreffend einer sechshundertprozentigen Anleihe in Höhe von 300 000 Pfund der Finanzkommission und trat sodann in die allgemeine Vorbesprechung über die Verfassungsänderung ein. Von den Bulgaren und Griechen wurde gegen Artikel 1 der Verfassung protestiert, der als Staatsreligion des Osmanischen Reiches den Islam angibt. Der Bulgare Daltschew wandte sich gegen den Senat, der in seiner jetzigen Form einen Rest des absolutistischen Staates darstelle, und verlangte Abschaffung des Senats oder die Wahl seiner Mitglieder durch die Bevölkerung. Der Präsident teilte hierauf mit, es sei ein Telegramm des persischen Vorkämpfers in Konstantinopel eingegangen, in dem mitgeteilt wird, der Vorkämpfer habe selber telegraphische Nachricht vom Schah erhalten, daß der Schah die Einberufung des Parlaments anbefohlen habe. Die Verlesung des Telegramms wurde von großem Beifall begleitet. Von mehreren Seiten wurde gerufen: „Das hat unser Beispiel bewirkt!“ Das Haus trat sodann in die Besprechung der einzelnen Artikel des Verfassungsentwurfs ein.

Die Lage in Kleinasien.

Konstantinopel, 3. Mai. Wie von moslunternichteter Seite verlautet, beschloß der Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung, dem östlichen Teil des Wilajets Nemen die Autonomie zu verleihen, um den ständigen Unruhen unter den Arabern ein Ende zu machen.

Mit Rücksicht auf die eingegangene Meldung, daß in den Wilajets Erzerum, Diabekir und Erzingian ähnliche Meutereien wie in Adana vorbereitet würden, wurde an die dortigen Behörden der Befehl erteilt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Ausbruch von Unruhen zu verhindern. Ferner beschloß der Ministerrat zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Bekämpfung der Schulden sieben-tausend Mann mazedonischer Truppen nach Adana zu entsenden. —

Für die Armenier.

Konstantinopel, 3. Mai. Um die durch die Meutereien in den Wilajets Adana und Aleppo erregten Armenier zu beruhigen, nahmen an einer gestern hier abgehaltenen armenischen Versammlung der erste Adjutant des Sultans, Major Kemzi, ferner Riaz und Eberer bei sowie der Deputierte Riza Tewfik teil, der eine beruhigende Rede hielt. Türkische Blätter zufolge bewilligte der gestrige Ministerrat für Adana und Marasch eine Unterstützung von 80 000 Pfund und beschloß die Entsendung von hier gebildeten Kriegsgerichten. Nach einer Depesche des Wali von Adana besser: sich die Lage. —

Schweiz.

Die Verstaatlichung der Gotthardbahn.

Zürich, 28. April. (Eig. Ber.) Mit dem 1. Mai geht die Verstaatlichung der Gotthardbahn in die Hände der schweizerischen Bundesbahnen über, obgleich die finanzielle Seite noch nicht definitiv erledigt ist.

Dagegen ist die Verständigung mit den beiden Subventionsstaaten Deutschland und Italien in einer circa 14tägigen internationalen Konferenz in Bern erfolgt. Deutschland leistete seinerzeit einen Staatsbeitrag von 30, Italien von 55 und die Schweiz selbst von 28 Millionen Franken an den Bau der Gotthardbahn und in den letzten Jahren haben sie aus dem die Dividendensumme von 7 Prozent überfließenden Reingewinn je einige hunderttausende Franken erhalten. Die beiden ausländischen Staaten fordern nun ihre geleisteten Subventionssummen nicht wieder zurück, dagegen verlangten sie Ermäßigung der Vergütung für den internationalen Durchgangsverkehr, bis in der Form von der Schweiz zugestanden wurde, daß die Strecke für die Berechnung dieser Zuschläge vom 1. Mai 1910 ab um 35 Prozent und vom 1. Mai 1920 ab um weitere 15 Prozent, also insgesamt um 50 Prozent, reduziert werde. Daraus

ergibt sich ein Einnahmefall von 7/8, in der ersten und 2/3, Mill. Franken in der zweiten Periode, total 2 1/2 Millionen. Dazu kommen noch weitere Frachtbegünstigungen an Italien für Südfahrten usw., so daß die 4 Millionen voll werden dürften.

Da die Aktionäre einen möglichst hohen Preis erzwingen wollen, wird die verstaatlichte Gotthardbahn schlechter als die bisherige private rentieren, und darunter wird dann das Bahnpersonal zu leiden haben, dessen gegenwärtige, bis 1912 garantierte Befoldungsverhältnisse erheblich werden dürften; wenigstens wird man es versuchen. Das Personal wird aber jeden derartigen Versuch mit Streik oder passiver Resistenz beantworten.

Frankreich.

Die Maßregelungen der Postbeamten.

Paris, 8. Mai. Die Zahl der zurzeit abgesetzten Postbeamten beträgt 10, die der Postarbeiter 30. Erstere sind gemäßregelt worden, weil sie in öffentlichen Verwaltungen das Wort ergreifen, letztere, weil sie den 1. Mai gefeiert hatten. Die Regierung ist entschlossen, keinerlei „Disziplinlosigkeit“ aufkommen zu lassen und alle, die sich einer solchen schuldig machen, sofort ihres Postens zu entheben. In den Kreisen des Generalverbandes der Postbeamten scheint man über diese Strenge der Behörden überrascht zu sein. Vorläufig haben weitere Zwischenfälle nicht stattgefunden.

Eine Nachwahl.

Paris, 8. Mai. Bei den Kammerwahlen im Bezirk St. Afrique (Dev. Aveyron) wurde der Radikale Journos mit 7179 Stimmen gegen den konservativ-liberalen Paul Derog-Beaulieu, der 6880 Stimmen erhielt, gewählt. Das Mandat hatten bisher die Konservativen inne.

Italien.

Ein blutiger Zusammenstoß.

Rom, 8. Mai. Während einer Bauernkrawalle in Samnicandra kam es gestern zu einem Zusammenstoß mit Truppen, wobei ein Offizier und fünf Soldaten verletzt worden sind.

England.

Die Kolonien und die Rüstungen.

London, 8. Mai. Im Unterhause erklärte Premierminister Asquith auf eine Anfrage, die Regierung habe Schritte getan, um sich über die Ansichten der Kolonien mit Selbstverwaltung zu vergewissern über die baldige Abhaltung einer Konferenz, die die Besprechung der Verteidigung des Reiches zu Wasser und zu Lande zum Gegenstand haben sollte. Dabei sollten besonders die Vorschläge berücksichtigt werden, die jüngst von Kanada, Australien und Neu-Seeland zur Verteidigung zur See eingegangen sind.

Finnland.

Vor den Wahlen.

Helsingfors, den 25. April. (Fig. Ver.) Am 1. und 8. Mai gehen die Landtagswahlen vor sich, wie es im Februar bei der Auflösung der finnischen Volksvertretung der zarte Wille bestimmt hat. Wir sehen also am Vorabend der Wahlen, aber von einer Wahlbegeisterung ist hier im Lande sehr wenig zu merken. Die Wahlen von 1907 und 1908 haben schon die Stärke der einzelnen Parteien klargestellt und man ist von vorne herein überzeugt, daß die jetzigen Wahlen keine nennenswerten Verschiebungen mit sich bringen werden. Auch muß man konstatieren, daß weite Bevölkerungsteile dem neu zu wählenden Landtage gegenüber sich mißmutig verhalten: die Ergebnisse der zwei letzten Jahre haben gezeigt, wie die Existenz der finnischen Volksvertretung voll und ganz von den despotischen Launen des Jaren Nikolais abhängig ist und wie über die begonnene Reformarbeit der russische Ministerat jederzeit einen Strich ziehen kann. Man erwartet keine praktischen Resultate vom neuen Landtage, man zweifelt an seiner Lebensdauer überhaupt — und das alles wirkt deprimierend auf die Wählermassen.

Die finnische Sozialdemokratie betont vor allem in ihren Wahlaufrufen, daß die Beteiligung an den Wahlen jetzt mehr denn je die Pflicht eines jeden ist. Der Ausfall der Wahlen soll eine wichtige Antwort auf die Annahmen der russischen Reaktion werden. Nur die Sozialdemokratie ist entschlossen einen konsequenten, unerschrockenen Kampf für die Wahrung der finnischen Autonomie und für die demokratische Entwicklung des Landes weiter zu führen. Gleichzeitig wendet sie sich aber auch gegen das einheimische Kapital, welches die jetzige Krise auszunutzen will, um der Arbeiterklasse ihre früheren Eroberungen zu entreißen und ihre solidarische Macht zu brechen (das Lodot in der Metallindustrie, die Verlängerung der Arbeitszeit in der Papierindustrie usw.). Sie geißelt die falsche, zweideutige Politik der bürgerlichen Parteien, welche ihren Wählern die großartigsten Versprechungen abgeben, um dann später das begonnene Reformwerk zu Fall zu bringen oder wenigstens den Interessen der herrschenden Klassen gemäß umzumodeln. Das trat besonders in der Session des vorigen Landtages zum Vorschein, wo der bürgerliche Koalitionsrat die Einführung des Alkoholverbotes bereitelte und wo das Nachtgesetz der Kleinbauern und Gärtner, sowie auch das kommunale Wahlgesetz durch die bürgerlichen Parteien bedenklich verschlimmert wurde. Nach wie vor wird die sozialdemokratische Reaktion die Interessen der proletarischen Bevölkerungsmassen unentwegt vertreten und sie wird alles daransetzen, um im neuen Landtage die begonnenen Reformen zu Ende zu führen und vor allem ein Arbeiterwahlgesetz durchzuführen. Das neue Gesetzprojekt ist von der sozialdemokratischen Partei ausgearbeitet worden und enthält die wichtigsten Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms (Wahlfundament, Abschaffung der Nachtarbeit, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit usw.).

Die Sozialdemokratie hat bei den vorigen Wahlen so ziemlich das unter den jetzigen ökonomischen und politischen Verhältnissen mögliche Maximum erreicht (83 Sitze von 200 im ganzen). Sie hofft jetzt auf keine größeren Eroberungen, aber sie wird unabweislich die errungene Position mit Erfolg verteidigen.

Persien.

Ein blutiger Zwischenfall.

Täbris, 8. Mai. Gestern morgen feuerten 15 Reiter Kallm Khan's, 10 Werst von hier, auf eine 15 Mann starke russische Kosakenabteilung. Die Kosaken erwiderten das Feuer. Ein Perser ist gefallen, die übrigen sind entflohen.

Serbien.

Der Mörderprinz am Pranger.

Belgrad, 8. Mai. Ministerpräsident Kobałowitsch antwortete heute in der letzten Sitsung dieser Session auf die Interpellation des Sozialisten Kasserovic über den geheimnisvollen Tod des Dieners des früheren Kronprinzen Georg Kobałowitsch erklärte, die Regierung habe im amtlichen Communiqué bekannt gegeben, wie es sich mit diesem Todesfall verhalte. Der Interpellant gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden, indem er betonte, daß der Prinz Georg, obgleich er die Konsequenzen gezogen hätte, sich

einer strafrechtlichen Verfolgung durch eine Vertuschung der Sache nicht entziehen könne. Dann mißfiel auch der Minister des Innern ein und verwies scharf den Interpellanten, der kein Recht zu einer Verächtigung des Prinzen auf Grund von halbtönen Weisung habe. Zeitungslos verfolgte die Skulptur diese Auseinandersetzungen. (Fig. Fig.)

Amerika.

Kündigung von Handelsverträgen.

Washington, 2. Mai. Das Staatsdepartement gab formell die Absicht kund, die Handelsverträge mit einer Reihe von Ländern im Hinblick auf die neue Tarifgesetzgebung zu kündigen.

Soziales.

Die Reichsversicherungsordnung

wurde in der sehr gut besuchten Generalversammlung der Krankenkassen für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker am Donnerstagabend in Meiers Festsaal besprochen. Der Geschäftsführer der Kasse Albert Kohn hatte das Referat. Er hob hervor, wie geringe Fortschritte und welche enorme Verschlechterungen der Entwurf bringt. Die Selbstverwaltung soll völlig schwinden, alles in die Verfügung des Versicherungsamtes oder vielmehr des „Versicherungsamtmannes“ gelegt werden. Wie abgeneigt Staats- und Kommunalbehörden einer Zentralisierung der Kassen sind, beleuchtete er an den Schwierigkeiten, die der durchaus durchführbaren und notwendigen Zentralisation der Krankenkassen in Groß-Berlin gemacht sind. Die Krankenkassen, der die Landarbeiter, Dienstboten, Hausgewerbetreibenden, die nicht ständigen Arbeiter und das Handwerkerhandwerk unterstellt werden sollen, würden in ihren „Leistungen“ und „Selbstverwaltung“ noch weit hinter der heutigen allseitig beurteilten Gemeindekrankenversicherung zurückbleiben. Er empfahl folgende Resolution zur Annahme:

„Der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung stellt für die Krankenversicherung ganz wenige und geringfügige Verbesserungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kosten lediglich durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gedeckt werden sollen, während alle anderen Wege hierfür, zum Beispiel Zentralisation, Beseitigung der Lasten der Unfallversicherung, Erhöhung des der Versicherungsbeitrag unterliegenden Einkommens usw. unberücksichtigt bleiben.“

Die Wünsche für eine ausreichende und zweckdienliche Versicherung des Gesundes, der Land- und Forstarbeiter, der unständig Beschäftigten, des Handwerkerhandwerkes wie der Hausgewerbetreibenden fanden so wenig Erfüllung, wie der größte Teil der dringlichen und berechtigten Forderungen, welche die Krankenkassen Deutschlands seit Jahren gestellt haben und welche auch bei den im Reichsamte des Innern im Herbst 1908 tagenden Konferenzen Unterstützung fanden.

Den geringen Verbesserungen steht eine so wesentliche Beschränkung und Einschränkung der Selbstverwaltung gegenüber, daß die am 29. April d. J. tagende ordentliche Generalversammlung der Krankenkassen für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker die Reichsversicherungsordnung in der gegenwärtig vorliegenden Fassung als unannehmbar erklärt.

In der Diskussion bedauerte Herr Bloch, daß man die vielleicht vor 25 Jahren angemessene Höchstgrenze der Versicherungsbeitrag der Handlungsgehilfen auf 2000 M. Jahreseinkommen belasse. Diese könne heute bei den ungeheuren Steigerungen der Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten und anderer Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht mehr als zeitgemäß betrachtet werden. Man müsse verlangen, die Höchstgrenze auf 4000 M. hinaufzusetzen.

Der Vorsitzende der Kasse Rürnberg wies auf die im Oktober v. J. stattgehabte Konferenz im Reichsamte des Innern hin. Zu dieser hatte man 60 Kassenvorsteher aus allen Teilen Deutschlands geladen. Bei deren Eröffnung wies der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg auf Artikel in der Presse hin, welche die Konferenz als eine Komödie darstellten. Er verwahrte sich ganz entschieden gegen diese Ansicht und betonte, daß noch nichts fertig sei, man wolle erst die Meinung der Beteiligten hören. Heute, nachdem die Gesetzesvorlage erschienen, sei bewiesen, daß man im Oktober vorigen Jahres Komödie mit den Kassenvorstehern gespielt habe. Nicht einer der dort geäußerten Wünsche in Bezug auf Zentralisation, Erhaltung der Selbstverwaltung in bisheriger Form, Beibehaltung der Beitragsbeiträge sei berücksichtigt worden; dagegen sei den Wünschen der Schorfmacher a la Engländer, Meil usw. in weitestem Maße entgegengekommen.

Das Vorstandsmitglied, Kommerzienrat Simon, der gleichfalls an der Konferenz im Reichsamte des Innern teilgenommen hatte, erklärte sich in allen Punkten mit den Ausführungen Rürnbergers einverstanden und ist empört, daß man eine derartige Gesetzesänderung als im Interesse der Versicherten und Arbeitgeber liegend und den Wünschen der Arbeitgeber entsprechend bezeichnet. Wir hätten gar keine Ursache, von dem bisherigen Selbstverwaltungsrecht das geringste um nehmen zu lassen, sollten vielmehr alles daran setzen, um im Sinne der Ausführungen des Referenten Albert Kohn in jeder Weise für die Versicherten zu wirken.

Nach einem Schlußwort des Referenten, in welchem er jedem Anwesenden ans Herz legte, jeder möge in seinem Kreise ein Agitator sein für die heiligsten Rechte der versicherten Arbeiter und für eine weitere Ausgestaltung der Selbstverwaltung und Leistungen der Krankenkassen, wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Som Kontraktbruch.

Die Inhaberin einer Arbeitsstube für Damenkonfektion, Frau Watin, klagte am Montag vor dem Gewerbegericht gegen die Näherin Kühnel auf Zahlung von 80 M. für den Schaden, der aus angeblichem Kontraktbruch der Wolltexter erwachsen sei. Die Beklagte erklärte, am 31. März der Arbeit ferngeblieben zu sein, weil sie ihren Lohn erst am 30. anstatt am 27. März erhalten hat. Einen Grund habe sie nicht angegeben. Da sie aber durch die Klägerin schon am 31. März sowie durch deren Tochter, die im Betriebe die Aufsicht zu führen hat, einige Tage später und zwar in ihrer Abwesenheit grüßlich beleidigt worden ist, sei der Klageanspruch unberechtigt. Denn es könne ihr nicht zugemutet werden, nach der erfolgten Beleidigung das Arbeitsverhältnis wieder fortzusetzen. Zeugen bestätigten, daß die Beklagte von der Klägerin und deren Tochter in grober Weise beleidigt worden ist. Das Gericht unter Vorbehalt des Rechtsratsassessors Dr. Wagners wies die Klägerin mit ihrem Anspruch ab. Es trat der Ausführung der Beklagten bei, daß nach der Beleidigung ihr nicht zugemutet werden konnte, das Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Da die Beklagte zur Fertigstellung der fraglichen beiden Kleider, durch deren Verbleiben der Schaden entstanden ist, etwa 14 Tage benötigt hätte, so hat sich die Klägerin den erwachsenen Schaden selbst zugefügt.

Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege

hält seine diesjährige zehnte Versammlung in Dessau am 1. und 2. Juni ab, zu der jedermann Zutritt hat. Nach dem letzten veröffentlichten Programm wird sich die Versammlung mit dem Thema Schutts der Augen in Schule und Haus beschäftigen. Referenten sind: Professor Dr. West-Dreosden als medizinischer, Volksschullehrer Graunher-Dresden als pädagogischer und Hauptmann a. D. v. Hegler-Hummelshagen als militärischer Referent. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet das Thema Prophylaxe und Bekämpfung der Scherkerkrankheiten mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule. Sanitätsrat Dr. Thierich-Weipzig wird diese Frage

vom medizinischen Standpunkt behandeln; pädagogische Referenten sind: Rektor Endris-Rüdesheim und Lehrerin Fräulein A. Dörries-Hannover. Mit der Jahresversammlung ist die Tagung der Vereinigung der Schulärzte Deutschlands verbunden. Hierfür sind Vorträge über die einheitliche Organisation des Schulärztlichen Dienstes von Sanitätsrat Dr. Gumb-Biesbaden und Stadtarzt Dr. Lebbede-Breslau vorgesehen. Die Teilnehmer an der Jahresversammlung sind auch zum Besuch dieser Vorträge berechtigt.

Zur inneren Kolonisation und Selbstmachung von Landarbeitern.

Um die Ansiedelung von Landarbeitern zu fördern und in einheitliche Bahnen zu leiten, sind, wie die amtliche konservative Presse mitteilt, zunächst von den zuständigen Ministern für Ostpreußen geltende Grundsätze aufgestellt worden. Es heißt da im Punkt 1: „Der anzuführende Landarbeiter darf nicht in ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis zu einzelnen Arbeitgebern gebracht werden, daß er sich persönlich oder wirtschaftlich unfrei fühlt, vielmehr darf die freie Verwertung der Arbeitskraft des Ansiedlers auf dem Arbeitsmarkte nicht beschränkt werden.“

Das klingt sehr sozial und loyal. Wie aber diese persönliche und wirtschaftliche Freiheit der an Jüwerg-Mentengüter gelobten Landarbeiter gedacht ist, lehrt deutlich Punkt 7 der aufgestellten Grundsätze. Es heißt da:

„Zur Sicherung nationalpolitischer Interessen und zur Erhaltung der Landarbeiterstelle als solcher sind Sicherungsmahregeln durch Eintragung des dringlichen Wiederkaufrechts vorzusehen.“

Mit einem in diesem Sinne abgefaßten Paragraphen im Ansiedelungsvertrage können zweifellos Ansiedler, die den Junkern politisch unbedenklich werden oder den konservativen Stimmungszustand nicht genügend respektieren, von Haus und Hof gejagt und um die Früchte jahrelanger Arbeit betrogen werden, welches Schicksal jetzt schon zahlreiche Zeitpächter in den fiskalischen Moosbrüchen und Waldarbeiterkolonien Ostpreußens erdulden mußten.

Aus Industrie und Handel.

Raffengüterbahnen.

Wir leben in der Zeit der multiplizierten Größen. Die Grenzen von Zeit und Raum sind auf ein Minimum beschränkt. Dampfkraft und elektrische Energie ersetzen, in vielfache übertragbar, die menschliche Arbeitsleistung. Die modernen Compoundlokomotiven sind riesen mechanischer Kraftbewegung, und die neuesten Schiffslokomotoren lassen jene als Jüwerg der Kraftentwicklung erscheinen. Im Wirtschaftslieben sinkt das Individuum zu einer Null herab; es ist nur noch ein Objekt der Kräftekonzentration, wird zur Dienerin der Maschinen. Und nach immer noch mehr gesteigerten Leistungen ist des sinnenden Menschengeistes Ziel gerichtet. Steigerung der Kraftenergiezeugung und des Krafttransportes, in riesenbetrieben und Giganten der Bewegungsmittel, ist spekulativer Köpfe raslose Arbeit. Der letzteren Aufgabe dienen sich eine Industrie, die das Ruhrgebiet mit der Reichshauptstadt verbindet. Geheimrat Rathenau, der Generaldirektor der „A. E. G.“, und Professor Wilh. Cauer sind die Väter des Projektes. Nicht nur der Idee, sondern auch des Ausgedachten, bis ins kleinste Detail ausgearbeiteten Planes. Diesen unterbreiten sie der öffentlichen Begutachtung und Kritik in einer fasslichen Broschüre.

Man weiß, es sprechen da Interessenten zu uns. Rathenau ist des schöpferischen Gedankens Vater. Professor Cauer gab das literarische Gewand. Selbstverständlich verfolgt der Generaldirektor der „A. E. G.“ mit der Propagierung seiner Idee industrielle, wenn nicht gar nur direkte Interessen seiner Gesellschaft. Ein berechtigtes Unterfangen. Aber die Tatsache berechtigt dazu, mit einem gewissen Mißtrauen an die Verlässe des Wunders heranzugehen. Man mag es tun und wird doch zugeben müssen: Die Darlegungen, Argumente, Tatsachenmaterialien, Berechnungen usw. haben etwas Bestehendes, Skeptizismus Ueberwindendes an sich! Man fühlt: Ueberzeugt und im Prinzip Ueberzeugende sprechen zu uns! Der Rhein-Ruhr-Kanal soll gewaltige Güterbewegungen bewältigen. Noch ist die Inbetriebsetzung des Kanals in ziemlich weite Ferne gerückt, da wird uns in nüchternen Berechnungen gezeigt, daß für die Ansprüche der Zukunft des Kanals Leistungsfähigkeit nicht genüge. Und fügen gegen bisherige Anschauungen anstürmend, berechnen die Verfasser, daß eine Bahn nach ihrem Plan billiger arbeite als der Kanalbetrieb. Sie kämpfen gegen „laissez faire, laissez aller“ auf diesem Gebiet. Man soll nicht, getrieben von des Tages Ruh, das Notwendige für heute schaffen, sondern planmäßig zur Tat werden lassen, was von Realitäten getragene Berechnungen und Kalkulationen als der Zukunft Erfordernis erkennen lassen. Rathenau schreibt:

„Sicht man den Fall, daß Deutschland trotz schlechter Lage und mittelmäßigen Materialreichtums ein Produktionsgebiet ersten Ranges, in ost-westlicher oder nord-südlicher Richtung plötzlich in praktischem Sinne fruchtbar gemacht werden könnte, so wäre die wirtschaftliche Wirkung dieses Ereignisses nicht abzusehen. Nicht allein, daß alle bestehenden Industrien sofort unter weit verbesserten Bedingungen arbeiten und ihren Absatz auf ein Vielfaches des gegenwärtigen Bereichs im In- und Auslande ausdehnen könnten, daß somit auch ihre Konkurrenzfähigkeit dem Weltmarkt gegenüber sich gewaltig, und auf den Produktionsumfang rückwirkend steigerte; es wären vielmehr auch die Existenzmöglichkeiten für zahlreiche neue Industrien gegeben, die jetzt aus geographischen Gründen versagen; und gleichzeitig wäre die Industrialisierung derjenigen gut bevölkerten Landesteile wie etwa des preussischen Ostens gewonnen, die gegenwärtig aus Mangel der Rohmaterialien und des Konsums unterbleibt. Es scheint phantastisch und ist dennoch nicht übertrieben, wenn erste Industrielle die Produktionsfähigkeit in einem praktisch fruchtbaren Lande auf ein Vielfaches der gegenwärtigen veranschlagen.“

Die Tarife lassen sich unter nüchternen Voraussetzungen auf die Hälfte bis ein Viertel der billigsten bestehenden Sätze reduzieren, und zwar durch den Bau besonderer Güterbahnen, die billiger, leistungsfähiger und rentabler sind als Kanäle.“

Gegen künstliche Wasserstraßen führt Professor Cauer ins Feld die Kostspieligkeit der Anlage und starke Abhängigkeit der Betriebe von den Witterungsverhältnissen. Er schreibt:

„In dem Kampfe um die Verbilligung von Wätsch zum Ausbau der preussischen Wasserstraßen ist behauptet worden, man müsse die überlasteten Eisenbahnen durch den Bau von Kanälen entlasten und hierdurch eine leistungsfähigere und billigere Beförderungsmöglichkeit bieten. Die vorstehenden Untersuchungen haben gezeigt, daß ein Kanal in der Anlage erheblich teurer ist als eine Güterbahn und dabei nur einen kleinen Bruchteil dessen leisten kann, was eine Güterbahn zu leisten imstande ist. Eisenbahnen durch Kanäle entlasten zu wollen, ist daher ein verkehrlicher Unterfangen. In der Billigkeit der Transportkosten aber haben die Kanäle, wenn man wirtschaftlich richtig rechnet, schon vor den Eisenbahnen gewöhnlicher Art nicht viel voraus; dagegen werden sie von besonderen Raffengüterbahnen in den Tarifen um ein Bedeutendes unterboten.“

Die Kosten der beschriebenen Anlage, die nur für den Gütertransport bestimmt ist, werden auf 200 bis 300 Millionen Mark veranschlagt. Die zweigleisig ausgebaute Bahn soll, bei elektrischem Antriebe und 30 Kilometer Zuggeschwindigkeit, mit Trans-

Verfälschten Arbeiten, die die Nachahmung der heutigen Normalwagen um das Vierfache übersteigen. Ein Normalzug von 50 Wagen würde circa 2000 Tonnen Kupferlast bewegen. Die Züge können, je nach Bedürfnis, in ganz kurzen Abständen abgelassen werden. Die vorläufige Leistung soll nach fünfjährigem Betrieb 10 Millionen Tonnen betragen, die Höchstleistung 100 bis 120 Millionen Tonnen. Die Bewegungskosten berechnet Professor Sauer wie folgt: Transport einschließlich Abfertigung pro Tonnenkilometer bei 170 Kilometer Entfernung 1,15 Pf. und bei 500 Kilometer nur noch 0,75 Pf. Nach den jetzigen Gültertarifen sind die Transportkosten um das Zwei- bis Vierfache höher.

Erweisen sich die Berechnungen als nicht zu sehr von Phantastik beeinflusst, dann wird die Regierung dem Plane wohl näher treten müssen, schon aus dem Grunde, weil die Elektrifizierung des Eisenbahnwesens doch nur eine Frage der Zeit ist und bei Umwandlung der Betriebe darauf Rücksicht genommen werden muß, ob eine Trennung des Güterverkehrs vom Personenverkehr sich durchführen läßt. Für die Betriebssicherheit und Erzielung größerer Fahrgeschwindigkeiten wäre eine Separierung jeden Verkehrs sicherlich von Vorteil. W.

Wärlisches Elektrizitätswerk Akt.-Ges. In Gemeinschaft mit der Bank für elektrische Unternehmungen hat die A. E. G. eine Aktien-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 2000 000 M. errichtet zu dem Zwecke, eine Ueberlandzentrale für die Kreise Oberbarnim, Niederbarnim, Templin, Angermünde und angrenzende Gebiete zu errichten.

Gewerkschaftliches.

Mai-Ausperrungen.

Der Maifeier folgen Ausperrungen. Das ist eine alte Erfahrung. Anfangs glaubten die Unternehmer, durch derartige Maßregeln der Maifeier den Garaus machen zu können. Nachdem sie im Laufe der Jahre gesehen haben, daß dies ein vergebliches Bemühen ist, gingen die Ausperrungen an Zahl und Umfang mehr zurück. Zwar haben die verschiedenen Unternehmerorganisationen auch in diesem Jahre Beschlüsse gefaßt, wonach jeder Arbeiter, der am 1. Mai feiert, auf mehrere Tage ausgesperrt werden soll. Besonders waren es die Scharfmacher im Baugewerbe, welche durch Ausperrungsbeschlüsse die Arbeiter einzuschüchtern suchten, doch mit der Ausführung dieser Beschlüsse ist es nichts geworden. Die Zahl der Ausperrungen im Baugewerbe ist im Verhältnis zu den stark besuchten Vormittagsversammlungen am 1. Mai nur sehr gering.

An der Spitze der Ausperrungswütigen Unternehmer marschieren die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen. Sie allein können den „Ruhm“ für sich in Anspruch nehmen, die zahlreichsten Ausperrungen, meist auf drei Tage, vorgenommen zu haben. — Nach den Feststellungen, welche die Gewerkschaftsleitungen bis Montagabend gemacht hatten, zeigt die Ausperrung in Berlin folgendes Bild:

Holzarbeiter: In Berlin sind in 233 Betrieben mit 5147 Beschäftigten 3729 Arbeiter ausgesperrt. In Weihensee haben 5 Betriebe 82, in Rixdorf 10 Betriebe 125, in Schöneberg 14 Betriebe 68, in Charlottenburg 1 Betrieb 24 Arbeiter ausgesperrt. In Rudowwalde feierten circa 400 Holzarbeiter, davon wurden 240 ausgesperrt.

Die Metallarbeiter zählen 364 Ausperrerte. Im Baugewerbe in Groß-Berlin sind ausgesperrt: Maurer 149, Zementierer 50, Puher 23, Bauhilfsarbeiter 60, Zimmerer 150.

In anderen Berufen sind die Ziffern der Ausgesperrten noch geringfügiger.

Einige Tausend Holzarbeiter sind auch in Nürnberg ausgesperrt. 172 Mann in 43 Werkstätten, die gefeiert hatten, konnten am Montag die Arbeit wieder beginnen. Da die Holzarbeiter sich zurzeit in einer Lohnbewegung befinden, fand am Sonntag eine Versammlung statt, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegenzunehmen. In der Diskussion wurde auch die Ausperrungsfrage wiederholt berührt. Die Unternehmer haben die Verhandlungen hingezogen, um erst die Maifeier vorübergehen zu lassen, weil sie anscheinend glauben, daß die Ausperrung dämpfend wirken werde. Das Gegenteil davon ist aber eingetreten. Die Versammlung erklärte, an den Forderungen — Lohnerrhöhung von 5 Pf. pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden wöchentlich und Freigabe des 1. Mai — festzuhalten.

Die Ausperrungsziffern beweisen deutlich, daß namentlich die Unternehmer im Baugewerbe den Kampf gegen die Maifeier aufgegeben haben und daß der Kampf auch im Holzgewerbe nicht mit der von den Scharfmachern gewünschten Energie geführt wird. Wenn auch die Holzindustrie stärker als andere Berufe ausgesperrt hat, so sind die Zahlen der Ausgesperrten im Verhältnis zur Zahl der an der Maifeier beteiligten Arbeiter keineswegs sehr groß.

Berlin und Umgegend.

Brauereiarbeiter. Unter Hinweis auf die Notiz im „Vorwärts“ vom 20. April, die Prozentsatzfeststellung in der Brauerei Gregorh betreffend, teilen wir mit, daß diese Angelegenheit mit der Direktion der genannten Brauerei befriedigend erledigt ist. Da der Direktor Schiller, auf dessen Konto die Streitigkeiten zwischen der Direktion der Brauerei Gregorh und dem Brauereiarbeiterverband einzig und allein zu setzen sind, am 1. Mai die Stätte seines Wirkens verlassen hat, und nachdem der Braumeister Knoppe die schriftliche Erklärung abgegeben hat, für die Folgezeit das Arbeitsnachweisstatut im Sinne der Einigungsamtsbeschlüsse zu handhaben, steht zu erwarten, daß die organisierten Brauereiarbeiter in der Brauerei Gregorh eine gerechtere Behandlung erfahren, als dies bisher der Fall war.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Achtung!

Steindrucker, Lithographen, Oilschreiber und Arbeiterinnen! Die Firma Hugo Sensch hat das Personal der Stein-druckerei wegen der Maifeier ausgesperrt. Arbeitsangebote dieser Firma sind zurückzuweisen. Alle Kollegen in Lohndruckereien werden angewiesen, streng darauf zu achten, daß keine Arbeiten für diese Firma angefertigt werden.

Die Vorstände der Organisationen.

Rußisch-Plattendrucker, Achtung!

Im Wela Reford, Heidelbergerstraße, sind die Presser wegen Maifeier ausgesperrt. Die Organisationsvertreter versuchen zu verhandeln. Der Direktor erklärte aber rund heraus, daß er keinen der Maifeierenden wieder einstellt. Der Betrieb ist somit gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Fabrikarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Der Kampf in Helmstedt.

8 Gendarmen, 5 Polizisten und 1 Wachmeister waren behördlicherseits aufgestellt, um in Helmstedt 8 Streikbrecher

auf dem Bahnhof zu empfangen und zu „schämen“, um diese nützlichen Elemente, die wieder von dem bekannten Oesterreich-Vorhagen-Kunzele, dirigiert wurden, sicher ihrer „ehrenvollen“ Tätigkeit in der Saalfeldischen Wälschfabrik zuzuführen. Darüber wird aus Helmstedt folgendes berichtet: Dieser Transport Streikbrecher war schon 5.50 Uhr früh in Berlin auf der Bahn verpackt worden und traf 10.41 Uhr vormittags hier ein. Hier waren zu ihrem besonders erhebenden Empfang 8 Gendarmen unter Führung des Nachtmeisters Oppermann und außerdem noch 5 Polizisten kommandiert. Oppermann ordnete den Zug und kommandierte den Streikbrechern, weder auszuweichen, noch nach der Seite zu blicken. Der zivile Kommandant der Streikbrechergarde, Oesterreich, reiste nachmittags wieder nach Berlin zurück, wahrscheinlich, um zu neuen Taten zu rüsten.

Von anderer Seite wird dazu noch berichtet: „Ein Streikposten sowie eine an dem Streik völlig unbeteiligte Person traten in Arbeiterkleidung in den Wartesaal des Bahnhofes und verlangten ein Glas Bier, was ihnen auch anstandslos verabreicht wurde. Da trat „Kraft seines Amtes der Wachmeister hervor und befahl, daß der Kollege austrinken und sofort das Bahnhofsgelände verlassen sollte! Der Kollege tat das, um Weiterungen zu vermeiden. Aber damit nicht genug, der Unbeteiligte gab auf die Frage des Beamten die Aufklärung, daß er Schmied sei und ihn die Sache in seiner Weise berühre. Darauf die Antwort: „Die Sache lenne ich, Sie stehen auch mit unter der Rede, sofort verlassen Sie das Bahnhofsgelände! Diese Handlungsweise hatte auch den Bahnhofswirt empört, der sich darüber beim Oberwachmeister beschwerte.“

So werden die von der Allgemeinheit bezahlten Sicherheitsorgane in den Dienst des Kapitals gestellt. Die Arbeiter und Steuerzahler dürfen sich in der eigenen Heimat nicht einmal mehr frei bewegen, sie müssen die Uebergriffe der Beamten ruhig einsehen, wenn sie nicht schwere Strafen riskieren wollen. Eine bessere Lektion über das Thema Kapitalherrschaft und Klassenstaat konnte dem bisher unaufgeklärten Teile der Arbeiterschaft gar nicht gegeben werden.

Holzarbeiterbewegung in Nürnberg.

Ein allgemeiner Streik der in der Holzbearbeitung beschäftigten Arbeiter steht in Nürnberg dicht vor der Tür. Schon vor einiger Zeit wurden den Unternehmern Forderungen unterbreitet auf Lohnerrhöhung von 5 Pf. pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden wöchentlich und Freigabe des 1. Mai. Es fanden schon zweimal Unterhandlungen statt, in denen die Unternehmer die Forderungen ablehnten. Sie wollten einen Tarifentwurf ausarbeiten und vorlegen, aber bei den Holzarbeitern Nürnbergs besteht keine Neigung zu einem Tarifabschlusse; dann boten sie lediglich eine Lohnerrhöhung von 2 Pf., das Gebot wurde aber in der zweiten Verhandlung zurückgenommen, so daß die Sache wieder auf dem toten Punkt angelangt ist. Aus den Verhandlungen gewann man den Eindruck, daß die Großindustriellen gerne nachgeben würden, daß sie aber von der Masse der kleinen Meister, die gar keine oder nur wenige Arbeiter beschäftigen, majorisiert werden. Der Widerstand gegen jedes Zugeständnis wird von der haharbschen Scharfmacherlieue in Berlin geschürt. Inzwischen ist die Mehrzahl der Holzarbeiter wegen der Maifeier bis 6. Mai ausgesperrt worden, wodurch sich die Lage verschärft hat. In einer von 2000 Mann besuchten Versammlung am Sonntag wurde das Festhalten an den Forderungen erklärt. Ein großer Teil der Arbeiter verlangte den sofortigen Eintritt in den Streik, doch kam es noch zu keinem Beschluß; die Entscheidung wird in den nächsten Tagen noch vor Ablauf der Ausperrung fallen, wenn die Zentralvorstände der Arbeiter und Unternehmer unterhandelt haben.

Ein Brauerstreik ist in Schwabach bei Nürnberg ausgebrochen. Die Unternehmer wollten den Tarifablauf am 1. Mai dazu benutzen, den Arbeitern unannehmbare Bedingungen zu diktieren. Sämtliche Brauer und Maschinisten haben die Arbeit niedergelegt.

Ein Kongreß der polnischen Gewerkschaften.

Am Sonntag begann in Bochum die Generalversammlung der mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ verschmolzenen 8 polnischen Gewerkschaften: Polnische Berufsvereinigung (Sitz Bochum), Verband zur gegenseitigen Hilfe (Sitz Weuthen O.-S.) und Posener Berufsverband (Sitz Posen). Es sind 124 Delegierte, unter ihnen circa 15 mandatslose Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder erschienen, und zwar 85 aus dem Rheinland und Westfalen, 4 aus der Niederlausitz, 4 aus Norddeutschland, 4 aus Westpreußen von der Polnischen Berufsvereinigung, 11 vom Posener Verbande aus der Provinz Posen und 13 aus Oberschlesien von der „Gegenseitigen Hilfe“. Letzteres ist ganz besonders auffällig, da das Verbändchen nur 2000 vollzählende Mitglieder (a 30 u. 40 Pf. pro Woche) und circa 3000 Invaliden (a 10 Pf. pro Woche) im ganzen hat, wobei 9 Beamte angestellt sind, die die Rückwärtsentwicklung des Verbandes leiten, der 1900 noch 15 000 Mitglieder hatte. In den letzten beiden Jahren hat die Organisation mehr ausgegeben als eingenommen. Erwähnenswert waren die Ausführungen des Vorsitzenden Wiczorek, Königshütte O.-S., welcher schon in der Geschäftsordnungsdebatte hervorhob, „daß einzelne“ (Angeklagte) bei der Verschmelzung um ihre Existenz mit Recht besorgt sind, da man sie doch jetzt nicht treulos auf das Pflaster werfen darf, wie das die Kapitalisten tun“.

Die Tagesordnung, welche 11 Punkte umfaßt, enthält als wichtigsten Punkt die Bildung von Fachabteilungen für die einzelnen Berufe. Ueber den Vorständen der einzelnen Berufe soll als führende Instanz der ganzen polnischen Gewerkschaftsbewegung ein Zentralvorstand gebildet werden, ungefähr nach Art der Generalkommission der freien Gewerkschaften.

Die polnische Presse ist ziemlich stark vertreten. Unter anderem der „Postemp“ und „Goniec Wielkopolski“ aus Posen, der Berliner „Dziennik Berlinski“, der „Wiarus Polski“ aus Bochum, die „Zgoda“ aus Wanne i. Westfalen und als Vertreter der Bergarbeiterzeitung der Genosse Wamel. Von den geladenen Reichstagsabgeordneten war am ersten Tage niemand erschienen; Johann Wrejski und Kulewski haben sich mit Krankheit bezogen, anderen wichtigen Geschäften entschuldigt. Die Stellung des Vorstandes ganz besonders aber des Vorsitzenden Sosinski, ist eine äußerst kritische, da sich der „geistige Vater“ der „Poln. Berufs-Verein.“ in der letzten Zeit sehr große Ruhe gegeben hat, das Vertrauen der Mitglieder zum Vorstand mit allen Mitteln zu untergraben, um seinen schwindenden Einfluß auf den Verband durch einen ihm sympathischen Vorstand wiedergzugewinnen. Es handelt sich um den Reichstagsabgeordneten Johann Wrejski, der durch seine Zeitung „Wiarus Polski“ einen ziemlich großen Einfluß unter den im Rheinland-Westfalen wohnenden Polen besitzt. Dadurch sind auch in der Poln. W. B. zwei Richtungen entstanden, die scharf aufeinander geraten dürften.

Ein Scharfmacherbund der Handelsherren soll für Wahren gegründet werden, nachdem die organisierten Handlungsgehilfen immer frecher nach Sonntagsruhe und anderem Luxus schreien.

Der gehegte Oberhirsch.

Sieben Kläger hatten am Mittwoch den Sekretär Reuthen von den H.-D. Gewerkschaften in Nürnberg vor das dortige Schöffengericht zitiert: Vier Vorstandsmitglieder vom Deutschen Metallarbeiterverband, Scherm von der „Metallarbeiter-Zeitung“ und die Verbandsvorstände Sandler-Soltingen und Wehrend-Berlin. Der Grund: Reuthen hat in den Fabriken Nürnbergs zwei Flugblätter verstreuen lassen: Tretet ein in den Gewerkschaften der Maschinenbauer und tretet aus aus dem Deutschen Metallarbeiterverband, denn die Schilde, Scherm, Sandler, Wehrend usw. sind Dummköpfe, Kreaturen, Lügner, Betrüger, Lumpen, die das Geld der Arbeiter verpulvern, absichtlich Streikbrecher liefern, von den Unternehmern

Provisionen verlangen und die Arbeiter gegen Geld an die Unternehmer verraten usw.

Der Verleumdungsprozeß bedurfte einer langwierigen und kostspieligen Vorbereitung. Denn Reuthen wollte alles beweisen. Auf seinen Antrag mußten deshalb in den verschiedensten Städten Deutschlands Zeugen kommissarisch vernommen und 6 bis 8 auswärtige Anwälte hinzugezogen werden. Die Zeugenvernehmung fiel aber für den Reuthen sehr ungünstig aus. Reuthen hatte deshalb eine nicht geringe Strafe zu erwarten, um so mehr, als er das zweite Flugblatt verbreiten ließ, nachdem schon wegen des ersten Klage erhoben war. Er ging deshalb auf den Rat des Richters auf folgenden Vergleich ein:

Reuthen erklärt, daß er auf Grund der Verleumdung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die in den beiden Flugblättern gegen die sieben Kläger erhobenen Vorwürfe unbegründet sind und von ihm nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Er nimmt deshalb die Vorwürfe und Verleumdungen als unbegründet mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Er trägt die Kosten für die Publikation des Vergleichs in der „Frankfurter Tagespost“ und in der „Metallarbeiterzeitung“ und übernimmt sämtliche Prozeßkosten, auch die Kosten für die im Vorverfahren tätig gewesen auswärtigen Rechtsanwältinnen (zusammen 500—600 M.).

Nachdem Reuthen während seiner gegenständlichen Tätigkeit in Nürnberg durch zahlreiche Verleumdungsprozesse mehr Geld verpulvert hat als Mitgliederbeiträge eingingen, verweist ihn der „Generalrat“ nun nach Hamburg.

Ausland.

Allgemeine Aussperrung im Baugewerbe Schwedens.

Zwischen den Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen im Baugewerbe Schwedens sind unter Mitwirkung des Landessekretariats der Gewerkschaften und des Zentral-Arbeitgeberverbandes langwierige Verhandlungen über den Abschluß einer Reichstagsgemeinschaft für die Bauindustrie Schwedens geführt worden. Obwohl es sich hierbei nur um allgemeine Bestimmungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse und nicht um die Festsetzung der Löhne handelt, suchen die Arbeitgeber eine Bestimmung hineinzubringen, die irgend welchen Lohnerhöhungen an den verschiedenen Orten vorbeugen soll. Außerdem suchen sie die 67stündige Normalarbeitswoche selbst dort einzuführen, wo betraglich bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht. Die Verhandlungen sind gescheitert, und der Arbeitgeberverband hat nun eine allgemeine Aussperrung der baugewerblichen Arbeiter beschlossen, die am 22. Mai in den westlichen und südlichen Distrikte beginnen und am 23. Juni über das ganze Land ausgedehnt werden soll.

Klassenjustiz in Frankreich.

Draconische Urteile gegen die streikenden Knopfmacher und Knopfmacherinnen von Meun hat das Gericht von Beauvais gefällt. Die Streikenden sollen Ausschreitungen begangen haben, die, wenn sie wirklich vorgefallen, durch geradezu brutale Provokationen seitens der Unternehmer, wenn nicht gerechtfertigt, so doch entschuldigend werden. Als Zeugen traten fast ausschließlich Gendarmen auf, denen das Gericht natürlich ohne weiteres glaubte. Der Staatsanwalt, wenn er auch Verurteilung beantragte, stimmte seine Rede auf einen ziemlich gemäßigten Ton. Die Verteidiger beschworen das Gericht, durch einen milden Urteilspruch Ruhe in die erregte Bevölkerung zu schaffen. Es war vergebens, die Stimme des Klassenhasses überstimmte die der Gerechtigkeit. Von 28 Angeklagten wurden nur zwei freigesprochen; 2 Jugendliche und 4 Frauen wurden zu je 15 Tagen Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu je 2—8 Monat Gefängnis verurteilt. „Ein verabscheuungswürdiges Urteil!“ ruft die „Humanität“ aus!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mai-Ausperrung.

München, 3. Mai. (B. G.) Die Arbeitgeber des Holzverbandes haben auf die Maifeier mit einer Aussperrung geantwortet, welche sich auf 50 Werkstätten mit rund 800 Arbeitern erstreckt. Unter den aussperrenden Firmen sind alle größeren Geschäfte der Holzbearbeitungsbranche vertreten. Von Seiten des Holzarbeiterverbandes ist das Einigungsamt angerufen worden. Die Aussperrung soll bis Donnerstag währen.

Die revidierte Verfassung.

Konstantinopel, 3. Mai. (B. L. B.) Die heute in der Kammer zur Beratung gelangte Verfassungsrevision umfaßt in ihren Hauptpunkten folgende Bestimmungen: Der Sultan leistet unmittelbar nach der Thronbesteigung vor dem Parlament den Eid auf die Verfassung und das Scheriat. Er ernannt nur den Großwesir und den Scheik ul Islam. Der Großwesir bildet das Kabinett, das zurückerufen muß, wenn die Kammer ihm ihr Mißtrauen ausspricht. Wird die Kammer aufgelöst, so haben innerhalb dreier Monate Neuwahlen stattzufinden. Die Präventivzensur wird aufgehoben, gegen die Verfassung oder die Einheit des Staates gerichtete Vereinigungen sind untersagt. Wenn die Kammer eine Regierungsvorlage zweimal ablehnt, wird sie aufgelöst, wenn jedoch die neue Kammer die Regierungsvorlage abermals ablehnt, so ist deren Entscheidung bindend. Die Session dauert sechs Monate. Der Senat besteht aus 45 Mitgliedern, von denen ein Drittel vom Sultan ernannt, die übrigen von der Kammer gewählt werden, und zwar sämtlich für neun Jahre. Die Senatssitzungen sind öffentlich. Das Recht des Sultans, Staatsgefährliche Personen in die Verbannung zu schicken, wird aufgehoben.

Zwei Menschen verbrannt.

Leipzig, 3. Mai. (B. L. B.) Eine schwere Explosion ereignete sich heute abend 7 Uhr in dem Atelier der Malermeister W r ü c h e r und S c h o e n i c h zu Leipzig-Lindenau. Die beiden Inhaber der Firma wurden von der Feuerwehrt mit schweren Brandwunden bedeckt tot aufgefunden.

Der Luftomnibus.

Stuttgart, 3. Mai. Im erweiterten Ausschuß des Württembergischen Luftflottenvereins wurde heute von dem Vertreter des Grafen Zeppelin mitgeteilt, daß die Betriebsgesellschaft, der auch die Gesellschaft „Luftschiffbau Zeppelin“ nahesteht, die Einrichtung eines fahrplanmäßigen Luftschiffverkehrs von Luzern oder Friedrichshafen über Frankfurt a. M. nach Norden in die Hand genommen hat. Es werde von den Bewerbungen der Städte, ihren Angeboten von Landungsplätzen abhängen, welche Linie im einzelnen gewählt werden wird. Die Luftschifflinien sollen bereits im nächsten Jahre in Betrieb genommen werden.

Schreckenstat eines Bahnstättigen.

Innsbruck, 3. Mai. (B. G.) In Fügen im Biberthal ist gestern der Klempnermeister O p b a c h e r, Vater von sechs Kindern, gestorben. Sein Bruder, der bekannte Nationalfänger gleichen Namens, erregte sich darüber derart, daß er die Frau des Verstorbenen durch Messerschläge tötete und dann sich selbst erschoss.

Im sonnigen Süden.

Breuditz, 3. Mai. (B. G.) Hier ist seit gestern Wettersturz eingetreten. Die Temperatur ist auf den Nullpunkt gesunken. In Weilluna wütet starkes Schneegestöber.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung, Montag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Titel „Universitäten und Charité-Krankenhaus Berlin“.

Abg. Dr. Gadenberg (natl.) fordert die Errichtung eines Lehrstuhls für Neugriechisch an der Berliner Universität.

Abg. v. Neumann-Groschenorau (L.) wünscht für Berlin einen Lehrstuhl für Kolonialpolitik.

Eine Reihe weiterer Redner bringen Spezialwünsche für die verschiedenen Universitäten vor.

Abg. Borgmann (Soz.):

Die Charitéverwaltung hat wiederholt den Versuch gemacht, da sie mit dem staatlichen Zuschuß nicht auskommt, die Verwaltungskosten dadurch zu decken, daß sie die Kur- und Pflegekosten erhöht hat.

Schwere Schädigung der Arbeiterklasse.

Es bedeutet auch eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit, da viele Kranke sich dadurch abhalten lassen, im Krankheitsfalle sich in eine geordnete Krankenbehandlung zu begeben.

erkrankte dann selbst an der Pest,

besam eine große Reihe von Seruminjektionen, blieb zwar am Leben, ist aber so vollständig hilflos geworden, daß er seinen Dienst nicht mehr ausüben konnte.

Kleines feuilleton.

Musik.

Neues Operetten-Theater: „Der Zigeunerbaron“. Von Johann Strauß ist „Der Zigeunerbaron“ die nächst der „Fledermaus“ wohl bedeutendste Operette.

Die aus feinerer Operettenzeit bekannten Sänger Oskar Braun und Földi Augustin waren wohl die tüchtigsten.

Frägt man uns endlich, ob unsere Kritik vom Besuche der Aufführungen abraten will, so können wir nur entschieden widersprechen.

Der Berliner Volkstheater hat mit dem eben abgelaufenen April sein fünftes Lebensjahr vollendet.

die Verwaltung der Charité handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Kaumann: Die Erhöhung der Pflegekosten war notwendig in Rücksicht auf die Einrichtung neuer Abteilungen und umfangreicher Neubauten.

Abg. v. Arnim-Siedow (L.): Die Klagen des Abg. Borgmann hat der Regierungsvertreter als durchaus unbegründet widerlegen können.

Abg. Borgmann (Soz.): Es ist mir durchaus bekannt, daß das Charité-Krankenhaus sich im Umbau befindet und daß man die Mittel dafür durch Vernichtung des Botanischen Gartens bereitgestellt hat.

Abg. Gassel (fr. Sp.): Ueber die neuen Einrichtungen der Charité hört man nur gutes. Inwiefern es möglich ist, in den alten Bauten nur Veränderungen zu treffen, kann ich nicht beurteilen.

Geheimrat Kaumann: Der Mann bekommt, so lange er erwerbsunfähig ist, monatlich 80 M., außerdem die Rente.

Abg. Siebert (L.) tritt für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums ein. Die Weisheitsgymnasien, die man ihm verdankt, möchte ich für das Volkleben nicht vermissen.

hättnis zu den Leistungen des Chors beinahe überaus niedrig sind. Ein kleines Defizit in der Jahrestafel des Chors ist die Folge.

Kunst.

Die Große Berliner Kunstausstellung ist am Sonnabendmittag eröffnet worden. Soweit man nach einem orientierenden Rundgang durch das Loby mit den 88 Sälen und Kojen urteilen kann, ist das künstlerische Durchschnittsniveau diesmal nicht so erbaulich wie in den früheren Jahren.

ihnen bleibt ein bitteres Gefühl zurück. Zu den sozialen Bedenken kommen hygienische und pädagogische. Die Ferien sind zur Erholung da und die Vorfreude wird es vielen der Schüler schwer gemacht haben, dem Unterricht vorher mit Aufmerksamkeit zu folgen.

Abg. Deth (Z.) bezieht die Reformbedürftigkeit des humanistischen Gymnasiums. Der moderne Geist schlägt ohnehin seine Wogen auch in das humanistische Gymnasium.

Unterstaatssekretär Meyer: Uns ist von diesen Vorgängen nichts bekannt. Es ist zwar in letzter Zeit davon gesprochen worden, daß im Gymnasium in Essen nicht alles in Ordnung sein soll.

Abg. Pöngmann (natl.) wünscht Beschleunigung in der Schaffung eines stenographischen Einheitsystems, damit die Stenographie in den Schulen eingeführt werden könne.

Siehe auf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr.

Die Maifeier im Reich.

Unseren gestrigen Meldungen sind noch die folgenden anzufügen:

Pommern.

In den Wahlkreisen Stettin und Randow-Greifenhagen fanden morgens zwei Versammlungen statt, in denen die Redakteure Sommer und Kehllich sprachen.

In Straßburg fand morgens eine Versammlung statt, in der zahlreiche Teilnehmer einen Vortrag des Genossen Dautsch entgegennahmen.

namentlich der große Skulpturensaal macht einen sehr lästigen Eindruck. In der Architektur-Abteilung interessieren zahlreiche fotografische Reproduktionen von Bauten Ludwig Hoffmanns.

Wir werden auf die Ausstellung, soweit sie Bemerkenswertes bietet, noch in ausführlicher Besprechung zurückkommen.

Humor und Satire.

Serenissimus beim Hofmaier: Ihr Vorgänger ludigte einer schönen Tüte: er brachte bei Bildhauern immer in Schürzen mit den Landesfarben an!

Wahres Geschichtchen. Die Kompanie tritt zum Kirchgang an; der Feldwebel befiehlt: „Die Katholiken rechts, die Evangelischen links antreten!“

Alles eilt an seinen Platz, nur ein Mann bleibt in der Mitte stehen.

Der Feldwebel stürzt wuschauend auf ihn los: „Wirst Du Dich vielleicht ranscheren?“

Der Mann bleibt stehen und wagt einzutreten: „Herr Feldwebel, ich bin altkatholisch.“

„Alt-katholisch? Was heißt das?“

„Wir Altkatholiken erkennen die Unfehlbarkeit des Papstes nicht an, Herr Feldwebel.“

„Die Evangelischen auch nicht; scher Dich links ran, Du Himmelhund!“

Notizen.

Wie Abdul Hamid früher genannt wurde und wie er jetzt genannt wird. Abdul Hamid erfährt das Schicksal aller gestürzten Despoten. Er wurde früher in den Himmel gehoben und wird jetzt verflucht.

Eine enorme Verbilligung der Telegrame findet die kirchlich begründete französische Gesellschaft für drahtlose Telegraphie an.

Table with 3 columns: Country, gefabelt, drastlos. Rows include England, Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien, Gibraltar, Tanager, Kanada, New York, Vornambuco.

In Wolgast hatte man es erstmalig mit der Arbeitsruhe versucht und einen ganz guten Erfolg erzielt.

Westfalen.

Im Wahlkreis Dortmund-Görde war auch diesmal wieder eine einzige große Jubelfeier veranstaltet worden. Als Festort war diesmal Witten, ein großes Bergarbeiterdorf im Landkreis Dortmund, ausersehen. Wegen der Lage des Festortes mußten sich die Demonstranten in drei Züge teilen — einen aus der Stadt Dortmund, zwei vom Lande. — Die Dortmunder Genossen bildeten einen Zug von etwa viertausend Mann. Zugelang mögen sich an den drei Demonstrationstagen 10 bis 12000 Genossen beteiligt haben. Am Nachmittag war die Zahl der Festteilnehmer auf 15—18000 angewachsen. Die Beteiligung war also durchaus befriedigend, wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß infolge der Krise viele Tausende ferngehalten worden sind. So war aus Orten, wo längst auf den Zeichen Massenklindigungen erfolgt waren, die Beteiligung gesunken, während andere Orte aber auch wieder eine stärkere Beteiligung aufzuweisen hatten. Entschieden litt die Feier auch unter der Ungunst der Witterung, die wieder einen winterlichen Charakter genommen hatte. Morgens in aller Frühe schon schneite es und tags über wechselten Regen- und Schneefälle. In sechs Lokalen zu Partien fanden Konzerte statt. Mittags um 1 Uhr waren die Festveranstaltungen, in denen die Genossen Römberg, Haensch, Bartels, Wronne, Hünig und Klapphagen sprachen. Die Dortmunder Polizei hatte zwar den Festzug verboten, den Demonstrationstagen konnte sie nicht verhindern. Es fand sich Polizei ein zu Fuß und zu Pferde, die den Zug bis zur Stadtgrenze begleitete, ohne jedoch sonderlich lässig zu sein. Abends fand im Dortmunder Gewerkschaftshaus noch eine große Festversammlung statt, in der der Genosse Peters sprach.

In den Kreisen Bochum und Heddinghausen litt die Tagesfeier unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse und der schlechten Witterung. Die Abendveranstaltungen waren trotz anhaltenden Regens meist überfüllt.

Im Wahlkreis Hagen-Schwelm sind die Vor- und Nachmittagskundgebungen der ungünstigen Witterung zum Opfer gefallen. Wegen der fortgesetzten Regenschauer und Schneegestöber fielen manche ganz aus, die anderen wiesen eine nur geringe Beteiligung auf. Dagegen verlief in Hagen-Stadt die Abendfeier glänzend, die beiden Säle waren überfüllt, über 1500 Personen waren anwesend.

In Schwelm hatten sich zu der Abendfeier 300 Personen eingefunden.

Rheinland.

In Düsseldorf herrschte ein arges Unwetter. Trotzdem strömte am Vormittag das Proletariat in stärkerem Maße als im Vorjahre zur Versammlung. 900 Personen waren im Gewerkschaftshaus versammelt, wo die Genossen Verten und Luigau sprachen. Am Nachmittag fanden sich die Feiernden wieder zu einem zwanglosen Massenparadegang am Rhein entlang zum Restaurant „Kaiserburg“ zusammen. Trotz der Ungunst der Witterung war starke Beteiligung. Am Abend verteilten sich die Teilnehmer auf die Parteilokale aller Bezirke. — Die Veranstaltungen in den Landorten beschränkten sich auf den Abend; es wurden Festreden gehalten und Unterhaltungen aller Art geboten. Die Beteiligung war auch hier eine gute.

Im Kreis Duisburg hatte die Maifeier ebenfalls sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. In Anbetracht dieses ungünstigen Umfanges war die Zahl der Feiernden eine zufriedenstellende. Es zeugt von erstem Willen, wenn z. B. aus der Bürgermeisterei Hamborn etwa 1200 Personen trotz Hagel und Regen einen vierstündigen Spaziergang unternahmen. In Duisburg beteiligten sich etwa 500 Personen an dem Auszuge, in Mülheim 200. Die Zahl der Feiernden in den einzelnen Orten läßt sich schlecht schätzen, da Hunderte Nichtarbeitender infolge des schlechten Wetters im Hause blieben. In Duisburg und Mülheim waren die Versammlungslotale derart besetzt, daß Hunderte keinen Einlaß bekamen. Wie gewöhnlich im Rheinlande der Stinnes- und Thyssen feilte es auch diesmal nicht an allerhand polizeilichen Aufmerksamkeiten. Sah doch der in der Arbeiterpresse schon mehrfach erwähnte Polizeikommissar Dunsch aus Altaden schon das als einen „geschlossenen Zug“ an, wenn sich Hundert Personen auf eine Strecke von etwa 400 Meter verteilen! Sieben Kommissare bildete die Bewachungstruppe von etwa 120 Spaziergängern. Allerhand kleine „Maßnahmen“ und Rotierungen blieben den Feiernden nicht erspart.

Großherzogtum Hessen.

Die Arbeitsruhe war in den Industrieorten des Kreises Offenbach-Dieburg im allgemeinen schwächer als in den früheren Jahren. Die Morgenparadegänge litten unter der kalten regnerischen Aprilwitterung. Unter dem Druck des Unternehmertums litt die Arbeitsruhe der Holz- und Metallarbeiter sowie der Schuhmacher in Offenbach. Die Vormittagsversammlung war von vorzüglicher Stärke (2500 Personen); wie in früheren Jahren. Die Bevölkerung bildete Spalier, die Polizei verhielt sich passiv. Abends fanden im ganzen Kreise 42 Versammlungen statt, die teilweise mit Umzügen und Festlichkeiten verbunden waren. Der Festzug war durchweg gut, in den größeren Orten Sprendlingen, Jfenburg, Langen usw. vorzüglich.

Bayern.

In Augsburg war die Zahl der durch Arbeitsruhe Feiernden größer als in den Vorjahren. In zwei sehr gut besetzten Vormittagsversammlungen fanden sie sich zusammen. Trotz der ungünstigen Witterung — es schneite und regnete in kurzen Abständen durcheinander — belief sich die Zahl der Teilnehmer an dem Auszuge nach Siebenbrunn, der am Nachmittag unternommen wurde, auf mehrere Hunderte. Am Abend fanden im Saalbau Herrle in Augsburg und in Lechhausen zwei große Demonstrationsversammlungen statt, die beide außerordentlich guten Besuch aufwiesen. Die Unternehmer zeigten sich wieder als Schamacher, besonders zeichneten sich die Unternehmer im Holzgewerbe aus, die durch Anschlag erklärten, durch Beschluß des Arbeitgeber-Schuhverbandes für das Holzgewerbe in Bayern sämtliche Maiferien bis Donnerstag auszusperren.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient, daß die in den kleineren Orten im Kreise Schwaben tagenden Versammlungen sich sämtlich eines sehr guten Besuches erfreuten. Von den in Hochzoll, Gersthofen, Schwabmünchen, Nordendorf und Dödingen abgehaltenen Versammlungen wird durchweg ein guter, teilweise sehr guter Besuch gemeldet.

Baden.

In Karlsruhe war die Arbeitsruhe gering. Eine Tagesveranstaltung fand nicht statt. An der Abendfeier nahmen 4000 Personen teil. Medner war der Genosse Abg. Frank. In Konstanz fand ein Festzug statt. Im übrigen Baden haben die Abendveranstaltungen großen Zuspruch gefunden.

Die Feier im Auslande.

Oesterreich.

Wien, 1. Mai. (Fig. Ver.) Die Feier des 1. Mai, in Wien immer ein Höhepunkt des proletarischen Lebens, hat hier, am Tage der zwanzigsten Wiederkehr der großen Demonstration, einen noch prächtigeren, einen noch gewaltigeren Verlauf genommen als je zuvor. Zum ersten Male wurden in dem riesigen Zuge, der nachmittags die Arbeitermassen in den Prater führte, Standarten und Fahnen getragen, und so fehlte am grandiosen Aufmarsch, der bisher nur durch die Größe und Geschlossenheit wickelte, diesmal auch Glanz und Farbe nicht. Das Wetter, das vormittags noch recht bedrohlich aus sah, war am Nachmittag frisch und heiter, und in der Wärme des

jungen Frühlings lebte jene frohe Stimmung auf, die rückschauend die zwanzig Jahre als zwanzig Etappen geschichtlicher Kämpfe und unergänglicher Erfolge ins Bewußtsein rückt.

Am Vormittag fanden in Wien 72 Versammlungen statt, worunter auch solche in tschechischer, in polnischer und in rufinischer Sprache; in Niederösterreich 50, so daß selbst in die kleinsten Industriezentren die Feier drang. Die Arbeitsruhe wird, soweit die Industrie in Betracht kommt, fast allgemein gewesen sein; daß sie umfassender war als früher, zeigte die Riesenhaftigkeit des nachmittägigen Zuges, der länger als zwei Stunden währte. Im Prater herrschte dann in den unzähligen Wirtschaften, die die Arbeiter ausmachten, das fröhlichste Treiben. Die Stadt hatte heute höchstiges Feiertagsgepräge, das sich schon darin zeigte, daß kein einziges Abendblatt erschien; auch morgen Sonntag erschienen in ganz Oesterreich keine Zeitungen. Daß der österreichischen Maifeier dieses äußerliche Merkmal nicht fehlt, ist das Verdienst der treuen und geschlossenen Buchdruckerorganisation. Auch in den Ländern verlief die Maifeier äußerst einträglich und wichtiger als je zuvor. Insbesondere in Nordböhmen, wo die Behörden der Feier auf Weisheit der deutschen nationalen Arbeiterfeinde Schwierigkeiten in den Weg legen wollten, hat der Widerstand die Bewegung nur noch mächtiger entflammt. Besonders imposant war die Feier der Bergarbeiter; an dem Meeting in Währisch-Ditau, dem Zentrum des mährisch-schlesischen Bergbaues, nahmen mehr als 35000 Personen teil.

So war überall die fruchtbarste Wirkung dieser zwanzig Jahre proletarischer Kämpfe lebendig und sichtbar.

Schweiz.

Zürich, 1. Mai. (Fig. Ver.) Die Feier litt etwas unter dem lammhaften wechselvollen Wetter, das, ein verspäteter Aprilscherz, Regen, Sturm, Schnee in hunderter Reihenfolge bot. Gefeiert wurde wie immer in Zürich und an anderen Orten der ganze Tag durch Arbeitsruhe, in den meisten Orten aber nur am Nachmittag. Fast überall sind es die italienischen Bauarbeiter, die am 1. Mai nicht arbeiten und daher gewöhnlich schon am Vormittag Versammlungen mit Referaten in ihrer Muttersprache abhalten. Am Nachmittag fanden allerorten die üblichen festlichen Umzüge mit Kindergruppen und Arbeiterinnen neben den zahlreichen Arbeitern statt, die in den größeren Städten bis zu zehntausend, wie z. B. in Zürich, zählten. Festreden wurden je nach dem Landestheil in deutscher und italienischer oder deutscher und französischer, hier und da wohl auch in allen drei Landessprachen gehalten. Im Mittelpunkt aller Festreden standen die neuen Militärforderungen, gegen die im ganzen Lande protestiert wurde, ferner die Propaganda für die Initiative betreffend die Proportionalwahl des Nationalrates, die an diesem Tage kräftig gefördert wurde.

Italien.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Rom, 8. Mai. Im ganzen Lande ist das Fest würdig verlaufen. Die Arbeitsruhe war in der Presse, im Straßenbahnbetrieb, in den Bädereien, den Häfen und in der Industrie allgemein. In allen sozialistischen Gemeinden waren die Schulen und Lektoren geschlossen. Umzüge fanden statt in Mailand, Florenz, Turin, Genua, Palermo, Trapani und anderen Orten. Unruhen werden gemeldet aus Gioja (Mittelitalien) und Foggia in Apulien.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. (Fig. Ver.)

Durch den Beschluß des Brüsseler Gemeinderats ist nunmehr der 1. Mai als offizieller Feiertag anerkannt. Die offiziellen Schulen der Stadt Brüssel waren geschlossen, die kommunalen Beamten und Arbeiter dienstfrei. Auch in der noblen Vorstadt Jzelles waren auf Grund eines Beschlusses der liberal-sozialistischen Mehrheit die Schulen gesperrt und die Gemeindeangestellten vom Dienst befreit. Bemerkenswert ist auch der gleiche Beschluß des Genier Gemeinderats.

Kennzeichnend litt die Maifeier unter dem äußerst ungünstigen Wetter, doch herrschte sowohl in Brüssel wie in den Industriezentren, insbesondere in den Kohlenbassins von Charleroi, im „Centre“ u. a. Arbeitsruhe und in den meisten Provinzen wurde der Maifeier durch Umzüge, Versammlungen und festliche Veranstaltungen gefeiert. Die Forderung nach dem achtstündigen Normalarbeitstag trat diesmal insofern als besonders demonstribatives Moment hervor, als die belgische Arbeiterchaft eben daran ist, für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in allen Industrien zu rufen. Der Regierung liegen von sozialistischer wie von liberaler Seite entsprechende Gesetzentwürfe vor und sie wird nach ihrem Versprechen nicht umhin können, sich aufs neue, gedrängt durch die rege Agitation der Arbeiterchaft, alsbald mit dieser Frage zu befassen. — Im Brüsseler Demonstrationszuge trugen viele Standarten auf diese Forderung Bezug habende Inschriften. Festlich in starker Betonung der Arbeitsruhe und würdig ist der Arbeiterfeiertag verlaufen.

Zum Terrorismus der Herztokammern

geben wir aus den zu diesem Thema und aus nicht der Sozialdemokratie zugehörigen Herztokreisen zugegangenen Zuschriften folgender Raum:

Im Kampf um die sogenannten standeswürdigen Bedingungen bedienen sich die Herztokammern zur Sicherung der Standestreue für Streiks und Sperrungen eines Reverses, welcher die Bezeichnung Schühbündniserklärung ist folgender:

Schühbündniserklärung ist folgender:

Unterzeichneter verpflichtet sich gegenüber dem jeweiligen Vorsitzenden der Herztokammer der Provinz

1. Die von der Herztokammer der Provinz getroffenen Bestimmungen betreffend Einrichtung von Kammer- und Bezirks-Vergütungsmissionen und die Grundzüge für diese Vergütungsmissionen zur Regelung des Verhältnisses der Herzte zu den Krankenkassen usw. unbedingt anzuerkennen und dem entsprechend im Verkehr mit den Krankenkassenvorständen usw. zu handeln.

2. Bei Konflikten, die sich im Einverständnis mit der Kammervertragskommission zwischen Ärzten einerseits und Krankenkassenvorständen, Verbänden oder Behörden andererseits über Honorar oder andere Vertragsbestimmungen erheben, sich nicht nur der Annahme der begünstigten Artzstelle, sondern auch grundsätzlich jeder Bewerbung um eine solche zu enthalten; ein gleiches Verhalten auch zu beobachten bei Konflikten, die außerhalb der Provinz im Gebiete des Deutschen Reiches im Einverständnis mit der ärztlichen Landesvertretung ausgeglichen werden.

3. Von diesen Verpflichtungen nur nach vorausgegangener einjähriger Kündigung, die unter Einhaltung des Vierteljahres-Ersten an den Vorsitzenden der Herztokammer durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen hat, zurückzutreten.

Versichert wird das Rechtsmittel des Kammerreverses noch zu weissen durch Statuten und Revers privater ärztlicher Vereine.

Indes geht schon aus dem Wortlaut des Kammerreverses hervor, daß dies schon genügt, um soziale Gesetze außer Kraft zu setzen. Soweit es hier die Herztokammern tun, sind weder Arbeiter in ihren erbittertesten Kämpfen, noch die Agrarier in ihrer Interessenvertretung gegangenen.

Als gesetzliche Einrichtungen haben aber die Herztokammern besonders die Pflicht zur Wahrnehmung ärztlicher Standesinteressen nur gesetzliche Wege zu wandeln. Es wäre in dieser Beziehung sehr wohl angängig, daß die Herztokammern, falls die lokalen Instanzen eine Verständigung nicht herbeiführen, die Verhandlungen selbst aufnehmen oder andere Bevollmächtigte beauftragen.

Zweitens könnten die einzelnen Fälle einem gemischten Schiedsgericht unter Vorsitz eines Bevollmächtigten der Aufsichtsbehörde überwiesen werden. Hiermit fielen der Grund zum Herztokreit fort.

Die Schühbündniserklärung der Herztokammern ist aber nicht allein gefährlich für Krankenkassen, Behörden und sonstige auf ärztliche Hilfe angewiesene Einrichtungen, sondern hat auch viele Nachschattenseiten für die Herzte selbst.

Für die Herzte ist hier vielfach der Beschützer schlimmer als der Feind.

1. Ist die Kündigungsfrist von einem Jahre viel zu lang bemessen und kommt sonst eine so lange Zeit in keinerlei Dienstverhältnis vor.

2. Verpflichtet sich in der Schühbündniserklärung der ärztliche Abhängige zu allem, der ärztliche Standesherr zu nichts. Wo Abhängigkeit vorhanden ist, ist auch sonst überall eine Gegenleistung da, selbst dort, wo die Bevormundung die Grenzen des Erlaubten überschreitet. Durch den Mangel der Festlegung einer bestimmten Gegenleistung übertreffen die Herztokammern alles bisher Dagewesene, selbst auch Bevormundungen weitgehender Art, welche Anlaß zur schärfsten Kritik gegeben haben.

3. Hat es sich in letzter Zeit herausgestellt, daß die Schühbündniserklärung eine fortgesetzte Prozeßgefahr für die Herzte selbst bildet, sowohl für arbeitswillige, als auch für streikende und standestreue Herzte.

Das ärztliche Ehrengericht der Rheinprovinz verurteilte acht arbeitswillige Herzte zu Geldstrafen von 300 M. und Verweis. In München verlangte die Abteilung für freie Arztwahl von den Mitgliedern die Unterzeichnung eines Reverses im Sinne des genannten Verpflichtungsscheines. Eine Anzahl Herzte fügten sich gegen ihre Ueberzeugung wegen des drohenden Ausschlusses und wegen der Befahr die Kassenpraxis entzogen zu erhalten, andere Herzte wurden wegen Weigerung vom Herztokvorstand von der Mitgliedschaft und der Kassenpraxis ausgeschlossen. Genannte Herzte klagen gegen den Herztokvorstand vor dem ordentlichen Gericht.

Auch die Standestreue schützt nicht vor Prozeß.

Das Landgericht Köln verurteilte einen Arzt in Adenich, das Landgericht Bonn zwei Herzte in Wessling aus Anlaß der Weigerung der Behandlung von Mitgliedern der Kölner Krankenkasse, welche auf Grund des § 57a des Krankenversicherungsgesetzes an die Krankenkassen überwiesen waren, loschuldlich zur Behandlung. Hätten die Herzte im Sinne des ordentlichen Gerichts von Anfang an gehandelt, so hätte der ärztliche Ehrengericht sie wegen Wortbruchs verurteilt.

Das Reichsgericht verurteilte endgültig drei standestreue Herzte in Solingen zu 1000 M. Schadenersatz den Krankenkassen zu leisten. (Wir hatten feinerzeit über diesen Prozeß berichtet. Die Herzte.) Wie würde Herr Dr. Mugdan über Terrorismus Beschwerde führen, wenn weniger gebildete Vorstände von Gewerkschaften einen bezüglichen Verpflichtungsschein von ihren Mitgliedern verlangen würden, als es hier die Honoraristen des ärztlichen Standes tun, und zwar Vorstände von Herztokammern, Mitglieder ärztlicher Ehrengerichte und sogar des ärztlichen Ehrengerichtshofes.

Es ist somit durch den Verpflichtungsschein der Schühbündniserklärung eine weitgehende Rechtsbegrenzung eingebracht. Diese genügt aber manden Persönlichkeiten noch nicht und hat es sich vielfach gezeigt, wie es gerade paßt, bald das Kammerstatut, bald ein mit dem Kammerstatut in Widerspruch stehendes örtliches Vereinsstatut herangezogen wird, also Standesdespotie schlimmster Art unter dem Scheine des Rechts.

Was in das Kammerstatut nicht hineingeschrieben werden darf, was der ausdrücklichen Willensmeinung des Gesetzgebers beim Erlass der ärztlichen Ehrengerichte widerspricht, und auch auf Grund dessen im § 3 Absatz 3 des Gesetzes verboten ist, Herzte wegen abweichender wissenschaftlicher Ansichten, wie der Homöopathie und Hydrotherapie (Wasserheilmethode) auf dem Wege des geordneten Ehrengerichtsverfahrens zu maßregeln, wird auf dem Umweg des privaten Statuts gemacht. Die privaten ärztlichen Vereine suchen vielfach Herzte gemannter Nrichtungen bei Vertragsabschlüssen zu hupottieren, während den Kammergrundrunden Loskottierung von Herzten aus diesem Grunde und Gründen irgend welcher Art direkt widersprechen.

Auf den Herztoklagen und bei sonstigen Veröffentlichungen in der Presse wird der Begriff der organisierten freien Arztwahl dahin erläutert, daß zur Kassenpraxis jeder Arzt des Bezirks zugelassen werden soll, welcher sich durch Zuneigung der Vertrags- und Kontrollbestimmungen bereit erklärt. Die ärztlichen Vereine arbeiten aber vielfach geistlich gegen diesen Grundbuch und auch gegen den Willen der Kassenvorstände. In Anbetracht der nicht genügenden Rechtskenntnis der Kassenvorstände, wird beim Streit das Kammerstatut, bei Vertragsabschluß das lokale Verbandsstatut angewendet. Es muß daher verlangt werden, daß die Herztokammern und deren Organe ausschließlich die Verträge auf Grund des Kammerstatuts schließen und diejenigen Grundzüge selbst befolgen, zu denen sie andere unter Androhung schärfster Strafmittel zwingen.

Vemerkt sei, daß das Kammerstatut für alle Herzte des Bezirks gilt, gleichviel, ob sie einem lokalen Verein angehören oder nicht.

Bei Streitigkeiten zwischen Ärzten und Kassen, sowie sonstigen Gesellschaften können bei gutem Willen schon recht gesetzliche Wege beschritten werden. So hat das Schiedsgericht im Reichsausschuss für private Versicherung den Friedensschluß zwischen Herzten und Lebensversicherungsgesellschaften erzwungen, während ohne ähnliche Instanz Kassen oft jahrelang auf der schwarzen Liste (Covete-Tafel genannt) stehen. Durch das Schiedsgericht wurde die Gefahr der Anstellung von Distriktsärzten bei den Lebensversicherungsgesellschaften und damit eine drohende schwere Schädigung vieler Vertrauensärzte beseitigt.

Um so mehr muß die Beseitigung der Schühbündniserklärung, auf welche die Bezeichnung des Staatssekretärs von Weismann-Dollweg vom Auswärtigen des Reichsausschusses zutrifft, im Interesse von Kassen, Behörden und abhängigen Herzten selbst gefordert werden.

Es dürfte geeignet sein, an maßgebender Stelle die Forderung zu stellen, den Herztokammern ein ungeschicktes Rechtsmittel zu verbieten, hingegen dieselben anzuzweifeln, alle die gesetzlichen Mittel zur Anwendung zu ziehen, welche zur Schlichtung von Streitigkeiten nach der bestehenden Rechtslage und bei gutem Willen in Frage kommen.

Soweit die Zuschrift. Der ärztliche Einsender irrt in der Annahme, den Herztokammern siehe die Anwendung ungeschickter Mittel heute zu. Die Anwendung der gefährlichen Mittel erfüllt, auch wenn sie von Herztokammern vorgenommen wird, alle Tatbestandsmerkmale einer strafbaren Erpressung. Ein gut Teil Schuld an dem Terrorismus der Herzte tragen auch die Herzte, die sich diesen Erpressungen fügen und nicht wenigstens den Versuch machen, die Beseitigung der ärztlichen Erpresser herbeizuführen. Der Ausfall einer Strafverurteilung würde ja bald zeigen, ob in der Tat die ärztlichen Terroristen in Deutschland ebenso straflos wie die schwarzen Hundert in Rußland sind, weil sie zu den widerlichsten Handlungsdiensten gegen Arbeiter zugunsten der Reaktionsäre bereit sind.

Der dänische Gewerkschaftskongress.

Dieser Kongress, die Generalversammlung des Gesamtverbandes der Gewerkschaften Dänemarks, fand am Donnerstag, Freitag und Sonnabend der verflochtenen Woche zu Kopenhagen im Volkshaus am Engbavej statt. Ungefähr 600 Delegierte nahmen daran teil. Der

Bericht

über die seit dem vorigen Kongress verflochtenen zwei Jahre war außergewöhnlich umfangreich und 159 Druckseiten stark. Einen breiten Raum nehmen die Schilderungen der Lohnkämpfe und Ausföhrungen ein. Die dänische Arbeitgebervereinigung zeigt sich vor allem in der Zeit der Wirtschaftskrise sehr kriegerisch. Allein im letzten Jahre hat sie dem Gesamtverband der Gewerkschaften nicht weniger als zwölfmal mehr oder minder allgemeine Aussperrungen angeündigt. Selbst in solchen Fällen geschah das, was in den Verträgen, die im Konflikt mit ihren Arbeitgebern standen, der Gesamtverband den Kampf gar nicht unterstützte; so z. B. bei dem Schuharbeiterstreik in Kopenhagen, der im vorigen Jahre stattfand, und nicht minder scharf trat dies schon im Jahre 1907 bei dem 4 1/2 Monate langen Streik der Bauarbeiter hervor, die auf ihrer Generalversammlung das endlich erzielte Uebereinkommen ablehnten, worauf die Arbeitgebervereinigung, obwohl die Bauarbeiter gar nicht dem Gesamtverband angehörten, eine Generalaussperrung beschloß, die nur dadurch verhindert wurde, daß sie sich schließlich dem Willen der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft fügten. Bei einem ziemlich unbedeutenden Maurerstreik in Esbjerg trieb es die Arbeitgebervereinigung sogar soweit, daß sie die Stadtverwaltung beschuldigte, jede Materiallieferung für die städtischen Bauten zu hintertreiben und den Maurern alles mögliche versprochen, wenn sie den Wohlstand mitmachen wollten, was natürlich abgelehnt wurde.

Der vorige Gewerkschaftskongress fand in der Zeit der Hochkonjunktur statt; inzwischen hat sich bekanntlich eine furchtbare Wirtschaftskrise geltend gemacht. Im Januar 1909 waren 25 Proz. aller organisierten Arbeiter arbeitslos und jetzt im April bei der letzten Zählung waren es noch 22 Proz.

Der Gesamtverband, der im Jahre 1898 gegründet wurde, umfaßt jetzt 51 Zentralverbände mit 1214 Ortsabteilungen und 10 örtliche Dachvereine. Seine Mitgliederzahl beträgt fast 100 000. An den Lohnbewegungen des Jahres 1908 waren 43 Organisationen mit 27 288 Mitgliedern beteiligt und für 19 248 von diesen wurden trotz der Wirtschaftskrise Verbesserungen erzielt. Es ist im letzten Jahre viel am Gesamtverband und an seiner Tätigkeit gemerkt worden, und es ist auch in Dänemark eine Art syndikalistischer Bewegung entstanden, die die einzelnen Arbeitergruppen von vernünftlicher Besorgnung des Gesamtverbandes freimachen wollte. Wie der Redner hervorhob, können aber beratige Zersplitterungsversuche nur dem Unternehmertum Nutzen bringen, das stets bereit ist, durch seine einseitige Organisation kleinster Konflikte wegen Generalaussperrungen zu veranlassen. — Diese Auffassung trat denn auch in der Diskussion allgemein hervor, und ein Delegierter, der im syndikalistischen Sinne sprach, fand keinerlei Anklang.

Der nächste Punkt der Tagesordnung handelte von den kooperativen Unternehmungen,

worüber Folkethingsmann Borgbjerg referierte. Der skandinavische Arbeiterkongress, der 1907 in Kristiania tagte, nahm eine Resolution an, worin die kooperative Bewegung als ein wichtiges Mittel im Streikungskampf der Arbeiterklasse erklärt, den organisierten Arbeitern empfohlen wird, die kooperativen Organisationen durch Wareneinkauf und Mitgliedschaft zu unterstützen, ferner die weitere Gründung solcher Organisationen empfohlen, und schließlich den verschiedenen Ländern anheimgegeben wird, die Möglichkeit der Anwendung kooperativer Produktion bei gewerkschaftlichen Kämpfen zu untersuchen. Diese Resolution ist dann vom letzten Parteitag der dänischen Sozialdemokratie gutgeheißen worden, der zur weiteren Untersuchung über die Frage einen Ausschuss von 9 Mitgliedern wählte, welcher durch 9 vom Gesamtverband der Gewerkschaften gewählte Mitglieder ergänzt wurde. Der gemeinsame Ausschuss wird nun in diesem Sommer seine Tätigkeit aufnehmen, um im Jahre 1911 sowohl dem Gewerkschaftskongress wie dem Parteitag Bericht zu erstatten. Nach dem sehr ausführlichen Referat des Genossen Borgbjerg erklärte der Kongress sich einstimmig mit der in Kristiania gefassten Resolution sowie mit den weiteren in der Angelegenheit unternommenen Schritten einverstanden.

Sobald wurde ebenfalls einstimmig eine Resolution zur

Arbeitslosenfrage

angenommen, die alle dänischen Arbeiter auffordert, bei den bevorstehenden Folkethingswahlen den Kandidaten zu fordern, daß sie dafür sorgen, daß die Staatsarbeiten mit aller Kraft gefördert und für die Zukunft so geregelt werden, daß sie hauptsächlich während der in immer kürzeren Zwischenräumen wiederkehrenden Krisen ausgeführt werden. Der Rat der Arbeitslosen gegenüber soll der Staat in wirksamer Weise als bisher helfend eingreifen; ebenso die Kommunen. Schließlich erklärt der Kongress sich mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf über Kommunale und Staatszuschüsse für die Arbeitslosen, die ihre statistische Unterstützung aufgebracht haben, einverstanden.

Darauf wurde über das

Fabrikgesetz und seine Revision

beraten, wozu Vertreter der Regierung sowie des Arbeitsrates und des Fabrikdirektoriats geladen und — anders als in Deutschland — auch erschienen waren. Das jetzt in Dänemark geltende Fabrikgesetz kam im Jahre 1901 zustande und soll 1910 revidiert werden. Darum wünschte der Arbeitsrat, der ja die für diese Fragen zuständige gesetzliche Körperschaft ist, zunächst die Ansichten der beiden interessierten Parteien zu hören. Der Referent Alfred Christensen stellte in seinem Vortrage eine Reihe von Forderungen auf, die dem Reichstag im nächsten Jahre zur Revision des Gesetzes vorgelegt werden sollen, so namentlich die, daß alle Betriebe, auch die handwerksmäßigen, der Fabrikaufsicht unterstellt werden, daß die erwerbstätige Arbeit schulpflichtiger Kinder, die jetzt noch vom 13. Lebensjahre an für 6 Stunden des Tages mit gewissen Einschränkungen erlaubt ist, gänzlich verboten wird; ebenso die Nachtarbeit der Frauen sowie die Heimarbeit; ferner werden gefordert Bestimmungen über die Arbeitszeit auch der erwachsenen Arbeiter, vor allem in gesundheitsgefährlichen Betrieben, und schließlich eine wirksamere Fabrikaufsicht, weshalb auch die Arbeiterorganisationen Einfluss auf die Wahl der Arbeitsinspektoren erhalten sollen. — An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Der Vertreter des Ministers des Innern, Departementchef Krieger, dankte schließlich im Namen der geladenen Behörden für die interessanten Ausführungen, die der Kongress in dieser Angelegenheit gegeben hatte und sprach die Hoffnung aus, daß sie bei der Gesetzesrevision Frucht bringen mögen.

Der Kongress beschäftigte sich ferner mit dem von den Gewerkschaften und der Partei gemeinsam zu errichtenden Archiv für die Arbeiterbewegung, und ermächtigte den geschäftsführenden Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes, gemeinsam mit den Vertretern der Partei den Plan samt dem Statut zum Archiv endgültig festzustellen, damit das Archiv sobald wie möglich errichtet und mit der Einsammlung des Materials am 1. Juni d. J. begonnen werden kann. Die jährlichen Ausgaben für diese Einrichtung sind auf 2000 Kronen veranschlagt.

Zur Frage der Erziehung einer

Arbeiterhochschule

wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die den hierfür eingesetzten Ausschuss auffordert, die bereits begonnene Arbeit mit aller Kraft fortzusetzen und den geschäftsführenden Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes beauftragt, gemeinsam mit dem des sozialdemokratischen Verbandes dem nächsten Kongress entsprechende Vorschläge zu machen.

Eine besondere Beratung fand noch über die

Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenklassen

statt. Wie der Referent Stadtrater Svendsen mitteilte, sind jetzt 84 Arbeitslosenklassen staatserkannt, erhalten also Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. Sie haben über 70 000 Mitglieder, wozu

noch 10 000 kommen, deren Mitgliedsrechte zurzeit ruhen. Die 84 Klassen arbeiteten im letzten Jahre mit einem Defizit von 25 000 Kronen, erhalten jedoch noch 65 000 Kronen Staatszuschuß, so daß sie tatsächlich mit 70 000 Kronen Ueberschuß rechnen können. Hierzu wurde eine Resolution angenommen, in der der Kongress konstatiert, daß die vom vorigen Kongress, 1907, gegebene Grundlage für die Errichtung anerkannter Arbeitslosenklassen sich bewährt hat, die Arbeiter aufgefordert werden, weiter zu wirken für die Verbesserung und Festigung dieser Institutionen und auch die von den Arbeitervertretern im Reichstag und den Kommunen gestellten Anträge zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und Vinderung des Notstandes kräftig durch ihre Organisation zu unterstützen. Mit dem zwecks Unterstützung der Ausgewiesenen sowie der sonstigen Leidenden veranstalteten Einfamilien erklärt sich der Kongress einverstanden. Die Landeseinfamilien soll am 15. Mai geschlossen werden. Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenklassen soll in Zukunft ein ständiger Punkt auf der Tagesordnung sowohl der Repräsentantschafts- wie der Generalversammlungen des Gesamtverbandes bilden.

Betreffend die

Stellung des Gesamtverbandes innerhalb der Arbeiterschaft

und gegenüber den Unternehmern

wurde eine Resolution gefaßt, die sich zunächst gegen die Zersplitterungsversuche wendet und erklärt, daß die Kritik über die Taktik und die bestehenden Organisationsverhältnisse nur innerhalb der Organisationen und nicht in öffentlichen Versammlungen gepflogen werden soll, sowie daß jeder Versuch, zersplitternd oder auflösend auf den Gesamtverband zu wirken, energig bekämpft werden muß. Gegenüber der Gesplogtheit der Arbeitgebervereinigung, jeder Vagante wegen einer Generalaussperrung zu beschließen, erklärt der Kongress in der Resolution, daß die organisierten Arbeiter Dänemarks sich auf die Dauer mit einer solchen Taktik des Unternehmertums nicht mehr abfinden werden, ohne Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Der Ausschuss des Gesamtverbandes wird beauftragt, genau zu erwägen, welche Maßnahmen in dieser Hinsicht ergriffen werden sollen.

Schließlich wurde noch eine Resolution über die Gegenseitigkeitsbestimmungen zwischen den Gewerkschaften der skandinavischen Länder angenommen, die sich hauptsächlich auf die gegenseitige Solidarität und den Ueberschritt der zureisenden Mitglieder bezieht und sich sowohl den Beschlüssen des skandinavischen Arbeiterkongresses wie der internationalen Konferenz von 1907 anschließt.

Mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden des Gesamtverbandes hatte sich inzwischen schon ein besonderer Ausschuss beschäftigt, da der alte Vorsitzende Martin Olsen, der die Stellung eines Revisors der Stadt Kopenhagen übernommen hat, auf die Wiederwahl verzichtete. Genosse Olsen stand seit 11 Jahren, erst als Sekretär, dann als Vorsitzender im Dienst des Gesamtverbandes. Seine, namentlich infolge der unaufhörlichen Aussperrungsbeschlüsse des Unternehmertums, die ja immer wieder zu langwierigen Verhandlungen führen mußten, sehr aufreibende Tätigkeit wurde allgemein dankend anerkannt. Als Vorsitzender wurde nun der bisherige Sekretär Karl J. Rasmussen gewählt, als zweiter Vorsitzender Stadtrater Svendsen, als Sekretär Stadtrater Karl Gran; als Hauptassistent wurde E. Svendsen wiedergewählt.

Aus der Partei.

„Webel „Frau und der Sozialismus“ konfiskiert! Die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet: Der Prager Presssanktionsanwalt, dem wir schon manches Genuskräftchen zu verdanken haben, hat die eben erschienene schändliche Uebersetzung von Webel „Frau und der Sozialismus“ konfiskiert. Abg. Remeč hat deshalb heute beim Ministerpräsidenten interveniert und ihm dargelegt, daß das Bedeuliche auch bereits in der 49. Auflage erschienen ist, in Desterreich überall unbeanstandet verbreitet wurde und daß auch eine schändliche Uebersetzung bereits vor 13 Jahren erschien, ohne vom Staatsanwalt konfiskiert worden zu sein. Der Konfiskation derselbigemal eine Stelle (Seite 239 der 49. Auflage), die sich auf die Aufhebung des kleinen Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz bezieht und die aus dem in Desterreich erschienenen Buche von Teisen entnommen ist. Der Ministerpräsident versprach, sich zu informieren. Abg. Remeč hat in dieser Angelegenheit außerdem eine Interpellation an den Justizminister eingebracht, worin er Schutz gegen die Uebersetzungen der Prager Presspolitik verlangt.

Aus den Organisationen. Welche Wirkungen die Krise auf das Parteileben ausübt, ist aus einer Zusammenstellung des Parteisekretariats für das Herzogtum Oldenburg ersichtlich. Danach war im 1. Quartal d. J. in sechs Orten des Landes ein Mitgliederverlust von über 800 zu verzeichnen, der fast ausschließlich auf die Abreise der betreffenden Genossen aus den einzelnen Orten zurückzuführen ist. Trotzdem gelang es, durch Renaufnahmen den Mitgliederstand in dem genannten Zeitraum um 60 zu erhöhen. Es beträgt derselbe jetzt annähernd 8000. — In sieben Orten haben sich Jugendausschüsse gebildet; in Rüstingen sind bereits 100 Mitglieder für die Jugendorganisation gewonnen. — Die vom Diebstahl Verlag in Stuttgart herausgegebene Bibliothek ist insgesamt 18 Ortsvereine auf Kosten der Landesklasse übermittelte; im allgemeinen ist eine fleißige Bewegung zu verzeichnen.

Hus der Frauenbewegung.

Heldinnen.

Die Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland verzeichnet eine lange Reihe von Frauen, die für das, was sie als recht erkannt, so kühn und todesmutig eintraten, wie nur jemals Männer für ihre Ueberzeugung kämpften. Unter den Opfern der — trotz alledem — glorreichen Revolution von 1905, die zu vielen Jahnianen in den grauenhaften Kerker Anstalten wie in dem riesigen Totenhause Sibirien schmachten, sind Frauen in großer Zahl. Ab und zu gelingt es einer von ihnen, zu entfliehen, und mit Entsetzen erfährt dann die Kulturwelt, wie eine radikale Reaktion jene Lapsen dafür büßen läßt, daß ihnen die Freiheit ihres Volkes mehr galt, als das eigene Leben. Im Ebersing Gall finden wir die schreckenvolle Schilderung einer jungen Russin, die wegen ihrer politischen Ueberzeugung nach Sibirien verbannt wurde. Sie schreibt:

„Eines Morgens drangen Kosaken in unsere Zellen, ergriffen uns, rissen uns die Kleider ab und steckten uns in alle Strahlungsgegenwände, die von Ungeniefer wimmelten. Die Szene läßt sich nicht beschreiben. Eine von uns versuchte Selbstmord. Wir wurden nach einem alten Gefängnis gebracht und in die schwarzen Höhlen geworfen — schmucklose kleine Ställe, die von einer niedrigen unsauberen Halle mit zwei großen Oefen und zwei kleinen Fenstern ausgingen. Jede von uns hatte so einen Stall von sechs Fuß Länge und fünf Fuß Breite. In den Winternächten wurden die Stalltüren offen gelassen, um Wärme einzulassen, aber im Sommer wurde jede von uns des Nachts in ihrer eigenen schwarzen Höhle eingeschlossen. Drei Monate lang fanden wir keine Nachtruhe auf unseren Bänken; wir kämpften mit Kerzen und Eimern voll siedenden Wassers gegen das Ungeniefer, bis schließlich alles getödet war. Wir waren auf die schwarze Höhlen-Diät, bestehend aus Schwarzbrot und Wasser, gesetzt worden. Drei Jahre lang waren wir von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Ständig kämpften wir gegen die Beschimpfungen, die man uns zufügte. Nach einer besonders rohen Beschimpfung lagen wir neun Tage lang wie eine Reihe toter Frauen da, ohne Nahrung anzunehmen, bis uns von dem Oberaufseher bestimmte Zusicherungen gegeben wurden. Dieser „Hungerstreik“ wurde dann noch wiederholt angewendet. Um unsere Abfahrt zu durchkreuzen, wurden wir oft an Händen und Füßen gebunden, während Kosaken uns mit Gewalt Nahrung einschlößten.“

Die Energie dieser Frauen, die jahrelang von Luft und Sonnenlicht abgeschlossen, durch eine kleine Ernährung, die sie

nur gerade vor dem Verhungern schützte, entkräftet, doch ihren Weingern Trost boten und sie schließlich zu Konzeptionen nötigten, kann nicht genug bewundert werden. Ein erhabenes und ansehnliches Beispiel für die Kämpfer und Kämpferinnen der Zukunft.

Norwegische Frauenrechtlerinnen und Stortingswahlen.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei hatte die sibirischen Frauenorganisationen aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Wählerinnen bei den bevorstehenden Stortingswahlen nur für solche Kandidaten stimmen, die sich auf die Förderung des allgemeinen Frauenwahlrechts verpflichteten. Die „Norwegische Frauenrechtsvereinigung“ hat dieser Forderung einen Beschluß gefaßt, der in seinem ersten Satz besagt, daß die Förderung des gleichen Wahlrechts für Frauen und Männer bei den bevorstehenden Stortingswahlen mit aller Stärke hervorgehoben werden soll, und dann den Frauen dringend empfiehlt, für Kandidaten zu stimmen, die sich auf jene Forderung verpflichteten. Mit diesem Beschluß hat sich die größte Organisation der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen Norwegens scheinbar der Wahltafel unserer Genossinnen angeschlossen. Es fehlt in dem Beschluß das kleine aber bedeutungsvolle Wort „nur“ — für solche Kandidaten zu stimmen, die das Frauenwahlrecht allgemein machen wollen. Daß man das Wortchen ausgelassen hat, ist begreiflich, denn es sind ja nur Protestierinnen, die durch die Steuerkassell des Wahlrechts beraubt werden. Uebrigens würden ja auch die Damen in manchen Wahlkreisen in die Verlegenheit gebracht, unbedingt für die Sozialdemokratie stimmen zu müssen, als die einzige Partei, die es mit der Gleichberechtigung der Geschlechter wirklich ernst ist. So zeigt sich überall: Die bürgerlichen Frauen versagen immer, wenn es ernsthaft auf die Förderung der Gleichberechtigung ankommt.

Lesende.

Landsh. Mittwoch, den 5. Mai, bei Ebel, Mariensfelder Straße 8. Steglitz. Freitag, den 7. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Rohmann, Schloßstraße: Genosse Reimbach wird über „Gemeindepolitik“ sprechen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 5. Mai, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Vorlesung der Schriftstellerin Clara Wiebig aus eigenen Werken.

Gerichts-Zeitung.

Lohnlarife — literarische Leistungen!

Das ungeheuerliche Urteil des Landgerichts Vauhen, über das wir am 10. Januar berichteten, ist am Sonnabend vom Reichsgericht bestätigt!

Vom Landgerichte Vauhen wurde am 8. Januar der Geschäftsführer Oswald Heidek wegen Nachdrucks zu dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt. In den Kengersdorfer Webereien i. S. hatte eine Lohnbewegung, einer Lohnverhöhung von 7 1/2 Proz. geführt. Der neue Tarif wurde in den Webereien aufgehängt. Der Angeklagte ließ in sieben Webereien von Arbeitern die Lohnlarife ständweise abschreiben und veröffentlichte dann alle sieben vollständig in einer Broschüre. Als Anhang dazu gab er eine Tabelle, die zu den Tarifen in keiner Beziehung steht. Jeder der sieben Tarife, heißt es im Urteile, ist ein Schriftwerk. Jeder ist unabhängig von dem andern, da in jeder Fabrik die Lohnverhältnisse anders liegen und die Lohnlarife nur mit großer Mühe daraus zu berechnen sind. Als Urheber sind die vielen Nebenlärer anzusehen, da sie persönlich an der Zusammenstellung mitgearbeitet haben. — In der Revision des Angeklagten wurde angeführt: Nur solche Schriftwerke sollen geschützt werden, die vermögensrechtlich vertretbar sind. Deshalb hat auch offenbar das Gericht den Nebenlägern eine Dufe nicht zuerkant. Die Tarife sind in einigen Fällen einfach von den Expendienten zusammengestellt worden, nicht von den Fabrikherren. Sie bestehen überhaupt nur in einer Zusammenstellung von Zahlen, die sich in einer Reihe von Jahren von selbst gebildet haben. Der Angeklagte hat den Arbeitern nur die Tarife verständlich machen wollen, damit sie erkennen, wie die Löhne berechnet werden. Dadurch ist das Werkchen des Angeklagten zu einer eigentümlichen geistigen Arbeit geworden. — Der Reichsanwalt führte aus: Die Tarife enthalten nicht eine mechanische Zusammenstellung von Zahlen, sondern sie konnten erst nach genauer Kalkulation aufgestellt werden, zu der ein hoher Grad von geistiger Arbeit gehörte. — Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Diese wie so manche anderen Urheberrechtsmanieren günstige Entscheidungen fordern dringend eine Aenderung des Urheberrechtsgesetzes. Die oben mitgeteilte Entscheidung würde Gewerkschaften und nicht minder sozialpolitische Schriftsteller hindern, Lohnlarife zu veröffentlichen, falls sie nicht die Genehmigung der Fabrikherren haben. Die Konsequenz des durchaus fehlerhaften reichsgerichtlichen Urteils würde wohl gar die sein, daß man auch die Aufschriften auf Lohnbiläten nicht veröffentlichen darf, weil diese „einen hohen Grad von geistiger Arbeit“ erforderten. Das angeführte Urteil fällt daselbe Reichsgericht, das gerichtlichen Urteilen den Wert wissenschaftlicher Leistungen absperrt. Es ist bedauerlich, daß das Reichsgericht in dem angeführten für Sozialpolitiker und Gewerkschaften sowie für wissenschaftliche Forschungen nachteilige Urteil sich so völlig rein von aller Wissenschaftlichkeit gehalten hat.

Ein Oberarzt wegen Abtreibung unter Anklage.

Die Bonner Strafkammer verurteilte am Sonnabend nach einer unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltenen Verhandlung den Oberarzt der Bonner Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Privatdozenten der Psychiatrie Dr. med. Richard Förster, weil er zu Verbirr der Kleinerin Anna Babs aus Münden wissenschaftliche Mittel zu Abtreibungen gegeben und dadurch schließlich ihren Tod herbeigeführt habe, zu sechs Monaten Gefängnis, von denen vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Von der gleichfalls erhobenen Anklage der fahrlässigen Tötung wurde der Arzt freigesprochen.

Versuchter Totschlag.

Der Kleiner Franz Poloran, der am 6. Februar aus Eifersucht auf seine Frau Revolvergeschosse abgegeben hatte, die nicht trafen, wurde gestern vom Schwurgericht wegen versuchten Totschlages unter Jubilation mildernder Umstände zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Geuerei.

Eine große Anzahl von Gruntramhändlern, Zigarrenhändlern und Schankwirten war gestern im Sitzungssaal der 6. Strafkammer des Landgerichts I versammelt, um Zeugnis abzulegen gegen den Kaufmann Karl Kober, von dem sie alleamt in ganz konfessionierter Weise betrogen worden sind. Der Angeklagte war durch geschäftliche Verluste in eine gewisse Not geraten und suchte sich auf dieser durch den Plan zu retten, dessen Ausführung ihn auf die Anklagebank gebracht hat. Er drängte sich an solche Schankwirte, Zigarrenhändler usw., von denen er wußte, daß sie

ihren Geschäfte verkaufen wollten, heran und bot sich als Vermittler an, wobei er so tat, als ob er viele zweckdienliche Verbindungen habe. In der Hoffnung, durch seine Mitwirkung zum Ziel zu gelangen, verzichteten sie sich keinen Augenblick, ihn den von ihm verlangten Vorschuss von 250 M. bis zu 8 M. zu gewähren. Sie entdeckten dann zu spät, daß sie einem Betrüger zum Opfer gefallen waren, denn der Angeklagte hatte jedesmal die Vorschusssumme eingestekt, aber eine Vermittlertätigkeit gar nicht entwidelt. Es standen an 20 solcher Fälle zur Anklage. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Auf die eingelegte Berufung ermächtigte die Strafkammer die Strafe auf sechs Monate Gefängnis, unter Anrechnung von vier Wochen auf die Untersuchungshaft.

Gegen Demetri Nirska

Den russischen Studenten, sollte, wie mitgeteilt, gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verhandelt werden. Der Termin mußte jedoch aufgehoben werden, da der Angeklagte zu einer nochmaligen Untersuchung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt übergeführt werden mußte. Ein neuer Termin ist noch nicht angesetzt worden.

Ein Bürgermeisterspion als Sittlichkeitsverbrecher.

Der 23jährige Bürgermeisterspion August Schwarz in Weelitz war durch den Kärntner Oberbürgermeister an den Weelitzer Magistrat zur Ausbildung empfohlen. Er beging mit 10 bis 14jährigen Schülerinnen gemeine Verbrechen, die am 31. März zu seiner Verhaftung und dann zur Anklage führten. Die Anklage wirft dem „Vertrauensmann“ Sittlichkeitsverbrechen mit fünf Mädchen vor, die auch als Zeuginnen geladen wurden. Mit Rücksicht auf die Eigenart der „Fälle“ wurde wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Vorher wurde noch bekannt gegeben, daß der Angeklagte aus gutem Hause stammt, im Bankfach tätig war, Rationalökonomie studiert hat und sich dann der Bürgermeisterspionerie widmen wollte. Zur Beweisaufnahme wurden auch die Lehrer und die Lehrerin der Mädchen geladen. Nach mehrstündiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer in Potsdam den Angeklagten wegen Sittlichkeitsverbrechen in zwei Jahren und wegen tätlicher Beleidigung in mehreren Fällen zu neun Monaten Gefängnis. Ein Monat wurde auf die Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte war bisher nicht vorbestraft.

Prozess Friedberg-Bohn.

Die Verurteilung Friedbergs zu zwei Jahren Gefängnis, 9000 M. Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust ist wegen einfachen Konkursbergehens (unordentliche Buchführung, unterlassene Bilanz, Verbrauch übermäßiger Summen durch Aufwand, Spiel und Differenzhandel) und Vergehens gegen § 313 Ziffer 3 des Handelsgesetzbuches (wissentlich falsche Angaben bei Eintragungen in das Handelsregister) erfolgt. Wie wir bereits mitteilten, ist wegen des sich auf die Anklage des Bergehens gegen das Depotgesetz beziehenden Preispruchs seitens der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Ein Lourdeswunder vor Gericht.

Vor dem Reher Schöffengericht wurde am Freitag und Sonnabend eine Beleidigungsklage des Dr. Ernst gegen fünf seiner Kollegen (Dr. Müller, Dr. Neiß, Dr. Bielefeld, Dr. Levy und Dr. Kuntz) verhandelt. Die Verhandlung hat deshalb ein besonderes Interesse, weil in ihrem Mittelpunkt eine angebliche Heilung durch die sogenannte Wunderquelle von Lourdes stand. Bekanntlich behauptet ein Teil Gläubiger, am 11. Februar 1888 und später noch öfters sei dem 14jährigen Landmädchen Bernadotte Soubirons die Jungfrau Maria in Lourdes erschienen, am 15. Februar habe sich dort dann plötzlich in einer Felsengrotte eine

Wasserquelle eröffnet, die an Menschen unheilbare Leiden heile, wenn man's glaubt. In den vielen Hunderttausenden von Wallfahrern, die eine Heilung in Lourdes erhoffen, gehörte im September des Jahres 1903 eine Frau Kouchel. Sie litt an Lupus und Lues (Sphäphilis). Von Dr. Ernst bekam sie ein Attest mit, nach dem sie seit 13 Jahren an Lupus leide; davon, daß sie auch an Lues leide, teilte Dr. Ernst im Attest nichts mit. Dr. Ernst war ärztlicher Berater der Frau. Als Frau Kouchel die Wallfahrt entrat, hatte sie eitrige Pusteln im Gesicht und am Gaumen. Diese Eitelpusteln verschwanden eines Tages nach einem längeren Gebet der Frau und sind auch nicht wiedergekehrt. Frau Kouchel befuhrte in dem jetzigen Beleidigungsprozeß vor Gericht, sie habe sich an Quacksalber und Ärzte gewendet, deren Verschreibungen freilich unbeachtet gelassen und sei ihrer Ansicht nach durch ihren Gottesglauben von den Geschwüren im Gesicht und Gaumen geheilt worden. Das Komitee zur Verherrlichung der vermeintlichen Wunder von Lourdes benutzte das Attest des Dr. Ernst, um zu beweisen, daß der Lupus durch das Lourdeswasser geheilt sei. Eine Reihe Prozeduren behandelten dann das „Wunder“. Gegen das Attest des Dr. Ernst war im Reher Ärzteverein von Dr. Müller dargelegt, es habe Dr. Ernst darin gefehlt, daß er in seinem Attest die Sphäphiliskrankheit verschwiege. Die einstimmige Ansicht des Vereins ging dahin: die Lupuskrankheit besteht noch immer, die äußerliche Besserung der Sphäphiliskrankheit ist etwas häufig Vorkommendes, die Sphäphilis selbst besteht nach wie vor. Dr. Ernst klagte wegen der im Ärzteverein gegen ihn gerichteten Angriffe. In der Verhandlung wurde auch von den vernommenen Sachverständigen dargelegt, die Frau leidet nach wie vor an Lupus und an Lues. Eine spontane Heilung der nicht auf Lupus, sondern auf Lues zurückzuführenden Eitererscheinungen kommt öfters auch ohne den Gebrauch von Medikamenten vor. Die angeklagten Ärzte wurden auf Grund dieses Sachverhalts selbstverständlich freigesprochen. Daß die Eitergeschwüre der Frau Kouchel auf Lues zurückzuführen sind und daß die arme Gläubige an beiden Krankheiten auch heute noch leidet, konnte selbst der Privat-Mäger nicht in Abrede stellen.

Achtung! Rechner, Köche, Hotelkellner usw. Donnerstag, den 6. Mai, nachts 1 Uhr, im großen Saale des Grand Hotel Alexanderplatz: Dessenliche Versammlung aller Angestellten im Hotel, Restaurations- und Caféhausgewerbe. — Parteigenossen, welche Gelegenheit haben, mit Angestellten im Gastwirts-gewerbe zu sprechen, werden gebeten, dieselbe auf obige Versammlung hinzuweisen.

Vermischtes.

Zu dem Mordmord in Spreenhagen bei Fürstentwale ist zu berichten, daß der Maschinist Otto Naturschle aus Neu-Stahnsdorf im Kreise Storkow unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden ist.

Töblicher Automobilunfall. Einer Meldung aus München zufolge ereignete sich dort gestern Abend auf der Forstrieder Straße ein schwerer Automobilunfall. Der Wagenführer eines von Garmisch kommenden und mit fünf Personen besetzten Automobils verlor die Leitung über daselbe. Das Automobil fuhr gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Der Besitzer des Automobils Georg Mayer erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot; sein Bruder Michael erlitt gleichfalls einen Schädelbruch; die übrigen Insassen trugen schwere Gehirnerschütterungen und schwere innere Verletzungen davon.

Schnee und Frost in Frankreich. Aus verschiedenen Gegenden Frankreichs, namentlich aus Ost- und Mittelfrankreich, werden Schneefälle und starker Frost gemeldet. Der an den Obst- und Weingärten sowie an den Feldfrüchten angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Elf Personen getötet. Wie aus Panama gemeldet wird, stürzten durch vorzeitiges Loslassen einer Greifvorrichtung mehrere beim Kanalbau verwendete Karren bei Culebra eine Böschung hinunter, wobei elf Personen getötet und neun verletzt wurden.

Sturmkatastrophe. Aus Atlanta (Georgia) wird gemeldet: Die Zahl der infolge der Stürme der drei letzten Tage ums Leben gekommenen Personen wird auf zweihundert, die der Verwundeten auf vierhundert geschätzt. Der Sachschaden dürfte mehrere Millionen betragen. Das Geschäftsleben liegt vollständig danieder.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkunde Andet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fabrikstr. 10 wochentags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkunde am 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Stille Fragen trage man in der Ehrenkunde vor.

B. N. 9. Senden Sie sich an den Stadtvorordneten Vorwärt, Lehener Straße 133. — **B. J. 40.** 1. bis 3. Rein; es sei denn, daß im Verträge ausdrücklich das Zerlegen des Holzes auf dem Hofe vorgeschrieben ist. 4. Rein. — **Selbsthilfe N. 1.** bis 3. Eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft kann erfolgen. Dieselbe ist kostenlos. Ob sie Erfolg haben wird, läßt sich nicht voraussagen. 4. Der Auftraggeber hat die Gerichts- und Anwaltskosten zu tragen. Der unterliegende Teil hat sie zu erstatten. Von dem 25. März werden kaum mehr als 5 Mark als erstattungsfähig erachtet werden. — **B. N. 77.** Ja. — **J. S. 10.** Selber hätte eine Klage auf Schadenersatz wenig Aussicht auf Erfolg. — **Wilmow 10.** Dattier der Verfallung länger als 2 Jahre zurück, so ist die Verfallsforderung verjährt und Sie könnten nur auf Grund des dem Beschäftigten liegenden Rechtsgeschäftes klagen. — **Doktor Otto 2.** In einem solchen Fall gilt der Austritt als nicht erfolgt, und es müßte die ganze Prozedur wiederholt werden. — **J. 98.** 1. Wir können nur wiederholt vor dem Beitritt in diese Klasse warnen. 2. Eine bestimmte Anzahl von Beitragswochen ist zur Aufnahme in eine Erholungskasse nicht notwendig. Der Verfallene hat nicht ein Recht, sondern nur eine Möglichkeit der Aufnahme. Die Landesversicherungsanstalt kann die Aufnahme nach ihrem Ermessen anordnen oder ablehnen. 3. Ja.

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Rindfleisch reichlich, Geschäft ruhig, Preise für Rind- und Hammelfleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr sehr schwach, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr gering, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 5.	seit 1. 5.	Wasserstand	am 2. 5.	seit 1. 5.
Remel, Mühl	380	+6	Saale, Großh.	151	+11
Regel, Jüterburg	140	-8	Havel, Spandau ¹⁾	115	-3
Beißel, Thon	188	-2	„ „ „ „	144	0
Ober, Radde	216	-11	Spree, Spremberg ¹⁾	94	0
„ „ „ „	280	+1	„ „ „ „	142	-2
„ „ „ „	227	-2	„ „ „ „	25	+34
„ „ „ „	166	-2	„ „ „ „	72	-1
„ „ „ „	209	-1	Rhein, Regimiliansbau	474	-2
„ „ „ „	112	-3	„ „ „ „	253	+8
„ „ „ „	88	-2	„ „ „ „	289	+19
„ „ „ „	-14	-8	„ „ „ „	91	-4
„ „ „ „	276	-5	„ „ „ „	170	+4
„ „ „ „	280	-7	„ „ „ „	118	+3

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — soweit Vorrat!

Grosse Posten Strümpfe für Damen, Herren und Kinder

Damenstrümpfe schwarz farbig	} 28 Pf.	Damenstrümpfe farbig u. geringelt	} 35 Pf.	Damenstrümpfe farbig u. geringelt	} 48 Pf.
Herrensocken maco und farbig		Herrensocken farbig und geringelt		Herrensocken Fil d'Ecosse geringelt	
Kinderstrümpfe farbig u. geringelt		Kinderstrümpfe Jacquard-Dessins		Schweisssock. acht englisch, Marino	

ca. 50000 Paar Damenstrümpfe Fil d'Ecosse, halb u. ganz durchbrochen 48, 65, 78, 90 Pf.

ca. 50000 Paar Kindersöckchen einfarbig und geringelt, alle Grössen : 25, 35 Pf.

Damenstrümpfe maco und Flor einfarbig	} 65 Pf.	Damenstrümpfe Jacquard-Dessins	} 90 Pf.
Damenstrümpfe geringelt, neueste Dessins		Damenstrümpfe Flor bestrickt	
Herrensocken Flor geringelt		Herrensocken Fil d'Ecosse, elegante Dessins	

Golf-Paletots reine Wolle, 5⁷⁵ 7²⁵ für Kinder für Damen 9⁷⁵ 13⁵⁰ | Directoire-Beinkleider in vielen Farben 2⁷⁵

Fertige Herren-Konfektion

Beste Verarbeitung	Modernste Stoffe	Gute Passform
Herren-Sacco-Anzug 26 ⁵⁰ bis 72 ⁰⁰	Bozener Mäntel imprägniert aus glatten u. gemust. Strichlöden, sehr praktisch 16 ⁵⁰ bis 27 ⁰⁰	Loden-Pelerinen wasserdicht, in nur bewährten Qualitäten, 120 cm lang 8 ⁷⁵ bis 24 ⁰⁰
Herren-Ulster 28 ⁵⁰ bis 66 ⁰⁰	Lodenjoppen für Haus und Land 3 ⁹⁰ bis 18 ⁰⁰	Litewken aus blauem Cheviot 7 ⁵⁰ bis 16 ⁵⁰
Herren-Paletots 21 ⁰⁰ bis 60 ⁰⁰		
Gummimäntel orig. engl. federleicht moderne Form. 13 ⁵⁰		

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher u.
 Reichthorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr:
Sektions-Versammlung der Lackierer
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:
 1. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung in unserer Organisation.
 Referent: Kollege **Fr. Klotz**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Die Sektionsleitung.
 NB. Gleichzeitig machen wir auf unser am Sonnabend, den 8. Mai, im „Grand Hotel Alexanderplatz“ stattfindendes 23. Stiftungsfest aufmerksam. Anfang 9 Uhr. Billets sind bei den Vertrauensleuten und in der Geschäftsstelle bei Weihnacht, Grünstr. 21, erhältlich.
T. C.

Oriskrankenkasse für das Maurergewerbe Berlin.
 Donnerstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“,
 Kommandantenstr. 58/59:

Außerordentliche General-Versammlung
 der Vertreter der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
 Beratung und Beschlussfassung über die Abänderung der §§ 12, 13, 20, 29 und 30 des Kassensatzes betreffend anderweitige Klasseneinteilung der Mitglieder und dementsprechende Festsetzung der Beiträge.
 Berlin, 29. April 1909.
Der Vorstand. 274/10*
 A. Daahne, Vorsitzender. E. Simanowski, Schriftführer.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
 Filiale Berlin I.

Kostümschneider u. Schneiderinnen.

Dienstag, den 4. Mai, präzise 7 1/2 Uhr abends:
Öffentliche Versammlung
 in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag von Frau **Ziets** über: „Frauenpflichten und Frauenrechte“. 2. Bericht über die letzten Vorgänge in der Kostümbrosche.
 Referent: Kollege **Knoop**.
 3. Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erforderlich, und bitten wir, an diesem Abend Überstunden nach Möglichkeit zu vermeiden.
Die Kommission. 162/14

Dachdecker
Berlins u. Umgegend!

Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Wille, Brunnenstr. 188:

Öffentliche Versammlung
 aller im Dachdeckerberuf beschäftigten
 Kollegen und Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
 Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Gustav Hoch** über: „Die Ursachen der wirtschaftlichen Krisis“.
 Der Einberufer: **H. H. Karl Gönitz**, Fildorf, Eberdammstr. 15. 54/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
 Bureau: Engelauer 14/15. Tel. IV Nr. 3578 u. 10023.

Achtung! Bautischler!

Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17:
Vertrauensmänner-Versammlung für Berlin
 u. Vororte.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht über den Stand der Tarifberatung und Stellungnahme über die von den Unternehmern zugehenden Positionen. 2. Diskussion.
Die Branchenkommission. 83/9

Zentralverband der Maurer. Zweigverein Berlin.

Sektion der Maurer.

Mittwoch, 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im gr. Saale des Berliner Gewerkschaftshauses,
 Engelauer 15:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Die Wotausperrung. 3. Verschiedenes.
 Die Verbandsleitung.
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klub-
 hause“, Kommandantenstr. 72: 53/9

Vorlesung der Schriftstellerin Klara Viebig
 aus eigenen Werken.
 Gäste willkommen. Der Vorstand.

Zentralkrankenkasse der Maurer
 „Grundstein zur Einigkeit“.

Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:
 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Verschiedenes. 140/7
 Mitgliedsbuch legitimiert. Die örtliche Verwaltung.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
 Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4885.

Achtung! 50/1*
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
 Geschäftsjetzt täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.
 Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal rot und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

Engelhardt
Malzbier
 alkoholfreies, diätisches Specialbräu
 Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. Ueberall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.
 Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Saal mit Bühne
 und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
 unter fulanten Bedingungen zu
 vergeben. 10812*
 Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
 Memeler Straße 67.
 Fernspr. Amt 7, 1075.

Mändler
Speise-Eis-Essenzen
 unerreicht feines Fruchtaroma
 sowie zugehör. Substanzen am
 billigsten u. besten zu kaufen
 bei Otto Reichel, 30, Eisenbahnstr. 4.

Schöne Hochwald- und Land-
 parzellen am Bahnhof
Gadowa
 an der Straße nach Biesdorf,
 7 Minuten ab Bahnhof beginnend,
 -R. von 10 Mk. an.
 Günstigste Zahlungsbedingungen
 bei- und Baufertigung. W. v.
 i. West. Döring in Neu-Ed. von
 u. Restaur. Göthe, Mauld. Dorf.
Nieschalke & Nitsche
 BERLIN, NO.,
 Neue Königsstraße 10.

Warenverkauf
 nach beendeter
Engras-Saison.
 Hochelegante
Frauen-Paletots
 mit Stickerei
 und Zierfäden
 10-30 M.
Engl. Paletots
 6-12 M.
Anschließende
Tuch-Paletots
 12-30 M.
Tailor-made
Kostüme.
 Sommer- u. Tuchstoffe: 12-50 M.
Gelegenheitskauf:
 Herren- u. Damen-
 Paletots, Jacketts,
 Tailor-made
 Paletots, Jacketts
 und Capes.
 10-25 M. aparte Kimonos.
Max Mosczytz Klein Laden
 Berlin C.
Landberger Str. 59.
 an Alexander-Platz, 1 Treppe,
 haben Sie im eigenen Interesse
 auf die Hausnummer.

Warenhaus Moabit
Lachmann & Scholz
 Turmstr. 76, Ecke Ottostr. 1. **Rabatt- bis Freitag, den 7. Mai.**

Ganz besonders preiswerte Angebote soweit die Vorräte reichen

Ausnahme-Preisen. — Doppelte Marken

KLEIDERSTOFFE

Kaschmir, schwarz und farbig, 110 cm breit, La Ware	Meter 1 ⁰⁰
Kostüm-Stoffe, engl. Charakter, 100 cm breit	Meter 1 ⁰⁰
Batist, durchbrochen	Meter 38 Pfg. 48 Pfg.
Mull, mit Punkten und bestickt	Meter 55 Pfg. 75 Pfg.

Ein Posten Reste enorm billig

WASCHSTOFFE

imit. Wollmusselina, mit und ohne Bordüre, reizende Muster	Meter 45 Pfg. 33 Pfg. 24 Pfg.
Zephir, moderne Streifen, waschecht, für Hemdblusen	Meter 38 Pfg. 48 Pfg.
Rips-Pikee, glatt und gemustert, in Punkt und Streifen	Meter 48 Pfg. 68 Pfg.
Kleiderleinen, imit.	Meter 68 Pfg. 42 Pfg.

Ein Posten rein Seiden Louisiana Meter 1⁰⁰

Damen-Strümpfe.

schwarz, engl. lang	Paar 56 45 40 Pfg.
schwarz, gestreift	Paar 73 53 45 Pfg.
schwarz, durchbrochen	Paar 1 ²⁵ 95 78 Pfg.
geringelt, bunt	Paar 58 45 Pfg.
Schweiss-Socken für Herren	Paar 58 45 36 Pfg.

Kinder-Strümpfe.

geringelt oder gestreift	Größe 1-6 3 Paar 98 Pfg.
Größe 7-12 2 Paar	98 Pfg.
schwarz, rechts und links gestreift	Größe: 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
	25 28 32 35 38 42 48 53 58 63 Pfg.
Söckchen	33 35 38 42 45 48 53 58 60 63 Pfg.

Damen-Hemden

Aohseischluss mit Länglette	1 ³⁵ 95 Pfg.
Aohseischluss mit Stickerei-Ansatz und Motiven	2 ⁴⁵ 1 ⁰⁵

Beinkleider.

Knie oder Passenform, mit breiter Stickerei	1 ⁵⁵ 1 ³⁰
---	---------------------------------

Spitzen, Einsätze und Tüllstoffe, Gallons

Handtaschen für Damen große Form Stok. 2.45

Ein Posten moderne Handtaschen

Trikotagen.

Makko-Hemden oder Hosen	St. 1 ³⁵ 95 Pfg.
Normal-Hemden oder Hosen	St. 1 ²⁵
Umschlage-Tücher	St. 85 95 Pfg.
Sommer-Barohend-Hemden	St. 95 Pfg.
Korsettschoner	St. 38 25 16 Pfg.

Markisen-Drelle

gestreift 100 cm 120 cm 140 cm breit	Meter 1 ⁰⁰ 1 ⁵⁰ 1 ⁵⁵
--------------------------------------	---

Balkon-Decken

schöne Muster Stok. 95 Pfg. 1 ³⁵ 1 ⁰⁵

in grosser Muster-Auswahl, alle Arten für jeden Zweck besonders preiswert!

*) Weniger Artikel ausgenommen.



Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes
Gegründet 1891

Chaussee - Strasse 29-30
11 Brücken - Strasse 11
Große Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10

Frühjahrs-Anzüge

60.-	55.-	50.-	45.-	40.-	36.-	15 M.
33.-	30.-	27.-	24.-	21.-	18.-	

Paletots und Ulster

60.-	50.-	40.-	36.-	33.-	15 M.
30.-	27.-	24.-	21.-	18.-	

Frühjahrs-Hosen

21.-	18.-	16.-	14.-	12.-	10.-	3 20 M.
9.-	8.-	7.-	6.-	5.-	4.50	

Fantasie-Westen

Die neuesten Fassons u. Muster der Gegenwart von 2 25 an

Knaben-Stoff-Anzüge

20.-	18.-	16.-	14.-	12.-	2 M.
10.-	8.-	6.-	4.-	3.-	

Hochmoderne
Maß-Anfertigung
zu niedrigen Preisen

Der Haupt-Katalog No. 37 und der Livree-Katalog No. 36
kostenlos und portofrei.



JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

sind von so ausgesprochener Eigenart in Qualität und Charakter, dass sie eine Klasse für sich bilden. Sie repräsentieren die günstigste Zusammenstellung aller guten Eigenschaften, die Cigaretten überhaupt besitzen, sodass sie mit vollem Recht als beste Marke der 2 Pf. Preislage geschätzt werden.



Josetti-Junio m. u. o. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.

Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes

1000 wertvolle Geschenke

für die Leser dieser Zeitung. Jeder, der bei uns einen 10 Pfd. Emaille-Eimer Delikatess-Pflaumenmus franko für M. 2.50, oder einen 10-Pfd. Emaille-Eimer künstl. Honig franko für M. 3.25 oder 8 Pfd. feinste Delikatess-Margarin franko für M. 5.- bestellt, erhält ein wertvolles Geschenk. Keine Nebenkosten. Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser ausgesetzt sind. - Jeder Besteller erhält einen prakt. Gebrauchsgegenst. gratis. Versand-Gesellschaft Magdeburg 90 Postf. 164.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indisches Sanjeextrakt.) Dr. H. Unger in Würzburg. In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Greif-Apothek., Barnimstraße 33. - München: Schützen-Apothek., - Stuttgart: Hirsch-Apothek., - Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Carmen Sylva

Cigaretten
Beste Qualitäten

Gegründet 1825

BERLIN C 25

Fr. Hahn

Die große Konfektions-Woche

währt von Dienstag, den 4. Mai bis Dienstag, den 11. Mai.

Während dieser Zeit werden große Posten **moderne fertige Damen - Konfektion** zu außerordentlich billigen Preisen verkauft.

<p>Ein großer Posten wollene Blusen und Flanell - Oberhemden beste Stoffe, darunter viele Wiener Modellblusen, früherer Wert bis M. 26.00, Serie I II III IV V jetzt M. 2.90 3.80 5.30 7.20 8.90</p> <p>Ein großer Posten reinwollene Musselin-Blusen, modernste Verarbeitung, helle und dunkle Farben, früherer Wert bis M. 22.50, Serie I II III IV V jetzt M. 2.80 3.90 5.20 6.80 8.20</p> <p>Ein großer Posten weiße, seidenglänz. Mull- u. Madelrastickerel-Blusen, reich garniert mit Spitzen, Stickerei- und Spachtel-Einsätzen, früherer Wert bis M. 16.00, Serie I II III IV V jetzt M. 1.55 1.95 2.65 3.70 5.20</p> <p>Ein großer Posten farbige Waschblusen und Blusenhemden aus gutem Zephyr, Leinen- und Musselin-Stoffen, früherer Wert bis M. 14.00, Serie I II III IV V VI jetzt M. 0.95 1.45 1.95 2.90 3.80 5.60</p> <p>Ein großer Posten elegante Tüll-, Spachtel- und Seiden - Blusen darunter viele hochpartie Modellblusen Serie I II III IV V VI früherer Wert bis M. 48.00, jetzt M. 3.20 5.20 6.80 9.60 13.80 18.60</p>	<p>Ein großer Posten hochpartie, weiße Mull-, Leinen- u. Stickereikleider, reich garniert, mod. Verarbeitung, darunter viele Prinzess- u. Empire-Kleider, früherer Wert bis M. 72.00, Serie I II III IV V jetzt M. 6.30 11.40 18.60 26.50</p> <p>Ein großer Posten farbige Waschkleider, Hauskleider u. Morgenröcke aus besten waschbaren Stoffen Serie I II III IV V früherer Wert bis M. 35.00, jetzt M. 3.40 5.80 7.60 9.20 12.70</p> <p>Ein großer Posten garnierte Kleider aus Wollstoffen und Mousseline de laine, beste Stoffe, darunter auch viele schwarze Kleider, Serie I II III IV V früherer Wert bis M. 85.00, jetzt M. 7.50 12.40 18.70 26.50 34.80</p> <p>Ein großer Posten Kostüm-Röcke, Mieder-Röcke, fußfreie und lange Formen, darunter hochschicke Mieder-Röcke, aus besten farbigen und schwarzen Wollstoffen sowie weiß und farbig Leinen, Serie I II III IV V früherer Wert bis M. 35.00, jetzt M. 3.60 5.40 6.80 9.70 12.80</p> <p>Ein großer Posten farbige u. schwarze Paletots, Staubmäntel u. Umhänge, darunter sehr wertvolle schwarze Seidenmäntel und Seidenjacken aus voriger Saison Serie I II III IV V früherer Wert bis M. 80.00, jetzt M. 6.30 8.20 10.80 16.80 19.50</p>
--	---

Ein großer Posten Jackenkleider und Kostüme, größtenteils auf Seide gearbeitet, darunter sehr elegante lange Schneiderkleider aus besten hellen und dunklen Kammgarnstoffen, sowie **moderne Leinenkleider** aus bestem Schantungleinen in weiß oder ecru.
früherer Wert bis M. 85.00, jetzt Serie I M. 8.70 Serie II M. 14.60 Serie III M. 19.80 Serie IV M. 23.60 Serie V M. 29.50 Serie VI M. 38.70

Partei-Angelegenheiten.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die im Februar projektiert gewesen fünf Vorträge der Genossin Clara Beilin über „Die geschichtliche Stellung der Frau“ finden nunmehr wie folgt statt:

- Freitag, den 14. Mai,
Montag, den 17. Mai,
Freitag, den 21. Mai,
Dienstag, den 25. Mai,
Freitag, den 28. Mai.

Anfang: pünktlich 8 Uhr abends.

Ort: Kellers Festsaal (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29.

Die bereits ausgegebenen Eintrittskarten behalten Gültigkeit. Soweit noch Billetts vorhanden, sind solche durch die Wahlvereine resp. die Kreiswahlvereins-Bureauz zu beziehen.

Wir bitten, von den obigen Daten genaue Notiz zu nehmen. Der Zentralvorstand.

Zur Lokalliste. In Rankwitz (Zeltow-Weesow) steht das Lokal „Gesellschaftshaus“, Inh. Anton Prochazka, Viktoriastr. 41/43, der Arbeiterkassette zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Lokallistenkommission.
Rixdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 Uhr in Hoppes Festsaal, Hermannstr. 49 statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Die letzten Vorgänge im Stadtparlament. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Waidmannslust. Heute Dienstag, 4. Mai: Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Nimrodstr. 84 bei Ludwig. Bei der Maifeier am Sonntag abend ist ein Herzensregenschirm verkauft worden. Da derselbe reklamiert wird, ersuchen wir um Mitteilung in dieser Sache an den Genossen Lischer, Waidmannslust, Waldstr. 6.

Berliner Nachrichten.

„Maitähe.“

Nun ist der Frühling gekommen und hat am Baum und Strauch seine grünen Blätterwimpel geholt. Sogar Blüten hat er bereits gebracht und die Aprikosenpalisade und Frühfirschen mit zartem, weißem Blutz überzogen. Nur die Sonne hat er vergessen. Und liegen sich auch ein paar Tage schon recht mild und warm an, seit ausgangs April künftigen kalte Nordost- und Nordweststürme um die Herrschaft, jagen flussere Hagelwolken über den Himmel, die mit Eiskörnchen und Schneeflocken schütten und die Frostigen zu neuen Kohlenausgaben für die bereits erkalteten Stubenöfen veranlassen. Ist es nun schon an und für sich im Mai nicht angenehm, frühmorgens vom Thermometer zwei oder drei Grad Raumtemperatur abzulesen, so schmerzt es den Naturfreund doppelt, jetzt an den zarten lichtgrünen Mäitern — so weit man dies in der Großstadt beobachten kann — immer häufiger schwärzliche oder dunkelbraune, oft die halbe Blattfläche einnehmende Stellen zu beobachten. Fast sieht es aus, als stände man Brandwirkungen gegenüber. Aber nicht dem Feuer, sondern dem Frost ist diese Erscheinung aufs Konto zu setzen. Obwohl um diese Jahreszeit das Thermometer selten unter Null Grad zu fallen pflegt, so sind doch einzelne Windstöße oft von einer geradezu schneidenden Kälte. Sie sind es, die die jungen Blätter frühzeitig verunfallten, an deren schwarzen Flecken

man die oft linealgerade Bahn eines ganz besonders kalten Windstoßes vorzüglich beobachten und verfolgen kann. Derartige erfrorene Stellen heilen um Pfingsten herum gewöhnlich wieder aus. Etwas Krüppelhaftes bleibt freilich den heimgejagten Blättern zeitweilig eigen; namentlich Niederblätter, die sich schon frühzeitig ans Licht gewagt haben, zeigen die gewellten, krausgezogenen Ränder, d. h. diejenigen Stellen, wo der erfrorene Teil des Blattes ansetzte, recht deutlich. Auch die gegenwärtigen kalten Tage, die hoffentlich nicht mehr allzu lange andauern werden, haben am jungen Blattgrün arg gefrevelt. Wäre die Natur bereits weiter entwickelt, wäre sie kräftiger und widerstandsfähiger, dann könnte ihr derartige so leicht nicht anhaben. Allein die späte Ankunft des heurigen Frühlings läßt die alljährliche Kinderkrankheit der „Maitähe“ intensiver auftreten und im erhöhten Maße schädigend wirken als in anderen in den Witterungserscheinungen normaler verlaufenden Jahren.

Die Errichtung einer Unfallstation auf dem Schweineschlachthof fordert am Freitag eine vom Zentralverband der Fleischer einberufene Versammlung der Grogros-Schlächtergesellen. Mit Rücksicht darauf, daß diese Forderung, die vor wenigen Wochen in der Presse vertreten wurde, von der Stadtverordnetenversammlung abschlägig beschieden worden ist, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung protestiert gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung am 1. April d. J., auf dem hiesigen Schweineschlachthof keine Rettungswache einzurichten. Die Versammlung erklärt, daß die sich zurzeit auf dem Schweineschlachthof befindende Verbandsstelle keineswegs den geringsten Ansprüchen genügt, die an eine solche gestellt werden können. Auch ist es ein großer Mangel, daß keine ärztliche Hilfe vorhanden, ferner, daß die beauftragte Person nicht ständig anwesend ist, so daß es sehr leicht vorkommen kann, daß Schwerverletzte längere Zeit ohne Hilfe bleiben. Mit Rücksicht auf die schwere und gefährliche Arbeit fordern die Anwesenden die mögliche Beschaffung auf, baldigst dahin zu wirken, daß auf dem Schweineschlachthof eine Unfallstation mit einem ständig anwesenden Arzt oder einem sachverständigen Heilgehilfen eingerichtet wird. Die Anzahl der täglichen Verletzungen sowie die Kosten dürfen hier nicht ausschlaggebend sein. Die Versammlung ersucht, daß auch für sie, als Bürger der Stadt Berlin, in Unglücksfällen für ausreichende Hilfe gesorgt wird.“

Der Berliner Lehrerverein nahm am Freitag in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu den Änderungen, die das Herrenhaus am Lehrer-Besoldungsgesetz vorgenommen hat. Die Versammlung sprach in einer Resolution die Erwartung aus, daß Staatsregierung und Abgeordnetenhause eine Kürzung der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Gehaltsätze nicht zulassen werden.

Der Lehrerverein hielt dann einen Vortrag über „Die Zurücksetzung des Lehrers in Vorbildung und Laufbahn gegenüber der Lehrerin.“ Dem Vortrage lagen folgende Zeitsätze zugrunde:

Der Berliner Lehrerverein begrüßt es als einen Fortschritt, daß durch die Mädchenschulreform vom Jahre 1905 das sogenannte höhere Lehrerinnen-Seminar auf einer höheren Lehranstalt, der höheren Mädchenschule, aufgebaut ist.

Der Verein hält es im Interesse eines einheitlichen Lehrerinnenstandes, der allgemeinen Volksbildung und der Sozialerziehung unseres Volkes für bedenklich, gemäß der Ministerialverordnung vom 15. März d. J., die Bildung der zukünftigen Volksschullehrerinnen von dem Bildungsgange der Lehrerinnen für das höhere Lehramt zu trennen und besonderen Seminaren zuzuwenden. Aus ähnlichen Gründen erscheint auch dem Berliner Lehrerverein eine organische Verbindung der Lehrerbildung mit den höheren Unterrichtsanstalten für die männliche Jugend dringend geboten.

Endlich fordert der Berliner Lehrerverein bei dieser Gelegenheit wiederum die Zulassung der Seminarabiturienten zum Universitätsstudium, wie sie in anderen deutschen Bundes-

staaten beliebt und für die Abiturientinnen des höheren Lehrerinnen-Seminars in Preußen aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst zu erwarten ist.

In der Debatte erklärte sich Hr. L. Wandt, die Vorsitzende des Vereins Berliner Volksschullehrerinnen, mit den Ausführungen des Referenten und den Zeitsätzen einverstanden.

Wegen einer Gasexplosion wurde am Montag die Feuerwehrt nach der Georgenkirche 2 alarmiert. Dort, in der 101. Gemeindegasse, war in einer kleinen Radube die sogenannte Kugelbewegung an einer Gaslampe undicht geworden. Statt die Gasleitung zu schließen und zu lästern, betrat der Schuldner Wilhelm Heide die Radube mit Licht. Beim Abzünden entzündete sich das ausgeströmte Gas, wobei Heide Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitt, die ihm dann auf der Unfallstation in der Reibestraße verbunden wurden. Holzbohlen und Papier, die in Brand geraten waren, konnten schnell gelöscht werden. Durch Absperrn der Gasleitung wurde dann jede weitere Gefahr beseitigt. Der Unterricht erlitt keine Unterbrechung.

Der Wasserfall im Viktoriapark am Kreuzberg hat am 1. Mai seine Tätigkeit, die bis zum 15. Oktober währt, wieder aufgenommen. Um 9 Uhr vormittags begannen die rauschenden Fluten von der Höhe durch die mit grünen Sträuchern bewachsene Felsenrinne in das Sammelbassin an der Kreuzbergstraße im Zuge der Grogros-Straße sich zu ergießen. An jedem Mittwoch und Sonnabend abend findet fortan buntpurpurne Beleuchtung des Wasserfalls durch zahlreiche elektrische Scheinwerfer statt.

Der Stadtverordnetenversammlung Berlin ist die schon angekündigte Magistratsvorlage über die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten in den Berliner Krankenanstalten zum 1. Juli d. J. zugegangen. Einheimische Kranke sollen von diesem Zeitpunkt ab 3 M. und auswärtige 3 1/2 M. zahlen. Für Kranke, die nicht in Berlin wohnen und deren Wohngemeinde für Berliner Kranke höhere Sätze, als die vorstehenden, berechnet, soll ein gleich hoher Betrag erhoben werden.

Ein eifriger Genosse ist in der Person des Schriftsetzers Fritz Wutkenow verstorben. Genosse Wutkenow gehörte zu jenen Genossen, die still und emsig sich der so mühseligen, aber doch notwendigen, die Erfolge der Partei verbürgenden Kleinarbeit widmeten. Nicht auf äußere Anerkennung hoffend, war der Verstorbene immer auf dem Posten, wenn die Partei rief. Seit dem Jahre 1900 bekleidete er in der Schönhauser Vorstadt den Posten eines Bezirksführers und war als Obmann der Schiedskommission Mitglied des Vorstandes im Wahlverein für den letzten Wahlkreis. Auch in seiner Gewerkschaft, dem Verbands deutscher Buchdrucker, tat er seine Schlichtigkeit. Lange Jahre vertrat er als Obmann des Arbeiterausschusses der Buchdruckerei Hermann die Interessen seiner Kollegen und gehörte seit einiger Zeit auch dem Vorstande des Bundes Berlin an. Alle seine Kollegen, wie die Genossen, die den Verstorbenen kannten, werden ihm sicher ein gutes Andenken bewahren. Die Beerdigung erfolgt heute nachmittag 4 1/2 Uhr auf dem Gemeindefriedhofe in Friedrichsfelde.

Unfall des Militärfluggeschiffes „Groß II.“ Das Militärfluggeschiff „Groß II.“ unternahm gestern vormittag um 1/10 Uhr seinen vierten Probeflug. Die Führung hatte Major Sperling und Oberingenieur Valenach. Ferner nahm an der Fahrt ein Marineobersteuermann teil, der die Leitern des Luftschiffes zu bedienen hatte. Der Wind hatte anfangs eine Stärke von 3-4 Metern und frische später etwas auf. Das Luftschiff fuhr gegen den Wind in der Richtung nach Brandenburg und erzielte eine ansehnliche Schnelligkeit. Nach einer Stunde kehrte es zum Tegeler Schießplatz zurück, machte einige Drehungen und trat dann noch eine zweite Fahrt an. Es fuhr wieder gegen den Wind und kehrte gegen 1/12 Uhr zurück. Als es in einer großen Spirale mit Hilfe der Höhensteuerung landen wollte, stieß es, ehe die Haltestelle erreicht werden konnte, gegen den hohen Signalmastfort, der auf dem Tegeler Schießplatz wegen des Schießens hochgezogen war. Der Mast brach entzwei und der Mast-

Aus dem Berliner Polizeisumpf.

Opfer des Korruptionssfonds.

Wir schließen den vorigen Artikel: „Der Polizei eine Lehre zu geben, hiehe selbstverständlich, ein untaugliches Objekt bearbeiten. So lange die politische Geheimpolizei besteht, wird sie derartige Blüten treiben. Wir sind in Preußen-Deutschland schon bald so weit gekommen, daß die Vorbereitungen und Beschlüsse zu „unvorhergesehenen“ Rauschen und Gesetzesübertretungen nur die Polizei kennen kann.“

Und das war wahrlich nicht zudiel gesagt: Ein Pesthauch der Korruption verbreitet sich von der Stätte der Tätigkeit unserer politischen Polizei. Selbst bürgerliche Kreise können sich eines gelinden Abscheues gegen diese Institution nicht erwehren und mit süßlicher Miene wird der Korruptionssfonds (der sogenannte Geheimfonds), von den bürgerlichen Elementen des preussischen Landtages bewilligt. Die politische Polizei aber will leben und deshalb muß sie Berichte bringen und zwar solche Berichte, die ihre Notwendigkeit erweisen sollen. Selbst aber Beobachtungen des politischen Lebens anzustellen, dazu fehlt den nach dort verschlagenen Elementen die Fähigkeit und so suchen sie irgend jemand zu gewinnen, der ehrlos genug ist, zum Verräter an seiner Klasse zu werden. Die Folgen unserer „göttlichen Weltordnung“ treiben ihnen leider die Opfer zu. So gewann der

Kriminalbeamte Wilhelm Schlaß, der erst Mitglied des 8. Wahlkreises war und später seine Tätigkeit bei den Jugendlichen entfaltete, bis er auch hier schlechte Erfahrungen machte, den

Hutmacher Otto Streich und so machte sich der kürzlich von uns gefemmelnete Kriminalbeamte August Malick, Mirdachstr. 72 den

Lithographen Georg Haberkern, Rodenbergstr. 40 dienstbar.

Mit teuflischer Godeheit werden Leute schwachen Charakters, die in schlechten, wirtschaftlichen Verhältnissen leben, zu verlocken gesucht. Und immer ist es dasselbe schmutzige Mittel. Voll kaltberechnender Tücke wie die biblische Schlange, nähert man sich dem ausgehungerten Opfer, um ihm das Gift der moralischen Verlotterung einzuträufeln zu können.

Immer wieder wird versichert, daß man ja keine eigentlichen Denunziationen will, sondern daß die Berichte nur zur Information dienen sollen. Hat sich der Schwächling kaufen lassen, so beweist man ihm bald grinsend, daß er seine Seele dem Teufel vermach hat. Dann hilft kein Wehklagen, kein reumütiges Aufbäumen gegen die ihm zugemutete Schmach, er muß berichten, auch wenn er damit seine Klassenossen und Gefangnis liefert.

So war's und so wird es sein, solange eine politische Geheim-polizei existiert. Wir haben heute ein Beispiel zu erzählen, nicht besser, nicht schlechter, wie es immer war.

Nachdem der Kriminalbeamte August Malick seine Rolle als Bezirksführer des sechsten Kreises ausgespielt hatte, versuchte er im Januar dieses Jahres mit dem

Bezirksführer Georg Haberkern

Pflicht zu erlangen. Er begann, wie alle seine Kumpane: Erst ein das Gewissen einschläferndes Zureden, dann Freibier und Zigarren, dann einige Mark Entschädigung. Und nur sachliche Berichte wollte er haben, keine schmutzigen Denunziationen der anderen Parteifunktionäre. Es wäre ja auch nicht schlimm; niemand erfahre etwas davon und es gäbe viele, die dieses fundschäftliche Gewerbe schon jahrelang äbten. 40 bis 50 M. Entschädigung zählte er monatlich als Judaslohn, und wenn etwas Besonderes sich ereignete, zahlte er einen besonderen „Ehrenlohn“. So erhielt Haberkern auch einmal ein Paar alte Stiefel als Extragratiifikation.

Haberkern war längere Zeit arbeitslos. Er gab den Redaktionen des Versuches nach und verlor damit leichtsinnigweise seine Ehre als rechtschaffener Arbeiter. Er erhielt er sofort. Dann aber mußte er Berichte liefern. Beim zweiten Bericht erhielt er wieder 4 M. und 1 M. Fahrgehalt. Aber prompt wurden diese 10 M. bei der ersten Monatsrate des Judaslohnes abgezogen. Bei der Entlohnung des Kriminalbeamten Rehberg erlah Haberkern, daß die Polizei bereit ist, ihren Subjekten 60 M. pro Monat zu zahlen. Seine Gahgier erwachte und das Gewissen, eingeschläfert durch seinen Umgang, belästete ihn nicht mehr, so wollte er aus seiner Schande heraus schlagen, was möglich war. Er empörte sich gegen die „jüdischen Maximen“ der preussischen Polizeibeamten, wie er seinem Freunde Malick gegenüber sich milde ausdrückte und verlangte ebenfalls 60 M. monatlich. Er sollte auch den betreffenden Kriminalkommissar kennen lernen, indes nach dieser Mahnung nahm Malick hiervon Abstand, Haberkern aber erhielt seine 20 M. monatlichen Zuschuß.

Deutlicher verlangte der Kriminalkommissar Malick nun Berichte, namentlich über alle Zahlhabende, Abteilungs-sitzungen, Kreiskonferenzen und Generalversammlungen. Unter dem Pseudonym „Talent“ äußerte er brieflich seine Wünsche. So wollte er die Flugblätter, das Material zur Arbeitlosen-zählung usw. vor der Verbreitung haben.

Am 10. Februar schrieb er an Haberkern: „Brief erhalten, Kommissar mit dem Kreiskonferenzbericht sehr zufrieden, bitte weiter so, bitte Mitteilungsbillett nicht vergessen. Ein Brief wird aus Steglitz folgen als Beweismittel. Vesten Dank. A. H.“

Dann erkundigte er sich, was die 6 Versammlungen bedeuten sollen, von denen Haberkern in seinem vorigen Bericht sprach. (Gemeint sind die 6 Frauenversammlungen am 10. Februar.) Und namentlich interessiert ihn die für den Bestand des preussischen Staates sehr wichtige Frage: „Ueber welches Thema soll referiert werden? Hat das mit dem 18. März zu tun?“ Dann aber wandte „Talent“ Malick seine Aufmerksamkeit der Generalversammlung des 6. Kreises zu. Nach den Gepflogenheiten des Alexanderplatzes sandte er seinem Kumpanen am 17. Februar per Post ein Schema folgenden Inhalts:

„Beim Vorstandsbericht angeben die Zahl der z. B. best. Mitglieder. Wieviel gestrichen wegen Nichtzahlung von Beiträgen? Wieviel referieren noch länger als 3 Monate und nicht gestrichen sind? Wieviel sind bei den Frauen usw. Beim Kassenbericht angeben: Einnahme, Ausgabe, Bestand. Liegen gedruckte Berichte vor, dann einen besorgen. Wie ist die Angelegenheit von Reich verlaufen? Ist mein Name genannt? Die Redner mit Namen aufzählen. Sind Ausschüsse erfolgt?“

Die Namen und Wohnung derselben und den Grund. Sonst alles der Reihe nach anführen und etwas erläutern. Vorstandsbericht, Kassenbericht, Bericht der Referenten, die neuen Vorstandsmitglieder, neue Abteilungs-führer und -führerinnen, wenn möglich, auch die Wohnung angeben. Eingehenden Bericht über die Entschädigung der Funktionäre und die Dedung der Entschädigung. Ob sämtliche Funktionäre und die Vorstandsmitglieder gleichmäßig für jede Sitzung entschädigt werden, oder erhalten letztere eine höhere Entschädigung? Eingehenden Bericht über die Fiedlersche Ausschlagangelegenheit. Fiedler hat Dobrowlaw verliagt, ist hierüber etwas bekannt gegeben?“

Verstärklich, daß Malick am 17. Februar schon den Prozeß kannte.

Für den 19. Februar setzte er eine Zusammenkunft nach dem „Casé Norden“ an, verlangte die Ausführungsbestimmungen des VI. Kreises und beställigte den Empfang des Berichtes der Abteilungs-sitzung vom 10. Februar. Und so geht es fort in altgewohnter Weise.

Ueber den Bericht von der Generalversammlung schreibt er:

„L. W. Habe Ver. erhalten. Hast ganz leidlich aufgepaßt in der Ver. Ich habe mich über D. (Dobrowlaw) gewundert. Vesten Dank vorläufig. Sei so freundlich und schicke mir eine Quittung über 15 Mark. Ich erwarte morgen den Brief. Sonst alles in bester Ordnung. Vesten Gruß Talent. Aus Schubert unterschreiben, gewöhnlicher Brief.“

Und was alle Welt weiß, für ihn bedarf es erst eines Berichtes, daß die Sozialdemokratie feilschlagfertig dolosht. So fragt er an:

„Ich habe in einer Zeitungsnotiz gelesen, daß die Partei vollständig vorbereitet ist auf eventuelle Landtagswahl, der eventuell zu kassierenden vier Mandate. Ist Dir hierüber etwas bekannt? Sei so gut und schicke mir mal Bericht über die am vorigen Mittwoch stattgefundene Schiedsgerichtssitzung. Gruß Talent.“

Diese Schiedsgerichtssitzung betrifft die Anschuldigungen gegen den Genossen Dobrowlaw. Und Haberkern hat gewiß ganz im Sinne seines Auftraggebers die gefälligsten Anwürfe gegen D. erhoben. Ob er auch dafür eine Extragratiifikation erhielt?

Sehr anerkennend sprach sich Malick „Talent“ über unser Mitteilungsbillett aus, indem er an seinen Untergebenen schrieb: „Ueber-sende Dir das Mitteilungsbillett zurück. Sei aber so freundlich und schicke mir es nach dem Zahlabend wieder zu, stehen ganz interessante Mitteilungen drin.“

Nachdem Haberkern Beweise für seine Qualifikation als polizeilicher Futterträger geliefert hatte, wurde er für fähig erachtet, die Rolle eines preussischen Polizeibeamten zu übernehmen. Er wurde zur geheimen Heberziehung der Versammlung am 18. März anberufen, was aus folgendem Brief hervorgeht:

„L. W. Du sollst so freundlich sein und heute abend bei Kndt, Velfortstr. 15, zur Versammlung gehen und Bericht erstatten. Es kommt darauf an:

- Beginn der Versammlung,
Zahl der Besucher (Männer, Frauen),
Referent,
Beiter der Versammlung.

Handwritten signature or mark.

Kord stürzte herunter. Das Luftschiff kam bei dem Kentonter ohne Verletzung davon und konnte eine Viertelstunde später glücklich landen.

Selbstmord eines Arztes. Durch das Öffnen der Pulsadern hat sich gestern in seiner Wohnung in der Grunowstr. 19 der 30jährige Arzt Dr. Heusner den Tod gegeben. Dr. Heusner war unverheiratet. Neben seiner Privatpraxis war er im Urban-Krankenhaus tätig und wurde oft zu Abdunklungen von Leichen hinzugezogen. In letzter Zeit zeigte er ein etwas gedrücktes Wesen, ohne daß seine Bekannten eine Erklärung dafür zu geben wußten. Als er gegen seine sonstige Gewohnheit gestern unsichtbar blieb und auch nicht im Krankenhaus erschien, schöpfte man Verdacht. Da trotz allen Klängelns die Wohnung nicht geöffnet wurde, holte man einen Schlosser, der die Tür gewaltsam öffnete. Dr. Heusner wurde in seinem Schlafzimmer in einer großen Blutlache aufgefunden. Mehrere Ärzte aus dem Urban-Krankenhaus konnten nur noch den Tod ihres Kollegen feststellen. Die Leiche wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Dr. Heusner hat mehrere Briefe an Verwandte hinterlassen, die inzwischen der Post zur Beförderung übergeben wurden.

Kassensraub in Pichelsberge. Ein Hausdiener, der am letzten Freitagabend unter dem Namen Wilhelm Donnig eine Stelle im Restaurant Kaisergarten in Pichelsberge antrat und am Tage darauf nach einem Einbruch in die Geschäftskasse auf der Flucht den Wäffeltier Glabemann von der „Neuen Welt“ in Spandau schmerzverlehte, ist verhaftet worden. Es ist ein 18 Jahre alter Buchhalter Walter Schwarz aus Gröden bei Weisenfels in Sachsen.

Fahrradmarer treiben in Berlin und Vororten fortgesetzt ihr Unwesen. Am 1. Mai mittags wurde aus dem Haus für den Hanses Hirtensstraße 22 ein Fahrrad aus dem Fahrradhaus „Frisch Auf“ gestohlen. An der Lenkstange ist die Firma „Produktiv- u. Einkaufs-Gesellschaft der Berl. Arb.-Radf.-B. II Vorort II“ angebracht. Lenkstange nach oben gebogen, Gummipedale, 1/30 Mill. Felgen und Räder. Nr. 5659 (nicht 2659).

Im Apollo-Theater ist wieder der Komiker Hartstein eingelehrt, der bereits vor zwei Jahren an dieser Stelle durch seinen goldigen Humor das Publikum hinriß. Auch diesmal berührt Hartstein, der in einem von ihm selbst geschriebenen Stück: „Er oder Er“ auftritt, seine Wirkung nicht.

Das Casino-Theater hat in sein Maiprogramm Oskar Walters und Leo Steins zugkräftigen Schwan „Das Opferlam“ aufgenommen. Das an komischen Verwirrungen überreiche Stück gefiel ungemein, was bei dem vorzüglichen Zusammenspiel des Ensembles auch gar nicht verwundern konnte. Von den Darstellern glänzten besonders Direktor Hans Berg (Professor Griebenow), Adolf Zimmermann (Holzhändler Lehmann), Gerit Dinger (Frau Griebenow) und Emilie Lübke (Kunstfreierin Wanda Bilinski). — Dem Theaterstück ging ein „Dunter Teil“ voraus. Auch von diesem läßt sich nur das Beste sagen. Robert Neumann brachte als beliebter Humorist wieder ein paar prächtige Schläger; in der Soubrette Lina Gold besitzt das Theater eine Kraft, die man als vollwertiges weibliches Gegenstück zu Neumann bezeichnen kann. The Champtinis „Alte Weibermühle“ und Brocks u. Cochs komischer Mordleutnant fanden reichen Beifall. Auch die Geschmeidigkeit und Gewandtheit, mit der Ellen Ella die schwierigen Picares ihres akrobatischen Aktes produzierte, verdienen eine anerkennende Erwähnung.

Kadrennen in Zehlendorf. „Die Zehlendorf“ — „die Steglitz“ lautete die Parole des Berliner Publikums in seiner Stellungnahme zum „Kampf ums Recht“, den die Rennfahrer führen, gegen den „Kampf um die Macht“, den Herrenstandpunkt der Rennbahnbesitzer. Der weitaus größte Teil der Besucher von Kadrennen steht auf Seiten der „ausgeperrten“ Fahrer und erteilte durch ihr Fernbleiben von den gleichfalls in Steglitz stattfindenden Rennen Herrn Knorr eine neue, derbe Lektion. Der Besuch in Zehlendorf war ein sehr guter, leider wurde die Geduld des Publikums durch die Ungunst des Wetters auf eine harte Probe gestellt und

Thema, wichtigsten Ausführungen, Diskussionsredner und kurze Ausführungen, Schluß der Versammlung, Ob Anwesenden stattgefunden, Was für Broschüren und Photographien dort verkauft durch Händler. Und sonst Bemerkenswertes. Bericht durch Kehrpost.

Haberlern konnte an der Versammlung nicht teilnehmen, entschuldigte sich und erhielt darauf folgenden Brief:

„Deinen Brief erhalten, ich habe es mir schon gedacht und auch schon beizeiten vorgebeugt, indem ich sagte, daß Du gewerkschaftsüber. hast. Es hat auch weiter nichts geschadet. Es waren nur Beamte knopp und so solltest Du einspringen. Die Hauptsache ist, daß ich mich auf den Generalvers. Bericht genau verlassen darf. Ich habe nächste Woche Umgang. Jedenfalls werdei Ihr wohl diese Woche nochmal Sitzung haben, so sei so freundlich und besorge die Kasikarte.“

Durch einen „Zusatz“ war der Polizei bekannt geworden, daß etliche Kasikarten zur Generalversammlung von Groß-Berlin gekennzeichnet waren. Man beschränkte auf dem Alexanderplatz die Feststellung, von wem jeder Besucher die Karte erhalten hat. Aus naheliegenden Gründen war infolge dessen den Beamten verboten, dorthin zu gehen. Doch, kann der Satan nicht gehen, so schick er seinen Hausknecht. Und so wurden die Ausgehaltene des Berliner Polizeikumpfes in die Generalversammlung zur Berichtserstattung dirigiert und sie wiperten und zickelten in den Gängen und Galerien; galt's doch, den Bericht lohnend zu gestalten. Leider entging ihnen der so sehnsüchtig erwartete fetter Bissen.

Aus ähnlichen Gründen, wie bei der Verbandsgeneralversammlung, sollten an der Versammlung am 4. April, in welcher Genosse Rosenfeld der politischen Geheimpolizei ihr getreues Kontorstell entgegengesetzt, Beamte nicht teilnehmen. Man beschränkte offenbar, daß die Räte ins Gesicht steigen würde und sie sich dadurch kennlich machen würden. Nach unseren Erfahrungen eine unnütze Sorge. Und so schrieb Malik an Haberlern (und Malids Kollegen an ihre Untergebenen im ähnlichen Sinne):

„L. G. Brief erhalten. Sei so freundlich und gehe morgen mittag 12 Uhr nach der Versammlung. Du mußt darüber berichten. Du wollest ja so wie so hingehen. Merke Dir nur die Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner. Aber ich glaube, Diskussion wird wohl nicht stattfinden. ... Geld werde ich Dir auch in meiner Wohnung geben.“

Hier genügt also nicht mehr ein sachlicher Bericht. Malik glaubte sich seines Opfers bereits so sicher, daß er ihm die künftige Demütigung der Redner anbesah. Hatte er doch Haberlern eine Vertragskassation versprochen, wenn er bei seinem Verkehr mit den Parteigenossen herauszukommen könnte. Auf eine „Lage“ dürfte es dabei nicht ankommen, diese Auslagen werden wieder ersetzt.

Am 10. April schrieb Talent Malik: „L. G. Vielleicht bist Du so freundlich und kommst morgen, den ersten Feiertag, im Laufe des Vormittags mal nach meiner Wohnung. Sollte es Dir nicht möglich sein, denn nachm. um 5 Uhr. Ich habe Geld für Dich. Solltest Du schon im Besitz von Material sein, so bringe ein Teilungsblatt und eine Zehnmarken- sowie eine 0,30 M.-Marke mit.“

Nach dem Geständnis des Haberlern hat es mit den gewünschten Marken folgende Bewandnis: „Talent“ Malik, der sich im letzten Kreise August Miszke nannte, besah noch

das reichhaltige Programm erteilt bedeutende Abstriche. Ein um 1/2 Uhr herniedergehender bestiger Regen zwang zur Unterbrechung der Rennen und erst nach 6 1/2 Uhr konnten dieselben fortgesetzt werden. Die Hauptnummer, der „Preis des Deutschen Rennfahrers-Verbandes“, wurde von 75 Kilometer auf 50 Kilometer abgekürzt. Das Rennen verlief äußerst spannend und zeitigte schöne Kämpfe der einzelnen Teilnehmer untereinander und endete mit einem überlegenen Siege des Schweizer Fr. Hoyer vor Stol, Hall und Kobl. — Stol, der von Beginn die Führung hatte, holt bald Kobl, und Hoyer folgt diesem Beispiel. Alle vier Fahrer liegen nun dicht hintereinander, in der 24. Runde schwimmt Stol und Hoyer übernimmt die Spitze, die er siegreich bis zum Schluß behauptet. Alle Versuche von Stol und später von Hall, den Führenden zu passieren, sind erfolglos. Auch Kobl legt lange Zeit den Angriffen Widerstand entgegen, doch nach der 35. Runde war es mit ihm vorbei. Stol und Hall liefern sich harte Kämpfe und erleidet Hall kurz vor Schluß Radschaden und auch Stol fällt zwei Runden zurück. — Die Siegerrennen waren sehr interessant und boten schöne Kämpfe. Im Hauptfahren errang B. Arnd einen ganz knappen Sieg vor Süßmilch, Peter und Kurzmeier, während Stabe und Carapezzat unplanlich endeten. Auch im Tandemrennen wurde der Endkampf heiß bestritten von Rudela-Peter gegen Tschner-Kurzmeier und Döbler-Müller.

Das Steglitzer Rennen wurde des schlechten Wetters wegen nicht abgehalten. Das Publikum bekam sein Geld zurück. Die Streitigkeiten zwischen den Rennfahrern und dem Verband der Kadrennbahnen sind in einer am Sonnabend stattgehabten Generalversammlung des letzteren zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt worden. Der Verband hat von der Disqualifikation der Fahrer Arnd, Tschne, Rudela, Peter, Stabe und Stellbrink sowie Kobl abgesehen; dagegen zahlen diese insgesamt eine einmalige Buße von 500 M., die der Unterstützungs-kasse des Verbandes deutscher Kadrennbahnen überwiesen wird. Kobl, dem die Erlaubnis zum Fahren verweigert war, zahlt 200 M. Strafe und erhält die Lizenz. In Sachen Waders, dessen Disqualifikation auf drei Monate die Ursache des Streites war, wird ein Schiedsgericht entscheiden.

Bei der Maifeier am Sonnabend sind in einigen Lokalen verschiedene Gegenstände teils verloren, teils gefunden worden. Im dritten Kreise, der seine Feier in der Neuen Welt abhielt, sind die gefundenen Sachen bei A. Pohl, Raumstr. 30, abzugeben, während ein Schirm abzugeben ist vom Bureau Stralauerplatz 1/2 (Maifeier Sanssouci), und bei Mich. Feldmarstr. 8. Eine bei der Maifeier in der Kronenbrauerei gefundene Domenuhr wollte die Verliererin bei Fröhlich, Wittfelder Str. 23, in Empfang nehmen.

Berliner Adreßbuch. Der zweite Nachtrag zum Jahrgang 1909 ist heute erschienen und gelangt von heute ab zur Ausgabe. Derselbe enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Wohnungsänderungen, Geschäftseröffnungen und Geschäftsverlegungen, Zugänge, Verichtigungen usw. Außer dem vollständigen Inhalt des ersten Nachtrags sind insbesondere die Ergebnisse des April-Umganges und die jetzt schon feststehenden, im Laufe des Jahres stattfindenden Wohnungs- und sonstigen Veränderungen eingehend berücksichtigt. Auch dieser zweite Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adreßbuchs in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW., Zimmerstr. 30-41, und in dessen sämtlichen Filialexpeditionen bis Ende Mai d. J. unentgeltlich verabfolgt.

Vorort-Nachrichten.

Ueber die Maifeier

liegen noch eine Anzahl erst am gestrigen Tage eingelaufene Berichte aus den Vororten vor, aus denen hervorgeht, daß die Feier einen ungestörten und würdigen Verlauf genommen hat.

Nur in Spandau schien es die Polizei für nötig zu halten, umfassende Maßnahmen gegen die demonstrierenden Arbeiter zu treffen.

auf einen anderen Namen ein Mitgliedsbuch des vierten Wahlkreises. Solange er nun Bezirksführer war, lebte er aus seinem Markenbestande dieses Buch. Da dasselbe im vierten Kreise längst verfallen war (in der Absicht, so jede Nachforschung nach dem Inhaber des Buches unmöglich zu machen), verschaffte er sich auf diesem, bei seinen Kollegen nicht mehr ungewöhnlichen Wege, die Marken und zum Abstempeln der Marken soll er, oder seine Kollegen, einen Stempel des vierten Kreises besigen. Den Namen, auf den das Buch ausgestellt war, zeigte er selbstverständlich nicht, da er naturgemäß Leute seines Umganges jedes Verrates für fähig hielt.

Zu welchen Mitteln Malik in Uebereinstimmung mit Haberlern griff, um seine Entlarbung möglichst zu erschweren, zeigt, daß er in seinem Bezirksführer-Buch eine falsche Mitgliedsnummer eintrug. Seine Nummer ist 33 387, er gab aber an die Nummer 36 587. Diese Nummer führt der Reisende Guse, Deusselstraße 57.

Bei Haberlern (nicht etwa bei Talent-Malik) regte sich nun das, was von seinem Gewissen noch übrig war. Er befürchtete, seines ehelichen Gewerbes überführt zu werden, und schrieb in diesem Sinne auch an seinen Verfäher Malik. Dieser aber beruhigte den Furchtsamen. Er hätte alles so talentvoll eingerichtet, daß ihnen niemand etwas anhaben könne. Da Malik aber durch seinen früheren Schlafkollegen (einen Postsekretär) erfahren hatte, daß man sich in seinen früheren Schlafstellen in der Lette- und Robenbergstraße nach ihm erkundigt hatte, riet er selbst zur größten Vorsicht. Jedes persönliche Zusammentreffen sollte vorläufig ausbleiben und der Verkehr nur noch auf schriftlichem Wege aufrechterhalten werden. Trotzdem er das Damoklesschwert der Enttarnung schon über sich schweben sah, er suchte er noch dringend um Verichte und Maifeierbillets. Er wollte eben doch noch herauskriechen, was möglich war.

Dann aber kam der Zusammenbruch. Bei der Entlarbung des Polizeibeamten August Malik wurde es dem Genossen zur Gewißheit, daß sich der

Lithograph Georg Haberlern von ihm habe kaufen lassen. Einige Parteigenossen stellten Haberlern und sagten ihm seine Tat auf den Kopf zu. Er gestand. Damit ist er aus den Reihen derjenigen gestrichen, die sich als Klassenbewußte Arbeiter fühlten und ihre Ehre als das höchste Gut betrachteten.

Rachstehend führen wie in Originalschrift unseren Lesern einige mit falscher Unterschrift versehene Quittungen vor, wie sie Talent-Malik als Muster vorschrieb.

30, 00 Mk

In Worten Zwiesing habe ich inf. für die Marke Labraner und hier für 1000, wovulafa Klougriffen richtig gegofft wofulden.

Berlin, den 4. April 1909.

Schubert

An manchen Stellen konnten richtige Schützmannslecken beobachtet werden. Namentlich als sich ein Zug von etwa 400 Teilnehmern um 8 1/2 Uhr vom Wöhleichen-Lokal nach der Breitestraße zu bewegte. Hier versperrte die Polizei den Zugang zum Rathaus beziehungsweise Marktplatz. Dann teilte sich der Demonstrationzug noch einmal an der Ecke der Breite- und Charlottenstraße. Am Lindenufer fanden sich jedoch die Teilnehmer wieder zusammen, um zu ihrem Ziele nach dem „Alten Freund“ in Pichelswerder zu gelangen.

Rigdorf.

Die Geprellten. Wie kurzfristig die Vertreter der Mittelstandsparteien am 17. Dezember 1908 gehandelt haben, als sie sich vor den Karren der Wahlrechtsräuber spannen ließen, muß auch für sie jetzt klar zutage liegen. Das von den Bürgerlichen einstimmig beschlossene Ortsstatut, wonach für die Zugehörigkeit zur zweiten Wählerklasse ein den Durchschnittsteuerbetrag um die Hälfte desselben übersteigender Betrag festgesetzt wurde, hatte zur Folge, daß sich die unterste Grenze der zweiten Wählerabteilung von circa 78 M. gegenwärtig auf rund 120 M. verschob. Wie sich jetzt herausstellt, ist diese Rechnung noch viel zu „volksfreundlich“. In Wirklichkeit gestalten sich die Dinge noch weit ungünstiger, wenn das Ortsstatut vom Bezirksausschuß genehmigt wird. Aus dem eben beschlossenen Etat geht nach erfolgter amtlicher Drucklegung hervor, daß die Gesamtsumme der Einkommensteuer sich um etwa 250 000 M. erhöht, während dagegen die Gemeindegrundsteuer infolge der Erhöhung des Steuerfußes von 2,90 pro Tausend auf 6 pro Tausend für unbaute Grundstücke einen Mehrbetrag von rund 500 000 M. erbringt. Hierdurch verlängern die besitzenden Klassen — dank des Dreiklassenwahlrechts — ein noch größeres Uebergewicht wie sie es bisher ohnehin schon hatten. Denn jetzt tritt eine weitere Erhöhung der untersten Steuer-grenze der zweiten Wählerabteilung ein, so daß man nunmehr unter Zugrundelegung des beschlossenen Ortsstatuts mindestens 150 M. an Steuern wird bezahlen müssen, um in der zweiten Klasse wählen zu können. Daß das bei den Beamten, Handwerkern und Kaufleuten eine außerordentliche Seltenheit ist, wissen diese wohl am besten. Soweit diese Mittelschichten noch nicht erlannt haben, daß sie ihrer wirtschaftlichen Stellung nach zur Sozialdemokratie gehören und in dieser ihre Vertretung erblicken, werden sie jetzt bei Kommunalwahlen geradezu bedeutungslos; sie gehen in der dritten Abteilung unter. Ihre eigenen bürgerlichen Vertreter haben sie völlig rechtlos gemacht. Das sind besonders jene Leute, die sich zu der „Neuen bürgerlichen Vereinigung“ als besondere Fraktion zusammengeschlossen haben, deren Grundlag ist: „Jedem Stande widerfähre Gerechtigkeit, jedoch ordne man Standesinteressen dem Interesse des Ganzen unter“. Wenn die Herren nun behaupten, daß sie nach diesem Grundsatz immer verfahren sind und weiter danach handeln werden, so beweist das in der Wahlrechtsfrage, daß sie bewußt die Interessen der Grundstückspekulanten gefördert, die Interessen ihrer Wähler jedoch schon de verraten haben. Wir lassen es dahingestellt — das mögen die Herren gefälligst selbst beantworten — ob die Förderung der Interessen des selbstischen Grundbesitzes identisch ist mit den Allgemeininteressen.

Eine Frühlingsfeier veranstaltet für die arbeitende Jugend der Jugendausschuß der Arbeiterschaft Rigdorfs am Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Felsch's Gesellschaftshaus, Knefedeckstr. 48/49. Das Programm besteht aus Festvortrag, Kammermusik (Klavier, Violine, Cello), Rezitationen und Sologefang; ein Langkranzchen bildet den Abschluß. Die Gesassen und Genossinnen tun gut, wenn sie die ihren Familien zugehörigen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die künstlerische und stimmungsvolle Feier aufmerksam machen. Eintrittskarten werden umsonst ausgegeben, jedoch nur

Kleinfrey'sche Buchhandlung

20, 00 Mk.

In Worten Zwiesing habe ich inf. für die Marke Labraner und hier für 1000, wovulafa Klougriffen richtig gegofft wofulden.

Berlin, den 3. April 1909

Schubert

Wir haben uns häufig in bitterer Ironie mit der Spigelwirtschaft des Alexanderplatzes beschäftigt und über ihre Erfolge ebenso häufig gespottet. Wir können aber die Macher dieses Systems von einer schweren Verantwortung nicht freisprechen. Dieses schmachvolle Spigeltreiben hat in Deutschland eine Korruption gezeitigt, die das ganze politische Leben Deutschlands zu vergiften droht. Nur der eiserne Disziplin der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß die Agents provocateurs nicht recht Fuß fassen können. Man fragt sich aber: wohin soll es führen, wenn der Verrat in seiner schneidlichsten Form, das heißt zwischen Gleichgestimmten, in tückischer Weise großgezogen wird? Will man denn Akte der Rotweih provozieren? Ist man sich denn nicht klar darüber, wie furchtbar verbitternd es auf diejenigen wirken muß, die begeistert für ihre Ideale eintreten und sehen, daß zwischen ihnen die Drachensaat des Verrats gesät wird, daß die Käuflichkeit um jeden Preis versucht wird? In Gedächtnis und Festreden preist man die Treue und Ehrlichkeit des deutschen Gemüts, in der Praxis aber fördert man den Betrug und Verrat.

Noch eine andere bedenkliche Seite zeigt dieses System, und hier sollten unsere bürgerlichen Parlamentarier doch einmal die Sonde der Kritik ansetzen: Wer bürgt dafür, daß die mit falscher Unterschrift versehenen Quittungen wirklich ausgestellt sind? Hat sich doch im Vedert-Lapow-Prozess gezeigt, daß Kriminalkommissar Tausch mit gefälschten Quittungen operierte. Wir fragen die Vertreter dieses zum Himmel stinkenden Korruptionssystems: Bildet man sich denn wirklich ein, mit derartigen Mitteln die Sozialdemokratie bekämpfen zu können? Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zu empörend wäre!

Wir glauben, daß sich unsere Herrschenden nicht schämten kompromittieren können, als durch die Existenz einer Einrichtungs, die Parteischwächlinge laßt und sie zu Schurken macht. Mit der Zeit muß dieses System in weiten Kreisen eine solche Fülle von Haß und Abscheu erwecken, daß selbst den bürgerlichen Verteidigern vor ihren Schülern graut und ihnen die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Wenn nicht jeder Junke für Keimlichkeit, Ehrlichkeit und Treue in Rat und Tat erfordern ist, der wird mit uns übereinstimmen in dem Wunsche:

Fort mit der politischen Geheimpolizei, diesem schmachbeladenen Herd und Hort der schlimmsten Korruption!

(Fortsetzung folgt.)

borber und zwar bei: Julius Kummel, Kaiser-Friedrich-Straße 86; Frieda Schulte, Riemerstr. 17, III; Wilhelm Schulz, Sanderstraße 12, vorn III; Emil Wuyth, Riemerstr. 15, III.

Sanktwitz.

Ein Baumfall ereignete sich gestern auf dem Bau von Kugelitz in der Marienfelder Straße. Dort stürzte eine Mittelwand ein, wodurch ein Wasserträger schwer und ein Maurer leicht verletzt wurde.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Mittwoch abend 8 Uhr in der Aula der Victoria-Luisen-Schule in der Hahnenstraße eine Sitzung ab. In der acht Punkte umfassenden Tagesordnung ist vor allem die Beratung einer Eingabe des Grundbesitzervereins Galensee, die Einführung der Wertzuwachssteuer betreffend, der öffentlichen Beachtung wert. Ferner kommt die vielerörterte Frage der Unterhaltung der Bürgersteige zur Verhandlung.

Nieder-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung hatte sich nochmals mit der Unterstellung der höheren Mädchenschule unter das Provinzial-Schulkollegium und Annahme der für höhere Mädchenschulen erlassenen allgemeinen Bestimmungen beschäftigt. In einer früheren Sitzung hatte die Vertretung beschlossen, die Schuldeputation solle zunächst feststellen, welche Vorkehrungen darüber zu treffen sind. Die Schuldeputation hat nun erklärt, daß sie nicht wisse, wie die Schule sich in den nächsten Jahren gestalten werde. Stimme die Vertretung ihrem Antrag auf Unterstellung der höheren Mädchenschule unter das Provinzial-Schulkollegium aber nicht zu, so dürfe die Schule nur als „gehobene Mädchenschule“ bezeichnet werden; es sei daher nicht ausgeschlossen, daß dann die Schule eingehen werde, außerdem sei es äußerst schwierig, die disponiblen Lehrkräfte unterzubringen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Schuldeputation angenommen.

Reinickendorf.

In der am Freitag stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung teilte der Bürgermeister zunächst mit, daß der gegen die Stadt Berlin wegen der Unterhaltungspflicht der Oranienburger Chaussee angehängte Prozeß auch in der letzten Instanz zuungunsten der Gemeinde Reinickendorf entschieden worden sei. Die gesamten Prozeßkosten betragen 13 813,75 M., die von der Gemeinde zu zahlen sind. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Beschlußfassung über den eventuellen Beitritt zu dem zu gründenden „Verkehrszweckverband Groß-Berlin“. Die Verhandlungen hierüber schweben bereits über 2 Jahre. Endlich wurde in der am 20. März d. J. im Nieder-Barnimer-Reichshaus tagenden Versammlung von Vertretern der beteiligten Gemeinden eine Vereinbarung getroffen, die nur noch der Zustimmung der beteiligten Gemeindevorstände bedarf. In der Diskussion über das Statut wurde von den verschiedensten Seiten auf diverse Punkte der Statuten hingewiesen, die, zumal für kleinere Gemeinden, recht bedenklicher Natur sind. Von Herrn Schröder wurde daher beantragt, die Beschlußfassung vorläufig auszusetzen, bis Entschlüsse anderer Gemeinden vorliegen. Dieser Antrag wurde von unserem Genossen Kühn und von dem Beisitzer Reichhelm lebhaft bekämpft. Beide betonten die Wichtigkeit der in Aussicht stehenden einheitlichen Regelung des Groß-Berliner Verkehrs und der voraussichtlichen Hebung der jetzt vom Privatkapital ausgeübten Verkehrsmittel. Der Bürgermeister ersuchte ebenfalls nach Würdigung der Einwände den Vertrag möglichst

einstimmig gutzuheißen. Die einstimmige Annahme der Statuten auch seitens der anderen Gemeinden wäre ein einmütiger Protest gegen die Nachschafften der „Großen Berliner Straßenbahn“, aber auch ein Appell an die Berliner Stadtverordneten, nicht kleinlich wegen einzelner Bestimmungen der Statuten den Vertrag scheitern zu lassen. Wenn auch die Stadt Berlin sich einer gehörigen Portion Rechte begeben, so dürfe doch auch nicht verkannt werden, daß die erit in der Entwicklung begriffenen Vororte für alle Zukunft ihr Wohl und Wehe in Verkehrsfragen dem neuen Zweckverbande ausliefern. Die Statuten fanden darauf einstimmige Zustimmung. Die übrigen Punkte beanspruchten weniger Interesse. Wie der Fiskus bei jeder Gelegenheit die Gemeinden zu schröpfen versucht, mußte unsere Gemeinde wieder erleben gelegentlich der Verlegung eines Kanalisationsdruckrohres unter der Ueberführung der Eisenbahn im Zuge der Provinzialstraße. Die Eisenbahn ist die Eigentümerin des entsprechenden Straßenteils und hat hierfür die Unterhaltungspflicht. Da das Straßenniveau sich hier erheblich senkt, sammelt sich an dieser Stelle bei Niederschlägen das Wasser, so daß ein Ableitungsrohr in die Straße verlegt werden mußte. Jeder wird es als selbstverständlich ansehen, daß dies vom Wegeunterhaltungspflichtigen Eigentümer der Straße, also hier vom Eisenbahnfiskus zu geschehen hat, aber weit gefehlt. Die Gemeinde, die bei dem Zustande ja die Nutznießerin ist, wollte die Arbeiten vornehmen und verlangte die Uebertragung des Eigentumsrechtes an der Straße. Das scheiterte jedoch an der außerordentlich hohen Forderung von 9000 M. Schließlich einigte man sich auf eine jährliche Anerkennungsgeld von 5 M. Ob der Staat dabei besser fährt? Zum Vorliegenden des Gemeinderates wurde wiedergebühler der Beisitzer Reichhelm, zum Stellvertreter der Bürgermeister Kühn. Für die Beteiligung an der geplanten Statistik für Groß-Berlin wurden die Mittel bewilligt. Für die am 1. Juli zu errichtende Sparkasse soll ein erfahrener Sekretär eingestellt werden. Schwere Kämpfe mit der bürgerlichen Majorität der Gemeindevorstellung sehen unseren Genossen bevor. Die Gemeinde besitzt glücklicherweise ausgedehnte Ländereien, die allmählich zur Bebauung reif werden. Diese sollen nun, wenn es nach dem Willen einiger Heißhungerer geht, der wildesten Spekulation ausgeliefert werden. Eine vernünftige Gemeindevorstellung, die das Wohl der Gesamtheit will und einen offenen Blick für die sozialen Aufgaben der Zukunft hat, wird sich dem energisch widersetzen. Das haben unsere Genossen des öfteren schon, zuletzt gelegentlich der Staatsberatung, zum Ausdruck gebracht, doch vergebens! Sie haben tauben Ohren geredet. Zur Beratung stand der Antrag des Gemeindevorstandes, betr. Bildung einer feiengliedrigen Kommission zur Verwaltung des Gemeindegrundbesitzes. Vertreten sind in dieser der Gemeindevorstand durch 3, die Gemeindevorstellung durch 4 Mitglieder. Da die von unseren Genossen vorgeschlagenen Kandidaten keine Gnade vor den Augen der bürgerlichen Herren fanden, werden sich diese die Arbeit der Kommission im Plenum um so genauer und gründlicher ansehen müssen.

Notawechsel.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung erfolgte die Einführung des als Vertreter der 2. Abteilung gewählten Schuldirektors Kohl; für den ebenfalls als Vertreter der 2. Abteilung gewählten Vorkaufmann Reichhelm ist merkwürdigerweise die Erlaubnis zur Ausübung dieses Amtes von der Schulbehörde noch nicht eingegangen, so daß dieser Platz noch unbesetzt ist. Die hierauf vorgenommene Ergänzungswahl zu den Kommissionen hatte das Resultat, daß unsere Genossen in allen Kom-

missionen durch ein resp. zwei Mitglieder vertreten sind mit Ausnahme der Gemeindevorstandssitzung, der Kuratoren der höheren Schulen und des Elektrizitäts-Verwaltungsausschusses.

Einem Antrag auf Pflasterung folgender Straßen gab die Vertretung ihre Zustimmung: der Kirchstraße für 6100 M., Kreuzstraße für 9000 M., Verbindung zwischen Luifen- und Mühlenstraße für 3400 M., Havelstraße für 7000 M., des Fußweges in der Großen Beerstraße für 13 200 M., von den Gesamtkosten hat die Gemeinde 19 850 M. zu tragen, der Rest wird von den Anliegern erhoben.

Beschlossen wurde der Ankauf des Grundstücks von Heller Erben, Wilhelmstraße 100, zum Preise von 32 000 M., um durch den Ausbau des Hellerischen Weges zu einer 10 Meter breiten Straße eine bessere Verbindung zwischen Mühlen- und Luifenstraße mit der Wilhelmstraße, die zurzeit nur durch die Neue Straße vorhanden ist, zu schaffen. Das zum Ausbau der Straße nicht gebrauchte Restgrundstück soll parzelliert und eventuell später veräußert werden.

Der Antrag auf Ankauf des dem Straßen- und Friedhofsinsektor Nauf gehörigen Gartengrundstücks Goethestraße 35-37 zum Preise von 30 000 M., inklusive allem darauf befindlichen lebenden und toten Inventar zeitigte eine längere Debatte. Herr Nauf war früher Friedhofsgärtner, er hat sich bei seiner Anstellung als Kommunalbeamter verpflichtet, seine Gärtnerei aufzugeben, jedoch bis jetzt angeblich keinen zahlungsfähigen Käufer gefunden, so daß er das Grundstück nunmehr der Gemeinde anbietet. Genosse Grub empfiehlt namens der Friedhofs- und Wegekommission den Ankauf, da der Preis ein angemessener sei und sich das Grundstück sehr gut für eine Friedhofs- und Gemeindegärtnerei eigne. Die Kosten für das Grundstück könnten dadurch aufgebracht werden, daß die Gemeinde die Dekorationen bei Beisetzungen und ähnliche Verzierungen auf dem Friedhof in eigener Regie übernehme; auch die Anlegung von Schmuckplätzen und Schulgärten mache die Errichtung einer eigenen Gärtnerei notwendig. Von den Herren Schneider, Quappe und Bieltze werden Zweifel über die Notwendigkeit der Erwerbung des Grundstücks und dessen Rentabilität geäußert. Herr Schneider stellte den Antrag, die Angelegenheit zu vertagen und erst die Ansicht eines Sachmannes über den Wert des Objektes zu hören. Dem wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Nachdem noch Genosse Neumann für den Ankauf des Grundstücks eingetreten, wurde der Antrag Schneider abgelehnt und der Ankauf des Grundstücks mit geringer Mehrheit beschlossen.

Hierauf erstattete der Bürgermeister den Bericht der Kommission für die Vorbereitung eines Schulhausneubaus. Er betonte: Die Kommission habe sich davon überzeugt, daß der Bau einer 21klassigen Gemeindegemeinschaftsschule sich nicht billiger stellen würde als der Neubau eines Gymnasialgebäudes, sie empfehle daher Ausführung des letztgenannten Projektes. Beim Neubau des letzteren an der Ecke Nord- und der neu anzulegenden Straße Q würde das Doppelschulhaus als Gemeindegemeinschaftsschule mit 24 Klassen erhalten bleiben. Die Kommission sei damit einverstanden, daß von Veräußerung fremder Schulhäuser einstweilen abgesehen wird, daß der im Gemeindegemeinschaftsschulhaus nach den bestehenden Vorschriften ausgearbeitete Entwurf, der die erforderlichen Nebenräume, Aula und Turnhalle vorzuseh, mit einer Änderung dahin, daß letztere im Obergeschosse und darunter zwei weitere Referenzklassen vorgezogen werden, nach Zustimmung durch die Gemeindevorstellung der Regierung bezw. dem Provinzial-Schulkollegium zur Begutachtung vorgelegt wird. Die Vertretung erklärte sich mit den Vorschlägen einverstanden und beauftragte die Kommission, die weiteren Arbeiten zum Schulhausbau in die Wege zu leiten.

Unserem Genossen **Erich Fiedler (Benjamin)** zu seinem Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche. Einige Genossen des 679. Bezirkes.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den **2. Berliner Reichstags-Wahlkreis**. Bezirk 27.

Nachruf! Am 22. April verstarb unser Mitglied, der Schneider **Henri Jeite**. Ehre seinem Andenken! 210/16 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Alfred Ebert** am 30. April an Blinddarmlleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wittenauer Kirchhofes in Wittenau aus statt. Rege Beteiligung erwünscht.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Friseur **Wilhelm Adler** am 1. Mai an Stenocardie gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Johannes-Kirchhofes in Köpenick, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Paul Lütke** gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! 116/10 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung. Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma und dem Personal der Brauerei O. Berliner sowie den Genossen unserer herzlichsten Dank. **Wwe. Lehmann und Sohn** 24125 **Alfred.**

Am 1. Mai verschied nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann **Hermann Beerwald**.

Dies zeigt tiefbetrübt an **Wwe. Pauline Beerwald**. Die Beerdigung findet am 4. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer **Hermann Bäwald** (15. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rigdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. 235/4 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Rixdorf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Hermann Beerwald** im Alter von 35 Jahren an Lungenerleiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 137/9 Die Verbandsleitung.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine Frau, unsere gute Tochter **Berta Fahl** geb. **Reißner** in Sanktwitz infolge einer schweren Entzündung verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an **Karl Fahl**. Familie **Reißner**. Die Beerdigung findet heute Dienstag nachmittags 4 Uhr aus dem Friedhofe der Freiwilligen Gemeinde, Berlin, Doppel-Meer, statt. 24025

Nach langem, schwerem Leiden erlitt, endlich Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr mein innigst geliebter Mann, der Gastwirt **Franz Beseke** im 55. Lebensjahre.

Zu Rameu der Hinterbliebenen **Frau Pauline Beseke**. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Jagowstraße 1 aus statt.

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. 2. Ausgabe. viel. Anzahl. u. Prof. grad. u. d. H. Enger. Gummivarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Nachruf. Gesangverein „Rote Nelke“ (Schöneberg). Am 29. April verstarb unser langjähriger Mitglied 24135

Karl Rylski. Ihr werden demselben ein treues Andenken bewahren.

Sozialdemokratischer Wahlverein für **Waidmannslust und Umgegend**. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Abteilungsleiter für Wittenau, der Genosse **Alfred Ebert** im Alter von 33 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wittenauer Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 238/12 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für **Königs-Wusterhausen u. Umg.** (Bezirk Wilsau.) Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Wilhelm Adler** am 1. Mai verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Johannes-Kirchhofes, Köpenick, aus statt. Um zahlreichste Beteiligung ersucht 202/11 **Der Vorstand.**

Nach langem, schwerem Leiden erlitt, endlich Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr mein innigst geliebter Mann, der Gastwirt **Franz Beseke** im 55. Lebensjahre.

Zu Rameu der Hinterbliebenen **Frau Pauline Beseke**. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Jagowstraße 1 aus statt.

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. 2. Ausgabe. viel. Anzahl. u. Prof. grad. u. d. H. Enger. Gummivarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Dankfagung. Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters sagen wir allen unseren innigsten Dank. 24115

Wwe. Luise Lehmann nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes und unserer guten Vaters sagen wir allen unseren Verwandten, Freunden und Bekannten, Genossinnen und Genossen, Vereinen und Verbänden unseren herzlichsten Dank.

Witwe Luise Blömel nebst Kindern.

Dankfagung. Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Frau Anna Theuergarten nebst Töchtern.

Am 2. Mai früh 9 Uhr verschied nach kurzem aber schwerem Leiden meine liebe Frau **Marie Blank** geb. **Kothe**.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Friedhofes, aus statt. 24305 **Der trauernde Gatte.**

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Fischen 4 10 Pf. In Kanna u. Syphons Ltr. 35 Pf. NO. 18. Tel. VII, 1670, 2088, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Fischen 4 10 Pf. In Kanna u. Syphons Ltr. 35 Pf. NO. 18. Tel. VII, 1670, 2088, 3128.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken! Berliner **Voigts Krampenburg, Alpen**

ist das passende Ausflugslokal! Unstüßliche Prospekte und Führer gratis. Vermietung von Dampf- und Motorbooten! Preis Telefon: Amt Köpenick 227. — Hochachtungsvoll **Rob. Voigt**.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 7861* Amt 4, 3014.

Raucht Ring Cigaretten

Wer Kinder hat verlangt gratis und franko illustrierten Katalog **Arnold Müller** Kaufhaus für Kinderbekleidung 95 - Krüppiger Straße - 45

Achtung! Parteigenossen, Gewerkschaften, Vereine, Fabriken. **Seebad Wilhelmstr.** Station Reinickendorf-Rosenthal, 10 W.-Tour, ab Stettiner Bahn. Bestes Ausflugslokal. Herren- und Damenbad. Eröffnung: Sonntag, den 2. Mai. — Kaffeestunde von 3 Uhr geöffnet. — Hochachtungsvoll **Richard Kollmann**.

Neuerscheinungen! Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage. Tätigkeitsberichte und Wahlaufzählung aus den Jahren 1871 bis 1893. 5 Bände in einem Band, gebd. 5 M.

Der Pope Gapon und seine Rolle in der russischen Revolution. Erinnerungen und Einblicke von Leo Deutsch, überf. von S. Grumbach. Preis 25 Pf.

Die Krankenpflege im Hause von Joh. Ranker, Romheim. Preis 50 Pf., billige Ausgabe 20 Pf. Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69. Laden.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Princesstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or reference.

